

Wien, am Montag, den 1. März 1926

Goldene Hochzeiter. In Vertretung des Bürgermeisters überbrachte Vizebürgermeister Emmerling dem Ehepaar Adalbert und Mathilde Franziska Ripka, XIV. Stiegegasse Nr. 18, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Glückwünsche der Gemeinde Wien.

Neue Kurse an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Am 1. April beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3, dreimonatige Kurse. Es werden abgehalten ein Vormittags-^{sie}spätestens am Wahltag noch vor Abschluss der Wahlhandlung bei der Magistratsabteilung 13 einlangen. kochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich ein Servierkurs, zweimal wöchentlich ein Abendkleidernachkurs und ein Abendweissnähkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr. Prospekt beim Schulwart. Weiters wird in der Schule III. Bez. Petrusgasse Nr. 10 zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs abgehalten.

Das politische Verhalten der Lehrpersonen. Der Stadtschulrat für Wien hat unter Berufung auf Artikel 7 des Bundesverfassungsgesetzes, der den öffentlichen Angestellten die ungeschmälerte Ausübung ihrer politischen Rechte gewährleistet, verfügt, dass Bemerkungen über das politische Verhalten der Lehrpersonen, die sich in Erinnerung an veraltete Vorschriften in den Dienstbeschreibungen der Bundeslehrer ^{immer} bisher/nach vorfinden, unbedingt zu entfallen haben. Der Stadtschulrat pflegte schon bisher in keinem Fall irgendwelche Rücksicht auf solche Bemerkungen zu nehmen. Für die Lehrer an den städtischen Volks- und Bürgerschulen hat bereits das im Jahre 1923 erlassene Dienstgesetz das politische Verhalten von jeder schulbehördlichen Beurteilung ausgenommen.

Rekordleistungen der Wiener elektrischen Stadtbahn. Am Sonntag ^{nachmittags} wurden drei grosse Fussballwettspiele abgehalten, die an die Leistungsfähigkeit der Stadtbahn überaus starke Anforderungen stellten. Der Verkehr auf der unteren Wientallinie musste daher nachmittags auf die Höchstleistung gebracht werden und wurden tatsächlich in der stärksten Verkehrsstunde 140 Wagenfahrten geleistet und rund fünfzehntausend Personen befördert! Das sind Zahlen, die der Dampftrieb der Stadtbahn nicht kannte. Bei der alten Stadtbahn wurde der Rekord im Hochsommer 1911 erreicht, wo an einem Sonntag rund elftausend Personen in der stärksten Verkehrsstunde befördert worden sind. Anlässlich des heurigen Ober St. Veiter Faschingszuges hat die Wiener elektrische Stadtbahn diese Höchstleistung aber durch nicht weniger als vier Stunden aufrechterhalten und während dieser vier Stunden mindestens sechzigtausend Personen mit der Stadtbahn allein nach Ober St. Veit und Hütteldorf geführt. Die Grenze der Leistungsmöglichkeit war durch die Aufnahmefähigkeit der Stadtbahnstation Ober St. Veit bedingt. Die Züge brachten so viele Menschen, dass diese den grossen Perrondicht füllten und die nachfolgenden Züge entweder die Fahrgäste in Unter St. Veit absetzen oder warten mussten, bis die Menschenmasse vom Bahnsteig in Ober St. Veit über die Treppe sich entfernt hatte. An diesem Tag war übrigens auch die Strassenbahn ausserordentlich belastet; sie leistete 120 Wagenfahrten in der Stunde nach St. Veit und 114 Wagenfahrten nach Hietzing.

Ausschusswahl im Wiener Hebammengremium. Im Sinne der Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung findet am Mittwoch, den 14. April im Amtsraum der Magistratsabteilung 13 im Neuen Amtshaus, I. Ebendorferstrasse Nr. 1, IV. Stock von 8 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags die Wahl des Gremialausschusses des Wiener Hebammengremiums statt. Das Verzeichnis der wahlberechtigten Hebammen liegt vom 10. März angefangen durch sieben Wochentage im Amtsraume der Magistratsabteilung 13 zur Einsicht auf. Die Stimmzettel sind im geschlossenen Briefumschlag entweder am Wahltag im Wahllokal zu überreichen oder so rechtzeitig im Postweg einzusenden, dass sie spätestens am Wahltag noch vor Abschluss der Wahlhandlung bei der Magistratsabteilung 13 einlangen.

Floridsdorfer Markt. Die Gemeinde hat in Floridsdorf an der Pitkagasse eine grosse Wohnhausanlage errichtet, die nach dem verstorbenen Floridsdorfer Gemeinderat Anton Schlinger "Schlingerhof" benannt wurde. Vor dieser Wohnhausanlage wird ein Hauptmarkt errichtet werden, der auf Grund eines Beschlusses des zuständigen Gemeinderatsausschusses die Bezeichnung Floridsdorfer Markt erhielt.

Neue Kinderfreibäder und Kinderspielplätze. Zu den bereits bestehenden fünf Kinderfreibädern der Gemeinde werden heuer noch drei neue hinzukommen. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat bereits die Pläne dieser drei neuen Anlagen genehmigt. Ein Kinderfreibad wird auf der Landstrasse im Arenbergpark, das zweite auf dem Margaretengürtel nächst der Schönbrunnerstrasse und das dritte im neuen Teil des Türkenschanzparkes errichtet werden. Die Anlage im Arenbergpark wird ein fast vierhundert Quadratmeter grosses Wasserbecken aufweisen, eine Badewasserkläranlage enthalten und die Umkleidehalle wird dem Stil des Gartens angepasst sein. Das zweite Bad wird in dem Parkstreifen zwischen Margaretengürtel, Schönbrunnerstrasse, Gaudenzdorfergürtel und Wienzeile errichtet werden und eine ähnliche Ausstattung, wie die Anlage im Arenbergpark erhalten. Das grösste Kinderfreibad wird im Türkenschanzpark gebaut werden. Es wird am unteren Teich des neuen Teiles liegen und eine Fläche von rund 1200 Quadratmeter umfassen. Bei der architektonischen Ausgestaltung der Hütten und der Führung der Abgrenzungsgitter wird auf das unveränderte Aussehen der Parkanlagen und der Baumbestände Bedacht genommen werden.

In kürzester Zeit wird auch mit den Arbeiten zur Umwandlung des ehemaligen Marktplatzes in Simmering auf dem Enkplatz in einen Kinderspielplatz begonnen werden. Ferner hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen den zum städtischen Hause in der Josefstadt, Lange-gasse Nr. 23 gehörigen Hausgarten, der bis zur Neudeggergasse reicht, in eine öffentliche Anlage umzugestalten. Es werden ein Gartenweg und Sitzplätze angelegt, eine Anzahl von Bäumen und Sträuchern neu angepflanzt und so eine, wenn auch kleine, doch hübsche Anlage geschaffen. Schliesslich wurde noch beschlossen in der Gussenbauergasse von der Spittelauerlände bis zum Spittelauerplatz die entsprechende Zahl von Alleebäumen anzupflanzen, wodurch das dortige Stadtbild bedeutend verschönert werden wird.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 2. März 1926

76

Schulleiterernennungen. Der Wiener Stadtsenat hat heute auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Speiser sechzig Schulleiter-Stellen neu besetzt. Es wurden auch jene Stellen besetzt, die vom Stadtsenat schon am 23. Juni 1925 genehmigt worden waren, die aber auf Grund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes vom 22. Oktober 1925 neuerlich ausgeschrieben werden mussten. Dieses Erkenntnis hat nämlich die am 28. Februar 1925 verlaublichste erste Ausschreibung der Schulleiter-Stellen als verfassungswidrig erklärt, weil der darin geforderte Nachweis der Befähigung zur Erteilung des katholischen Religionsunterrichtes (§48, Absatz 2 des Reichsvolksschulgesetzes) mit den Bestimmungen des Artikels III, Absatz V, des Staatsvertrages von Saint Germaine in Widerspruch stehe. Es musste daher eine neuerliche Ausschreibung erfolgen, bei der auf das Religionsbekenntnis der Bewerber keine Rücksicht zu nehmen war. Der Stadtsenat hat jedoch alle Bewerber, die schon am 23. Juni 1925 zu Schulleitern ernannt wurden, neuerlich zu definitiven Leitern derselben Schulen ernannt, deren Leitung die seit ihrer ersten Ernennung innehatten.

Zugleich mit der Ausschreibung dieser Stellen erfolgte am 26. November 1925 auch die Neuausschreibung der weiterhin erledigten Leiterstellen. Diese Stellen wurden gleichfalls heute vom Stadtsenat besetzt. Es wurden ernannt zu Bürgerschuldirektoren: Allis Matzenauer, Knabenbürgerschule, II. Schwarzinergasse 4, Michael Tomek, Knabenbürgerschule, VII. Zieglergasse 49, Karl Zöllner, Knaben- und Mädchenbürgerschule, XI. Pachmayergasse 6, Hubert Lach, Knabenbürgerschule, XVI. Speckbachergasse 48, Ludwig Eitzmannsdorfer, Knabenbürgerschule, XVIII. Schopenhauerstrasse 79, Ernst Poisel, Knaben- und Mädchenbürgerschule, XXI. Konstanziagasse 50, Theresia Noe, Mädchenbürgerschule, II. Obere Augartenstrasse 38, Adolf Fabich, Mädchenbürgerschule, II. Wolfgang Schmälzlgasse 13, Margarete Bauer, Mädchenbürgerschule, XII. Ruckergasse 42, Frieda Rosenthal, Mädchenbürgerschule, XV. Zinkgasse 12; zum Hilfsschuldirektor: Leopold Maresch, Hilfsschule, XVI. Neulerchenfelderstrasse 52; zu Oberlehrern: Emmerich Matschek, Knabenvolksschule, II. Obere Augartenstrasse 68, Aläis Micza, Knabenvolksschule, II. Kleine Sperlgasse 2a, Josef Karmine, Knabenvolksschule, X. Leibnitzgasse 33, August Fackinger, Knabenvolksschule, X. Uhlandgasse 1, Valentin Klein, Knabenvolksschule, XVII. Kindermannngasse 1, Karl Janak, Knabenvolksschule, XX. Vorgartenstrasse 50, Emilie Vorhauer, Mädchen Volksschule, IV. Waltergasse 16, Margarete Schäffler, Mädchen Volksschule, VI. Kopernikusgasse 15, Paula Lothka, Mädchen Volksschule, X. Hebbelplatz 2, Friederike Höchsmann, Mädchen Volksschule, X. Uhlandgasse 1a.

Kurse an den städtischen Frauengewerbeschulen. Am 1. März begannen an den beiden städtischen Frauengewerbeschulen in der Margaretenstrasse 152 und in Ottakring, Abelegasse 29, Frisier-, Modisten- und Schnittzeichenkurse, die zwei Monate dauern werden. Es können für diese Kurse noch einige Schülerinnen aufgenommen werden. Sofortige Meldung für beide Anstalten in der Schulkanzlei, Margaretenstrasse Nr. 152.

Eine Gemeindegeldsubvention für die Wiener Messe. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat für die Herbstmesse im Jahre 1925 eine Subvention von 40.000 Schilling zur Förderung der notwendigen Propagandatätigkeit gegeben. Im städtischen Finanzausschuss verwies Gemeinderat Thaller auf die Bedeutung der Wiener Messe für das Erwerbsleben und beantragte für die im März stattfindende Frühjahrsmesse die Gewährung einer Gemeindegeldunterstützung von fünfzigtausend Schilling. Auch dieser Betrag wird mit der Bestimmung gewährt, dass die Propagandatätigkeit zur Erschliessung neuer Absatzgebiete von der Leitung der Wiener Messe immer mehr ausgestaltet wird und dadurch dem Wiener Handel, dem Wiener Gewerbe und der Industrie neue Impulse gegeben werden. Der Antrag wurde angenommen und heute hat auch der Stadtsenat seine Zustimmung erteilt.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Speiser den Ehepaaren Alois und Katharina Beytl, II. Lassallestrasse 17, Franz und Auguste Bunesch, XII. Vivenotgasse 46, Edmund und Christine Hahn, V. Anzengruebergasse 18, Georg und Josefa Hannermann, V. Wiedner Hauptstrasse 135, Demeter und Emilie Josifovic, XIX. Heiligenstädterstrasse 27, Karl und Barbare Klar, XIII. Amalienstrasse 28, Josef und Anna Kopal, V. Brandmayergasse 15, Josef und Maria Kühnel, XXI. Langenzersdorferstrasse 45, Johann und Rosalie Laznicsek, XII. Hetzendorferstrasse 127, Philipp und Barbara Mayer, XIII. Altgasse 18, Anton und Josefine Müller, XVI. Römorgassell, Josef und Eva Nowy, V. Leitgebasse 16, Karl und Josefine Plank, III. Keinergasse 18, Jakob und Amalie Radler, XVIII. Schuhmannngasse 37, Karl und Karoline Siebert, V. Stollberggasse 12, Vinzenz und Magdalene Uldrich, X. Waldgasse 8, Heinrich und Aloisia Wolf, XVIII. Währingerstrasse 71 und Wenzel und Maria Zemanek, IV. Starhembergasse 5, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Begünstigungen bei der Kraftwagenabgabe. Von den Vertretern der Automobilbranchen wurde wiederholt verlangt, dass die Kraftwagenabgabe nicht für das volle Quartal eingehoben werden soll, wenn der Wagen nicht im ersten Monat eines Kalenderviertels, sondern später in Betrieb genommen wurde. Insbesondere das Gremium der Wiener Automobilhändler gab der Meinung Ausdruck, dass eine solche Steuererleichterung das zu erwartende Messengeschäft beleben würde. Der Magistrat hat nun die entsprechende Aenderung des Kraftwagenabgabengesetzes vorgenommen und der städtische Finanzausschuss beschäftigte sich am Montag mit der Vorlage, die Gemeinderat Weigl begründete. Es wurde beschlossen, dass die Abgabe bei Inbetriebsetzung eines Kraftwagens im zweiten oder dritten Monat eines Kalenderviertels statt mit dem vollen Vierteljahrsbetrag mit dem auf ein Monat oder zwei Monate entfallenden Teil einzuzahlen ist. Der Stadtsenat hat heute diese Aenderung bestätigt und am Freitag wird der Wiener Landtag diese Gesetzesänderung verhandeln.

Es wird aber ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass diese Begünstigung lediglich für die erstmalige Anmeldung gilt. Die Bestimmungen für die laufenden Steuerfälligkeiten und für die Abmeldung von Kraftwagen bleiben unverändert.

Wien, am Mittwoch, den 3. März 1926

Die Gemeinde für die Internationalen Hochschulkurse. Die Wiener Internationalen Hochschulkurse, die seit einigen Jahren regelmässig im Herbst abgehalten werden, wurden immer von der Gemeinde Wien durch einen Beitrag unterstützt. Auch für die heuer abzuhalten^{den}/Kurse hat der städtische Finanzausschuss auf Antrag des Gemeinderates Thaller die Gewährung eines Gemeindebeitrages von zweitausend Schilling beschlossen. Als Hauptthema der heuer stattfindenden Hochschulkurse wird die Volkswirtschaftslehre vorgeschlagen werden. Der Stadtsenat hat der Bewilligung dieses Gemeindebeitrages bereits zugestimmt.

-.-.-.-.-

Gemeindeunterstützungen. Der städtische Finanzausschuss hat abermals verschiedenen Korporationen auf Ansuchen Gemeindeunterstützungen gewährt. Gemeinderat Thaller beantragte dem Zentralverein für Volksernährung eine Subvention von dreitausend Schilling zu bewilligen. Der Zentralverein betreibt neun Volksküchen, wo die Besucher zu sehr billigen Preisen warme und gut zubereitete Speisen erhalten. Der Antrag wurde angenommen. Weiters wurde der Vereinigung der arbeitenden Frauen eine Gemeindegewährung von zweitausend Schilling gewährt. Der Gartenbauschule für Schwerhörige, die die berufliche Ausbildung armer schwerhöriger und taubstummer Jugendliche bezweckt, wurde eine Subvention von sechshundert Schilling bewilligt. Die Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule des Oesterreichischen Museums für Kunst und Industrie, die sich die Unterstützung der in Notlage befindlichen Studierenden zur Aufgabe gemacht hat, erhielt eine Gemeindegewährung von zweitausend Schilling. Die Gemeinde Wien unterstützt seit Jahren den Verein "Carnuntum", der neuerlich um eine Subvention ersucht hat, um die bereits begonnenen Ausgrabungsarbeiten beim zweiten Amphitheater in Petronell fortsetzen zu können. Der städtische Finanzausschuss hat eine Subvention von 1200 Schilling bewilligt. Ferner wurde der Oesterreichischen Gesellschaft für Sozialpolitik eine Subvention von eintausend Schilling gewährt. Schliesslich hat die Lehrer-Arbeitsgemeinschaft "Lichtbild" um die Gewährung einer Gemeindeunterstützung angesucht. Diese Arbeitsgemeinschaft umfasst den Verein "Skiptikon", die Film- und Bildarbeitsgemeinschaft der Lehrer Wiens und eine Anzahl von Vereinigungen, die sich auf dem Gebiet des Lichtbildwesens betätigen. Der Arbeitsplan dieser Gemeinschaft setzt sich die Beschaffung und Beistellung geeigneten Anschauungsmaterials zum Ziele. Im Interesse einer möglichst allgemeinen Auswirkung der von einzelnen Lehrergruppen auf diesem Gebiet bereits begonnenen Arbeiten hat die Gemeinde Wien für diesen Zweck eine Subvention von zehntausend Schilling bewilligt.

-.-.-.-.-

Neue Kurse an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Am 1. April beginnen an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3 dreimonatige Kurse. Es werden abgehalten ein Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich ein Servierkurs, zweimal wöchentlich ein Abendkleidermachkurs und ein Abendweissnähkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr. Prospekt beim Schulwart. Weiters wird in der Schule III. Bezirk, Petrusgasse Nr. 10 zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs abgehalten.

-.-.-.-.-

Wien, am Donnerstag, den 4. März 1926.

Das Calmette'sche Verfahren zur Verhütung der Tuberkulose. Die Mitteilungen, die über das Verfahren nach Calmette zur Verhütung der Tuberkulose bisher in die Öffentlichkeit gedrungen sind, haben es rätlich erscheinen lassen, sich auch in Wien mit diesem Verfahren zu beschäftigen. Unter dem Vorsitze des Ober-Stadt-Physikus Dr. Böhm wurde ein Ausschuss gebildet, dem die Herrn: Professor Dr. Kraus, Professor Dr. Löwenstein, Hofrat Professor Dr. Peham, Professor Dr. Kermauner, Professor Dr. Pirquet, Professor Dr. Knöpfelmacher und so weiter angehören. Im Auftrage dieses Ausschusses hat Professor Dr. Kraus gemeinsam mit Professor Dr. Gerlach zunächst Tierversuche vorgenommen, die umso notwendiger erschienen, als es sich bei diesem Verfahren um die Einverleibung lebender Tuberkel-Bazillen handelt. Da diese Versuche noch nicht abgeschlossen sind, ist der Ausschuss zu dem Beschlusse gelangt, von einer Empfehlung der Anwendung des Calmette'schen Verfahrens bis zum Abschlusse der Versuche abzusehen. Der Ausschuss wird nicht verabsäumen, nach Beendigung der notwendigen Versuche neuerlich eine Mitteilung in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

Der Streit um den Beginn der Schulferien. Wiederholt erhält der Wiener Stadtschulrat Zuschriften von Vereinen und Einzelpersonen, in denen lebhaft Beschwerde geführt wird, dass die Ferien erst mit 15. Juli beginnen. Dem Stadtschulrate werden wegen dieser Anordnung schwere Vorwürfe gemacht. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass der Stadtschulrat für Wien dem Unterrichtsministerium rechtzeitig den Antrag stellte, die Ferien am 1. Juli beginnen zu lassen und sie am 31. August abzuschließen. Dieser Antrag wurde vom Unterrichtsministerium abgelehnt und der Termin des Ferienbeginnes mit 15. Juli festgesetzt.

Die Frau in der Fürsorge. Der Einladung des Allgemeinen Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge in Wien zum Vortrag des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler über die "Frau in der Fürsorge" waren zahlreiche Vertreter aller öffentlichen und privaten Fürsorgestellen gefolgt, unter denen Frau Marianne Hainisch besonders genannt sei. Ausgehend von dem Wandel der Stellung der Frau in Familie und Öffentlichkeit und dem Wandel der Wohltätigkeit zur zielstrebigen Fürsorge, für die nicht Mittel und Aufbau, sondern der Geist des Recht- und Pflichtverhältnisses zwischen dem Bedürftigen und der durch den Träger ihres Gewissens, den Mandatar, verkörperten Gemeinschaft kennzeichnend ist, beleuchtete Professor Tandler die besondere Lage der Frau als Objekt und Subjekt dieser Fürsorge. Als Objekt dahin, dass sie als Trägerin der nächsten Generation eine ganz spezifisch qualifizierte Fürsorge erfordere, die schon das weibliche Kind als die künftige Reproduzentin unseres Geschlechtes zur Verbesserung seiner Qualifikation zur Fortpflanzung durch die Hebung wenigstens der konditionellen Eigenheiten in eine möglichst günstige Lage bringen müsse. Von der später anschließenden Eheberatung erwartet der Vortragende das Horoskop der zukünftigen Generation und in der Schwangerfürsorge erblickt er die

Sorge um den künftigen Menschen. Diese Sorge wird in der städtischen "Mutterhilfe" in den Dienst der systematischen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gestellt und tritt mit Erfolg an die Stelle der bisherigen Versuche mit Aufklärung und Zwang, wie der Vortragende denn überhaupt die Aufgabe der Fürsorge darin sieht, Menschen seelisch an sich zu fesseln. Dahin gehört auch der Beweis der Anteilnahme der Gemeinschaft an jeder Geburt durch den Besuch der Fürsorgerin bei jeder jungen Mutter, und sie zu beglückwünschen, wenn sie keine Hilfe braucht, und für das Kind zu sorgen, wo es nötig ist, und ihr ständiger Dienst an den Gebärkliniken. Erst mit dem Erlöschen der Qualifikation zur Fortpflanzung wird die der Frau zugewendete Hilfe zur Hilfe innerhalb der Generation, also zur Aeusserung des notwendigen Generationsegoismus, und dadurch gleichbedeutend mit der Hilfe für den Mann, die sich darauf beschränkt, die Vergangenheit zu erforschen, die Gegenwart zur Kenntnis zu nehmen und Augenblicksmassnahmen zu treffen. Dieser Sonderstellung der Frau als Objekt entspricht auch ihre Wertung als Subjekt der Fürsorge. Aussere Voraussetzung dafür ist die gesetzliche Gleichstellung mit dem Mann, weil nur sie die Frau zur Uebernahme öffentlicher Verantwortung befähigt. Als innere Voraussetzung bringt sie dazu die Fähigkeit der Einfühlung in das Gemüt des Nebenmenschen und der Diskretion mit, was ihr umso leichter wird, als zwei Drittel der Hilfsbedürftigen, Frauen und Kinder, ihr durch Geschlechtsgleichheit nahestehen und auch das letzte Drittel ihrer Einflussnahme schwerer die dem anderen Mann gegenüber übliche Brutalität entgegengesetzt, wie beispielsweise die Trinkerfürsorge zeigt. Die Befreiung der Frau ist aber noch nicht vollständig. Die innere ethische Gleichberechtigung, ihr Mitbestimmungsrecht auf die nächste Generation fehlt. Auf die Erziehung nehmen die Männer noch zu viel Einfluss und es ist nur der Klugheit der Frauen zu verdanken, dass sie diesen Einfluss stillschweigend abzuschwächen und so Schaden zu vermeiden verstehen. Diese ethische Unabhängigkeit erst wird die Frauen befähigen ihre Fähigkeit zur wahren Fürsorge voll auswirken zu lassen, die eine Angelegenheit klugen Handelns ist. Diese natürlichen Anlagen bedürfen aber noch der Erziehung und Schule, denn Fürsorge ist nicht nur eine Angelegenheit des Gemütes, sondern der Erkenntnis und des zielstrebigen Willens. Diese Erkenntnis muss vor allem auf die Totalität des Lebens der aufeinander folgenden Generationen gerichtet sein und jene Generation wird am Meisten für die Menschheit geleistet haben, die am besten für die nächste Generation vorgesorgt hat.

Der Beifall, der den Vortragenden lohnte, bewies den starken und bleibenden Eindruck, den die Zuhörer von diesen Ausführungen empfangen hatten.

Wien, am Freitag, den 5. März 1926

Gemeindesubventionen für Kunst und Wissenschaft. Der städtische Finanzausschuss hat auf Antrag des Gemeinderates Thaller beschlossen, der Wiener pädagogischen Gesellschaft eine Subvention von 1500 Schilling zu gewähren, die es ermöglichen soll, die weitere Herausgabe des Jahrbuches zu sichern. Die pädagogische Gesellschaft befasst sich insbesondere mit der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Mitglieder aus der Wiener Lehrerschaft. Weiters wurde für die "Denkmäler der Tonkunst", die die massgebende musikwissenschaftliche Publikation Oesterreichs sind, eine Gemeindeunterstützung von viertausend Schilling bewilligt. Die Gemeindeverwaltung hat bereits einmal die "Neue Oesterreichische Biographie" anlässlich der Herausgabe eines Teilbandes finanziell unterstützt. Der mit der Herausgabe betraute Ausschuss ist nun neuerlich an die Gemeinde um eine Subvention zur Fortführung des Werkes herangetreten. Der städtische Finanzausschuss hat diesem Ansuchen stattgegeben und eine Subvention von tausend Schilling bewilligt. Durch die Gewährung dieser Subventionen fördert die Wiener Stadtverwaltung auch in einem hohem Grade die graphischen Gewerbe, da erst durch diese Stadtbeiträge die Drucklegung dieser wissenschaftliche Werke ermöglicht wird.

Die Gemeinde Wien und die Beethoven-Zentenarfeier. Im Jahre 1927 soll anlässlich der hundersten Wiederkehr des Todestages Beethovens eine der Bedeutung des grossen Komponisten würdige Feier veranstaltet werden. Zur Vorbereitung der hiefür in Aussicht genommenen Veranstaltungen, die vom Bund und der Gemeinde Wien gemeinsam durchgeführt werden, ist bereits ein Komitee eingesetzt worden, das Professor Dr. Guido Adler leitet. Im gemeinderätlichen Finanzausschuss berichtete über diese Vorarbeiten Gemeinderat Thaller, der beantragte für die Bestreitung der schon jetzt erwachsenden Auslagen einen Betrag von viertausend Schilling zu gewähren. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Märchenvorstellungen für die städtischen Waisenkinder. Wie alljährlich hat Bürgermeister Seitz auch heuer die städtischen Waisenkinder zum Besuche von Theateraufführungen eingeladen um den Kindern einige frohe vergnügte Stunden zu bereiten. So werden am Samstag nachmittags sämtliche Waisenkinder der Heime Hohe Warte, Klosterneuburg, der Kinderherberge Grinzing und teilweise auch der Kinderherberge "Am Tivoli" das Raimundtheater besuchen, wo für die Kleinen das Märchenspiel "Aschenbrödl" aufgeführt werden wird. Die nächste Vorstellung für die Waisenkinder ist am Sonntag nachmittags. An ihr nehmen die Pfleglinge der Waisenhäuser in der Gassergasse, Galileigasse, Josefstädterstrasse, der Erziehungsheime Meidling und Döbling und der restliche Teil der Kinder vom Tivoli teil. Bürgermeister Seitz, der städtische Wohlfahrtsreferent Stadtrat Professor Tandler und der Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel, werden an diesen Veranstaltungen, die für die Schützlinge der Stadt Wien immer ein grosses Freudenfest sind, teilnehmen.

Neue Kurse an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. Am 1. April beginnen an der städtischen Haushaltungsschule in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3 dreimonatige Kurse. Es werden abgehalten ein Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich ein Servierkurs, zwei mal wöchentlich ein Abendkleidermachkurs und ein Abendweissnähkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr. Prospekt beim Schularwart. Weiters wird in der Schule III. Bezirk, Petrusgasse Nr. 10 zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs abgehalten.

.....
Stadtbahnverkehr am Sonntag. Am Sonntag, den 7. März werden auf der Wiener elektrischen Stadtbahn die Züge der Rundlinien DG und GD sowie die Züge der Linie 18G eingeschränkt, dafür die Züge der Linie WD (Mitteldorf-Heiligenstadt über Hauptzollamt) auf der Wiental- und Donaukanallinie und die Züge der Linie G (Mitteldorf-Heiligenstadt über Gürtel) auf der Wiental- und Gürtellinie entsprechend vermehrt.

WIENER GEMEINDERAT

als

L A N D T A G .

Sitzung vom 5. März 1926.

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um halb fünf Uhr die Sitzung.

G.R. Weigl (soz. dem.) berichtet über die Gesetzesvorlage womit die Einhebung der Lastkraftwagenabgabe abgeändert wird. Einem Wunsche der Automobilinteressenten wird damit entsprochen, weil in jenen Fällen, in denen ein Auto nicht im ersten Monate eines Kalenderviertels, sondern erst später in Betrieb genommen wird, die Kraftwagenabgabe nicht für das ganze Quartal eingehoben wird. Das Gremium der Wiener Automobilhändler verwies auf eine Belebung des Messengeschäftes, die durch diese Erleichterung erwartet wird. Der Antrag sieht eine Abänderung des Paragraph 5 des geltenden Kraftwagenabgabengesetzes vor, in dem nunmehr bei Inbetriebsetzung eines Kraftwagens im zweiten oder dritten Monate eines Kalenderviertels statt dem vollen Vierteljahresbetrag der auf zwei oder einem Monat entfallende Teil einzuzahlen ist.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) stellt fest, dass man sich bisher über solche Anregungen der Opposition hinweggesetzt habe. Redner verlangt die Klarstellung, ob unter ^{In-}Betriebsetzung nur die Inbetriebsetzung neuer Wagen oder auch solcher Wagen, die bereits einmal in Betrieb standen verstanden wird. Diese Klarstellung ist um so notwendiger, weil sich sonst eine andere Praxis herausbilden könnte. Redner befreundet sich mit den ^{fremden}Automobilen, die in Wien ständig ^{garagiert} sind. Das Wort ständig wird ganz merkwürdig interpretiert. Es ist vor-^{über}gekommen, dass Automobile, die ^{über}drei Tage in der Garage gestanden sind, besteuert wurden. Auch die heute angewendete Frist von acht Tagen ist viel zu kurz. Im Interesse des Fremdenverkehrs wäre ^{zu} wünschen, dass man hievon abgeht. Gegen die ^{selbst}Änderung/haben wir nichts einzuwenden.

St. R. Kunschak (chr. soz.) erklärt, dass man annehmen müsse, die Konstruktion dieser Abgabe sei verfehlt, weil in verhältnismässig kurzer Zeit die zweite Änderung beantragt wird. Es ist eben im praktischen Leben anders mit einer solchen Steuer, die eine so ^{nach} bedeutende Belastung ^{verschiedenen} Richtungen hin darstellt. In Wählerversammlungen wurde damit argumentiert, diese Steuer treffe die Reichen und Überreichen. Ja wir wurden sogar in Zeitungen, die der Majorität nahestehen verächtigt, nicht das Interesse der Gemeinde und der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten, sondern das der Kriegsgewinner und Schieber. Das man sich bei dieser Steuer verrechnet hat, geht schon daraus hervor, dass die Erträge der erhöhten Steuer

unter das Mass der früheren zurückgegangen sind. Sie haben also sozusagen mit ihren Steuermassnahmen einen Teil des Steuerobjektes erschlagen. Ausserdem haben Sie die Lastkraftwagenabgabe fallen gelassen, sicher nicht gern und freiwillig. Aber Sie mussten eben die rückläufige Bewegung erkennen, denn mancher Betrieb kann sich ein Kraftwagen nicht leisten. Damit treffen Sie aber die junge und so förderungsbefähigte Automobilindustrie, die Sie noch zu Tode besteuern werden. Wir begrüßen auf diese geringfügige Änderung des Gesetzes. Sie treffen aber auch die Bevölkerung, und das Wohnungsproblem, weil eine Steuer von sieben Millionen Kronen für einen Kleinwagen viel zu hoch ist. Eine geringere Besteuerung der Personnautomobile würde die Erzeugung wesentlich fördern, tausenden von Arbeitern eine Existenzmöglichkeit schaffen und die Erträge einer niedrigeren Steuer würden bedeutend höher sein als heute. Wir können nur wünschen, dass die Automobilsteuer bald einer gründlichen Reform unterzogen wird.

G.R. Weigl erklärt, dass es sich nicht nur um die Inbetriebsetzung neuer Wagen, sondern während des Jahres überhaupt handelt. Der Text scheint an dieser Stelle klarer zu sein. Heute ist man zu der Frist von acht Tagen übergegangen, über die hinaus aber bis zu einer Frist von 15 Tagen eine Taggebühr von sechs Schilling eingehoben wird, so dass für 14 Tage insgesamt 36 Schilling zu zahlen sind, das sicher keine wesentliche Belastung darstellt. Das geringere Erträgnis der Steuer ist auch darauf zurückzuführen, dass viele Bankgewaltige ihren Wagen verloren und auch manche durch die Frankenspekulation um ihr Auto kamen. Das Land Niederösterreich hat heute noch eine Steuer ein, die achtmal so hoch ist, als die frühere Lastkraftwagenabgabe der Gemeinde Wien, ausserdem auch eine Abgabe für Motorräder.

Die Vorlage wird hierauf in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen.

G.R. Bermann (Soziald.) berichtet, dass Gemeinderat Ferenc (Sozial) auf Grund einer anonymen Anzeige des Verbrechens schwerer Körperverletzung u. s. w. bezichtigt wird. Das Immunitätskollegium hat sich mit diesem Fall beschäftigt und einstimmig die Auslieferung dieses Mitgliedes des Wiener Landtages beschlossen.

Präsident Dr. Danneberg (Sozial.) erklärt, dass er in seiner Eigenschaft als Präsident des Wiener Landtages öffentlich angegriffen und in den Zeitungen behauptet wurde, er hätte dieses Auslieferungsbegehren ein Jahr lang hintertrieben und nicht einmal dem Immunitätskollegium mitgeteilt. Er fühle sich daher verpflichtet, hier öffentlich den Fall aufzuklären. Richtig ist, dass diese Auslieferung vor etwa neun Monaten verlangt worden ist. Richtig ist auch, dass dem Immunitätskollegium zunächst keine Mitteilung gemacht worden ist. Doch um was handelt es sich hier. Es handelt sich um eine anonyme Anzeige. Wenn eine anonyme Anzeige gegen einen Privatmann bei der Staatsanwaltschaft einlangt, so wird in der Regel diese Anzeige in den Papierkorb geworfen oder es werden Erhebungen vertraulichen Charakters eingeleitet und geprüft ob ein wirklicher Tatbestand vorliegt, der die Einleitung zu einer Strafuntersuchung bildet. Hier soll aber ein öffentlicher Mandatar durch ein Auslieferungsbegehren, das sich auf nichts anderes, als auf eine anonyme Anzeige stützt vor aller Öffentlichkeit blossgestellt werden. Das wäre eine sehr bequeme Methode politische Gegner moralisch umzubringen. Auf Grund einer anonymen Anzeige kommt ein Auslieferungsbegehren, die Sache kommt in eine öffentliche Landtagssitzung, der anonym beschuldigte Mann wird durch die Presse geschleift, was dazu führen muss, dass ein möglicherweise ganz unschuldiger Mensch in seiner Ehre schwer gekränkt wird. Wenn sich dann nach vielen Monaten seine Reinheit herausstellt, erscheinen in den Zeitungen einige Zeilen oder es wird darüber gar nichts berichtet und dem Mann ist ein schweres Unrecht zugefügt worden. Aus diesem Grunde erschie-

es mir unmöglich, dass ein Mitglied des Landtages auf Grund einer blossen anonymen Anzeige ausgeliefert werden soll. Dies führt doch nur dazu, dass er zum Mittelpunkt eines Skandals werden muss und dazu ist eine anonyme Anzeige doch zu wenig. Ich habe mir daher erlaubt beim Staatsanwalt Vorstellungen zu machen und ihn gefragt ob nicht andere Wege möglich wären damit der Fall untersucht wird. Der Staatsanwalt hat mitgeteilt, dass es möglich sei, zunächst einmal Erhebungen zu pflegen. Diese Erhebungen durch die Polizei haben sich verzögert. Doch ohne unsere Schuld. Ende Oktober 1925 sind die Akten wieder an den Landtag zurückgegangen. Wie aus den den Mitteilungen des Staatsanwalts hervorgeht, haben diese Erhebungen zu keinem positiven Ergebnis geführt. Trotzdem wurde das Auslieferungsbegehren an Frechterhalten. Ich muss sagen, dies hat meine Bedenken, die ich bei Beginn der Angelegenheit hatte, noch verstärkt. Ich als Ende Oktober 1925 diese Mitteilung vom Staatsanwalt bekam, machte ich dem Herrn Bundeskanzler als Chef des Justizwesens von der Sache Mitteilung. Der Bundeskanzler erklärte, dass er sich den Akt kommen lassen werde und ersuchte mich, ich möge vorläufig nichts unternehmen. Ich habe nach dieser ersten Unterredung den Herrn Bundeskanzler wiederholt darauf aufmerksam gemacht dass der Akt noch im hier liegt und nicht abverlangt worden ist, was im Widerspruch mit dem steht, was er mir bei der Unterredung am 7. November sagte. Für mich war aber der Fall Ferenz vorderhand erledigt, da ich ja auf die Antwort des Bundeskanzlers zu warten hatte. Nun habe ich bis heute einen Bescheid nicht erhalten. Dagegen erschien in der Reichspost ein aufgedonneter Artikel über diesen Fall und es hat dieses Blatt einen Gemeinderat auf Grund einer anonymen Anzeige schwer verdächtigt. Es fehlt mir durchaus nicht ein, zu behaupten, der Herr Bundeskanzler habe dieses Blatt informiert, ich behaupte auch nicht, dass die christlich-sozialen Partei mit dieser Veröffentlichung in irgendeinem Zusammenhang steht. Aber jedenfalls hat diese Veröffentlichung die Sachlage völlig geändert. Obwohl mir der Bundeskanzler nach dieser Veröffentlichung gesagt hat, dass ich zu warten soll, bis das Justizamt entscheidet, vertrete ich die Auffassung, dass nunmehr, da die Veröffentlichung erfolgt ist, das Auslieferungsbegehren sofort zu verhandeln sei. Da nun der Mann durch die Zeitungen geschleift worden ist, ist der Grund für weitere Erhebungen weggefallen. Wir wünschen nun selbst, dass die Auslieferung erfolgt und die ganze Angelegenheit gerichtlich klargestellt wird. Es hat sich also nicht darum gehandelt ein Verbrechen dem Gericht zu entziehen. Es soll die Immunität den Abgeordneten keinerlei Vorteile bringen, aber sie darf ihm auch keine Nachteile bringen. Er darf nicht schlechter behandelt werden, als irgend ein Privatmann, der auf Grund einer anonymen Anzeige irgend einer Verfehlung beschuldigt wird. Ich darf daher wohl annehmen, dass der Landtag meinem Vorgehen zustimmen wird. (Lebhafter Beifall)

Der Antrag auf Auslieferung wird einstimmig angenommen.

G. R. Untermüller (chr. soz.) richtet eine ^{dringliche} Anfrage an den Bürgermeister als Landeshauptmann in der darauf hingewiesen wird, dass der sozialdemokratische Zentralverein kaufmännischer Angestellter seine Werbetätigkeit gemeinsam mit dem Gehilfenausschuss des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft betreibe, Einladungen, Druckschriften und Plakate gegen den Zentralverein Propaganda treibe, er bezeichnet den Zentralverein als "Zylindergewerkschaft", von der Nationalrat Forstner selbst sagte, dass sie eine Schädigung für die Angestellten bedeute. In dem vom Gehilfenausschuss ausgesendeten Zirkular heisst es auch, dass Erhebungen über die Gehaltsfrage vorgenommen werden, das Zirkular enthält weiter eine Rechtsbelehrung über den Kollektivvertrag, der bekanntermaassen einen Gehaltssatz von 126 Schilling vereinbart hatte. Dieser niedrige Lohnsatz sei die einzige Errungenschaft auf die der Gehilfenausschuss hinweisen könne. Weiter wird im Zirkular vor dem Lesen Nichtsozialdemokratischer Blätter gewarnt, eine gewisse Spalte der Re-

klame für den Zentralverein gewidmet und schliesslich in einem grossen Inserat die Arbeiterzeitung angepriesen. Der Gehilfenausschuss macht also mit den Gehilfenumlagen eine Propaganda für den Zentralverein und es darf daher erwartet werden, dass der Bürgermeister den Magistrat beauftragt, diese Angelegenheit gründlich zu untersuchen und über das Ergebnis der Öffentlichkeit zu berichten.

Bürgermeister Seitz erklärt, er werde sich nicht zur politischen Seite dieser Frage einlassen so verlockend es wäre, diesem Gegenstand näher zu treten. Ich habe nämlich, sagt der Bürgermeister den Ausführungen des Herrn Vorredners mit Freude entnommen dass auch die Herren von der Majorität des Landtages Herrufer im Streite um eine materielle Besserstellung der Handelsgesellschaft sind und hoffe, dass die feierliche Erklärung, die hoffentlich namens der Gesamtpartei abgegeben worden ist, nunmehr die jetzt schon so lange Zeit schwebenden Verhandlungen zwischen der Gehilfenschaft und den Unternehmern sehr bald zu einem günstigen Abschluss bringen wird (Rufe bei den Christlichsozialen: Diese Ironie ist sehr deklariert) Das ^{es} daher sehr bald möglich sein wird über diese wirklich geringen Löhne hinwegzukommen, die den heutigen Verhältnissen längst nicht mehr entsprechen (Rufe bei den Christlichsozialen: Ein Skandal! Eine solche Ueberhebung!) Ich kann nichts freudiger begrüssen, als gerade diese Erklärung, eines prominenten führenden Mannes der christlichsozialen Partei (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, Rufe bei den Christlichsozialen: Ersparen Sie sich solche Scherze!) Nein das ist gar kein Scherz, schauen Sie die grosse Schwierigkeit hat im Anfang immer darin bestanden, dass die Gehilfenschaft trotz aller Mühe über die von Herrn Gemeinderat Untermüller hier beanständete Lohnhöhe hinwegkommt. Die Schwierigkeit bestand immer darin, dass bei den Unternehmungen natürlich darauf verwiesen wurde, sie seien nicht in der Lage höhere Löhne zu bezahlen. Wenn ich nun von einem Vertreter der Christlichsozialen Partei höre, in der doch die Unternehmerschaft und vor allem die kaufmännische Unternehmerschaft eine grosse Rolle spielt, dass diese Löhne zu gering sind und dass man sich bemühen müsse sie zu erhöhen, dann kann ich hoffen, da nun die Christlichsozialen und die sozialdemokratische Partei einer Meinung darüber sind, dass es sehr bald zu einem günstigen Abschluss kommen werde.

Auf die Anfrage, ob mir die geschilderten angeblichen Missbräuche des Gehilfenausschusses bekannt sind, kann ich selbstverständlich nur mit nein antworten. Die Ueberwachung der Genossenschaft und des Gehilfenausschusses obliegt zunächst nicht dem Landeshauptmann, sondern der Gewerbebehörde erster Instanz. Ich werde jedoch diese Gewerbebehörde beauftragen die nötigen Erhebungen sofort vorzunehmen. Die Abrechnung über die Gehilfenumlagen, die den einzigen Fonds bilden, aus dem der Gehilfenausschuss schöpfen kann, ist für 1925 noch nicht eingelangt. Die hierfür allgemein gesetzte Frist ist der 31. März. Es konnte infolgedessen auch diese Abrechnung noch nicht der Antwort zugrunde gelegt werden. Dann wird die Gewerbebehörde erst in der Lage ^{sein} zu prüfen. Sollte sich bei den angeordneten Erhebungen des Magistrates eine Ungesetzlichkeit herausstellen, so müsste sie selbstverständlich die im Gesetze vorgesehene Ahndung finden. Im übrigen muss ich schon bemerken, dass ich nichts Ungesetzliches darin ^{erblicken} kann, wenn der Gehilfenausschuss als Vertreter der Zwangsorganisation der Arbeitnehmer eines Gewerbes bei Aktionen, die er im Interesse der von ihm vertretenen Arbeitnehmer einleitet, mit freiwilligen Organisationen der Arbeitnehmer gemeinsam vorgeht, wie ja zum Beispiel auch die Zwangs-genossenschaften der Gewerbetreibenden sehr oft Schulter an Schulter mit freiwilligen Organisationen der Arbeitgeber auftreten. (Lebhafter Beifall)

G.R. Bermann (soz. dem.) erklärt, dass es sich nicht um eine Angelegenheit der letzten Tagen handelt, sondern dass schon vor sehr langer Zeit, noch unter dem Bürgermeister Weisskirchner die Leitung des Magistrates eine Ueberprüfung der Bücher vornahm, aus der hervorging, dass der Gehilfenausschuss einwandfrei handle. Der Zentralverein umfasst drei Viertel aller Handlungsgehilfen. Bei den letzten Wahlen traten die gegnerischen Parteien gar nicht in den Wahlkampf ein, deswegen ging er ohne Gegner daraus hervor. Wenn von einem Missbrauch der Amtsgelder gesprochen wurde, möge sich Herr Kollege Untermüller nur in seiner eigenen Umgebung umsehen, der Gehilfenausschuss in Klagenfurt hat in einer H₂usdruckerei deutschnationale Flugzettel und Wahlaufrufe für die Vereinigte Wirtschaftspartei hergestellt.

G.R. Untermüller: Das ist unwahr, Sie lügen! Nicht für Deutsch für nationale sondern/Nationalsozialisten.

G.R. Bermann : Die Minimalgehälter waren wirklich ein Skandal. Wir arbeiten aber ständig auf eine Aenderung des Kollektivvertrages hin. Wie schauen aber die Ansätze beim Zentralverband der christlichen Angestellten aus. Damals handelte es sich um eine Vereinbarung mit dem St. Josefsverein. Diese Ansätze sind bedeutend niedriger. Redner bringt die entsprechenden Ziffern und einen Brief eines ehemaligen Angestellten der Organisation zur Verlesung. (Lebhafte Zwischenrufe des Gemeinderates Untermüller: Ich bestreite die Tatsachen, das sind Unwahrheiten. Gemeinderat Preyer : Warum reden Sie nichts von den Hungerlöhnen bei den Konsumvereinen.) Redner meint, dass die Bemerkungen nur danach angetan sind, das Unternehmen der Gehilfenschaft zu diskreditieren, worauf Gemeinderat Untermüller repliziert.

Die Sitzung wird sodann um halb sieben Uhr vom Präsidenten Zimmerl geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und Redakteur: 81
Karl Hony

Wien, am Freitag, den 5. März 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 5. März 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um halb sieben Uhr die Sitzung

wird
Ohne Wortmeldung hierauf eine Reihe von Anträgen angenommen. Darunter die Aufstellung eines Dampfkessels im Gaswerk Simmering (Kosten 350.000 Schilling), der Bau eines Teiles der Wagenhalle im III. Bezirk (340.000 Schilling), ein Kredit von 310.000 Schilling zur Verbesserung des Oberbaues auf den Stadtbahnlinien, der Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" mit einem Kredit von 10.000 Schilling für Preise und Diplome

G.R. Merbaul (chr. soz.) befürchtet dass die Oeffnung für die Führung über beiden Linien zu knapp sein wird und eine Gefährdung der Sicherheit möglich ist. Er wünscht die Aufstellung von Warnungstafeln. Redner verlangt ferner die Umlegung des Gleises neben der Matzleinsdorfer Kirche, weil dort knapp am Eingang der Sakristei das Gleis vorübergeht, und die Umstellung der Haltestellentafel und eines Gaskandelabers am Margaretengürtel nächst der Kliebergasse.

Der Referent sagt die Berücksichtigung der Wünsche und die Weiterleitung an die Strassenbahndirektion zu, worauf der Antrag angenommen wird.

sowie folgende Subventionen: An den Verein zur Errichtung und Erhaltung der Suppen- und Teeanstalt 3000 Schilling, die Vereinigung der arbeitenden Frauen 2000 S., die österreichische Gesellschaft für Sozialpolitik 1000 Schilling, die Gartenbauschule für die Schwerhörige und Hörlose 600 S., Wiener Messe 50.000 S., dem Komitee zur Vorbereitung der Beethoven-Zentenarfeier 4000 S., die Lehrerarbeitsgemeinschaft "Lichtbild" 10.000 Schilling, die Internationalen Hochschulkurse 2000 S., dem Vereine Carnuntum 1200 S., die Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums 2000 S., die Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich 4000 S., die Neue Oesterreichische Biographie 1000 S., und der Pädagogischen Gesellschaft 1500 S.

G.R. Rausnitz beantragt einen Kredit von 153.000 Schilling für die Erneuerung und Umlegung der Gleise am Matzleinsdorferplatz. Damit soll einem Wunsche der Verkehrspolizei entsprechen und die beiden Strassenbahngleise in die mittlere Oeffnung verlegt werden.

G.R. Schütz (soz. dem.) beantragt eine Baulinienabänderung in der Engerthstrasse im II. Bezirk. Im Zusammenhang damit soll auch Inundationsrayons des Donaustromes gegen den Prater zu die Wehlstrasse als Hochwasserschutzdamm ausgebildet werden und auf die Höhe der Engerthstrasse gebracht werden, die bereits hochwasserfrei angelegt ist.

Der Antrag wird, nachdem G.R. Körber dazu gesprochen, angenommen.

St.R. Siegel beantragt für die Errichtung von Kinderfreibädern im Arenbergpark, auf dem Margaretengürtel neben der Stadtbahnstation und im Türkenschanzpark, die Kosten von 232.340 Schilling zu genehmigen.

G.R. Binder (chr. soz.) tritt dafür ein, dass das Kinderfreibad im III. Bezirk nicht im Arenbergpark, der räumlich beschränkt sei, errichtet werde, sondern dass ein anderer Platz hierfür ausfindig gemacht werden müsse.

St.R. Siegel entgegnet, es sei seinerzeit versucht worden, einen Platz im Belvedere zu erlangen, aber die Gemeinde habe bei der Bundesverwaltung kein Entgegenkommen gefunden. Man musste also den Arenbergpark wählen.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Siegel berichtet über den Entwurf der Wohnhausanlage im XII. Bezirk, Wkenerbergstrasse- Unter Meidlingerstrasse und beantragt die Genehmigung des Kostenvoranschlages von 5 1/3 Millionen Schilling.

G.R. Müller (chr. soz.) bemängelt die geringe Grösse der Wohnräume in diesem Wohnhausbau, auch hätten die Bewohner dieses Bezirksteiles gewünscht, dass die Feuerwehr nicht in das neue Haus, sondern in einem eigenen Bau hineinkomme; hierfür wäre ein Platz in der Draschegasse sehr geeignet.

In seinem Schlussworte verweist der Referent darauf, dass die Grösse der Wohnungen durchaus entsprechend sei und die Unterbringung der Feuerwehr in der Wohnhausanlage sei sorgfältig erwogen und die Einrichtungen im Einvernehmen mit der Feuerwehr geschaffen worden sie werden als besonderes Muster gelten können.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Prof. Dr. Tandler beantragt einen Zuschusskredit von 20.240 Schilling für die Errichtung von drei Kindergärten im X. Bezirk.

Nach dem Gemeinderat Haider (chr. soz.) die unklare Stilisierung dieses Antrages bemängelt und der Referent Aufklärung gegeben hatte, wird der Antrag angenommen.

G.R. Iser beantragt zur Deckung der sich ergebenden Mehrerfordernisse zur Anschaffung von Betriebsmaterialien, Fuhrwerkskosten, Gartenwesen, Zuschusskredite in der Höhe von 117.598 Schilling und 13.587 Schilling zu bewilligen.

G.R. Körber (chr. soz.) wünscht die Ausgestaltung des Parkes bei der Reichsbrücke.

G.R. Iser verweist darauf, dass die gegenwertige Gemeindeverwaltung besonderes Augenmerk der Ausgestaltung der Gartenanlagen zugewendet hat und im Jahre 1925 50.000 Quadratmeter Neuanlagen schuf. Der Antrag wird hierauf angenommen.

Stadtrat Breitner leitet die Verhandlungen über den Rechnungsabschluss der Gemeinde für das Jahr 1924 ein. Er führt aus: Schon bei der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1926 wurden die Ergebnisse der Gebarung des Jahres 1924 mitgeteilt. Es wurde dabei von der Minorität Kritik geübt, dass die Einnahmen weit über das Präliminare hinausgegangen sind und auch der Mehrheit der Vorwurf gemacht, dass hier eine Verschleierung vorliege. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Vor allem muss festgestellt werden, dass die Zahlen des Voranschlages für das Jahr 1924 auf Grund der tatsächlichen Einnahme des Jahres 1923 erstellt worden sind. Man muss sich nun in diese Zeit zurückversetzen. Es war dies im Oktober 1923. Nach der Stabilisierung der Krone glaubte man, dass nun auch eine Zeit der stabilen Wirtschaftsführung kommen werde. Das ist aber in keiner Weise eingetreten und wir sind noch weit entfernt von gleichbleibenden Verhältnissen. Gerade im Jahre 1924 haben sich vielfache Ueberraschungen vollzogen. Es hat sich gezeigt, dass die Entwicklung der Löhne und Preise sich nicht mit der Stabilisierung der Währung vollzogen hat, sondern es hat viele Monate gedauert, bis sich auch hier eine gewisse ruhige Situation ergeben hat. Das kommt am besten in dem Ertrag der Fürsorgeabgabe zum Ausdruck, die ja die Entwicklung der Löhne mitmacht. Andererseits begann 1924 der Zusammenbruch vieler Bankinstitute, ereignete sich der Francsturz, was auch mit einem unerwarteten Rückgang gewisser städtischer Abgaben, wie insbesondere der Automobilsteuer, verbunden gewesen ist. Entscheidend bei der Beurteilung dieses Rechnungsabschlusses ist

aber auch eine Vergleich mit den Rechnungsabschlüssen anderer öffentlicher Körperschaften. In dieser Beziehung sei vorerst auf den Rechnungsabschluss des Bundes für das Jahr 1924 verwiesen. Dort kann man lesen, dass die tatsächlichen Einnahmen um 80,66 Prozent günstiger waren, als im Präliminare angenommen worden ist! Zu dieser Zeit ist Herr Dr. Kienböck Finanzminister des Bundes gewesen, dem man wohl allseits das Zeugnis ausstellen wird, dass er ein Mann von grosser, ja geradezu pedantischer Genauigkeit gewesen ist. Ihm wird man wohl am wenigsten den Vorwurf machen, dass er absichtlich dem Nationalrat einen Rechnungsabschluss vorgelegt hat, der den Voranschlag in seinen Einnahmen um mehr als achtzig Prozent überstieg! Es hat sich, trotz grösster Genauigkeit, auch beim Bund gezeigt, dass das Präliminare nicht genau ermittelt werden konnte, ja gerade grundfalsch war! Vielfach hat der Bund nur ein Viertel des wirklich eingenommenen Steuerertrages präliminiert gehabt. So wurde die Schaumweinsteuer mit 1,8 Milliarden veranschlagt, der Ertrag war 7 Milliarden! Die Stempel- und Rechtsgebühren sind mit 375 Milliarden eingesetzt worden, eingenommen wurden aber 758 Milliarden! Die Warenumsatzsteuer hat der Bund für das Jahr 1924 mit 1400 Milliarden präliminiert gehabt, in Wirklichkeit wurden 2007 Milliarden eingenommen!

Gar nicht anders ist es bei den anderen öffentlichen Verwaltungen. Das Land Oberösterreich hat im Jahre 1924 nach dem Rechnungsabschluss um 74 Prozent mehr an Steuern eingenommen, als im Voranschlag vorgesehen war. Wir in Wien haben nur um 59 Prozent mehr vereinnahmt. Das Land Tirol lockt direkt zu einem Vergleich mit Wien heraus. In seinen Einnahmen und Ausgaben weist es genau ein Zweiundvierzigstel der Wiener Zahlen auf. Merkwürdigerweise hat auch Tirol ursprünglich den Abgang in der Höhe eines Zweiundvierzigstels des Wiener Defizits in den Voranschlag eingesetzt! Noch merkwürdiger ist aber das weitere Spiel des Zufalls, dass nun Tirol für das Jahr 1924 ein Zweiundvierzigstel des Wiener Ueberschusses ausweist! Also auch dort die gleiche Gebarung, obwohl es sich keineswegs um Sozialdemokraten handelt.

Entscheidend aber ist für uns die Feststellung, dass wir unser Investitionsprogramm nicht nur restlos erfüllt haben, sondern sogar noch überboten haben. Vorgesehen waren zum Beispiel Bauführungen um 805 Milliarden, während wir für 924 Milliarden Kronen ausgeführt haben. Ein Minus ergibt sich nur bei drei Positionen. Nicht ausgeführt konnte der Bau des Kinderpflegeheims in Grinzing werden, weil der Baugrund nicht zu haben war. Hier wird als Ersatz am Tivoli gebaut werden. In Wegfall kamen auch gewisse Bauten in Lainz. Hingegen ergeben sich in vielen Gruppen Mehraufwände für produktive Zwecke. Wir haben für die Modernisierung des Mistbauers, also für die Anschaffung von Coloniagefässen 29 Milliarden eingesetzt und 36 Milliarden ausgegeben, weil die Firmen rasch geliefert haben. Ähnliche Verhältnisse ergaben sich noch vielfach in den einzelnen Verwaltungszweigen. Redner richtet an den Gemeinderat das Ersuchen, den Rechnungsabschluss zu genehmigen. (Lebhafter Beifall)

St. R. Zimmerl (chr. soz.) beanständet, dass seit dem Budget noch immer nicht der Rechnungsabschluss auf die Tagesordnung gesetzt wurde und verlangt die endliche Aufstellung eines Inventariums damit die Behauptung widerlegt wird, dass die christlichsoziale Gemeindeverwaltung nur leere Kassen und stinkendes Sauerkraut zurückzulassen habe. Befremdend wirkt, dass nicht mehr die Buchhaltung, sondern die Magistratsabteilung 4 den Rechnungsabschluss zeichnet. Redner befasst sich eingehend mit den Erträgen der einzelnen Abgaben und wendet sich gegen die Spannung zwischen Voranschlag und tatsächlichem Ergebnis. Diese ist in einzelnen Fällen besonders gross. So wurde die Fürsorgeabgabe mit 450 Milliarden präliminiert, ergab aber 658 Milli-

arden. Vom Rechnungsabschluss kann man sagen, dass er ^{wieder} bewusst unrichtig erstellt wurde. Wenn ich seinerzeit von einer frivolen Finanzgebarung gesprochen habe, so spreche ich dieses Wort heute wieder aus. Es wäre eine Möglichkeit gegeben, im Laufe des Jahres Massnahmen zu treffen, wenn die Steuern zu viel abwerfen. Gelegentlich einer Budgetüberschreitung von zehn Millionen im Nationalrat sprach man davon, die Regierung solle auf die Anklagebank gesetzt werden. Wohin müsste man dann den Stadtrat Breitner setzen? Die Kassenbestände aber sind dabei so hoch und die Wirtschaft dieser Stadt wird immer weiter ruiniert. Veranschlagt waren die Grundsteuer mit vier Milliarden, das Ertragnis aber waren 5,4 Milliarden die Steigerung bei der Wohnbausteuer betrug gar 56 Milliarden und die ungeheure Steigerung der Fürsorgeabgabe wurde schon erwähnt. Hervorgehoben werden muss, dass das Formelle des Rechnungsabschlusses einwandfrei ist, die Arbeit die hier geleistet wurde war sehr gut, ermöglicht eine leichte Uebersicht und gibt auch entsprechende Erläuterungen. Diese Erläuterungen erklären zum Beispiel die Mehreinnahmen aus den Lohnerhöhungen und dem unausgesetzt sich verbessernden Steuererfassung. Das ist nun sehr richtig, denn wie diese Steuer rücksichtslos erfasst ist, welche Gruppen herangezogen werden, das ist beispiellos. Auch die Steigerung der Lustbarkeitsabgabe beträgt über hundert Prozent, und erklärt sich aus der brutalen Einhebung. Auch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe erfuhr eine Steigerung von ^{man} 67 Milliarden. Keine Freude kann/ferner an der Fremdenzimmerabgabe haben, die ^{man} statt 28 61 Milliarden abwarf. Ja die Wertzuwachsabgabe stieg auf das Vierfache von 20 auf 78 Milliarden. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Plakat abgabe und den anderen Abgaben.

Wie man aus den Zinsenerträgen rückschliessen kann, beitragen die Kassenbestände über eine Billion, über eine Billion liegt in den Banken, und in dieser Zeit wagte man es, die Steuern zu erhöhen. Im Einnahmen sind Sie grosszügig, doch Sie ruinieren dabei die Wirtschaft und leisten sehr wenig, einzig und allein nur für die aus parteipolitischen Interessen aufgeführten Wohnhausbauten. Wir können von unserem Standpunkt daher nicht für den Rechnungsabschluss stimmen, sondern müssen ihn ablehnen.

G. R. Binder (chr. soz.) bespricht die Wirkungen der Lustbarkeitsabgabe, die allerdings ermässigt wurde, dafür aber werde jetzt mit Hochdruck und Anwendung von allerhand Spitzfindigkeiten gearbeitet, um einen möglichst hohen Ertrag aus der Abgabe zu gewinnen. Der Blumenverkauf werde besonders strenge kontrolliert. Die gegenwärtig betriebene Methode zielt nur darauf ab, die bewilligte Ermässigung doppelt hereinzubringen. Besonders die Vereinsveranstaltungen werden hart auf's Korn genommen und man unterwerfe Veranstaltungen der Lustbarkeitsabgabe, die gar nicht der Lustbarkeit dienen. Beispielsweise werden Kirchgänge, wenn sie unter Musikbegleitung stattfinden, als Lustbarkeit behandelt und besteuert. Diese rücksichtslose Art der Bemessung sei auf die Dauer unhaltbar, der Finanzreferent möge doch ein Einsehen haben und mehr Entgegenkommen zeigen. Auch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe bedürfe einer starken Revision. Leider sei eine Aenderung erst dann zu erwarten, wenn Stadtrat Breitner von seinem Platze verschwindet.

Vorsitzender Gemeinderat Weigl bricht die Verhandlungen über diesen Gegenstand ab.

Gemeinderat Preyer und Genossen haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem verlangt wird, dass der Bürgermeister dem Gemeinderat bekanntgeben möge, ob und welche Verpflichtungen gegenüber der Kreditanstalt die Gemeinde ausser den im Gemeinderatsbeschluss über die Errichtung derselben niedergelegten Verbindlichkeiten übernommen hat. Weiters wird der Bürgermeister aufgefordert unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass aus der Firmabezeichnung der Anstalt die Worte "der Gemeinde Wien" gelöscht und so jeder missverständlichen Beurteilung des privaten Charakters der Anstalt vorgebeugt werde.

G.R. Preyer (chr. soz.) begründet die Dringlichkeit, er verweist auf die Vorkommnisse bei der Winex und auf die Defraudation von Gewerkschaftsgeldern bei den städtischen Elektrizitätswerken und erklärt, dass an die Defraudanten sogar Darlehen gewährt worden seien. Diese Darlehen müsse man als verloren betrachten. Der Gemeinderat sei berechtigt und verpflichtet, in die Sache Klarheit zu bringen, das liege im Interesse der Beamten und Bediensteten aber auch der Gemeindeverwaltung.

Der Anfrage wird die Dringlichkeit zuerkannt und Gemeinderat Preyer gibt der Erwartung Ausdruck, dass der Bürgermeister in das Meritum eingehen und entsprechende Aufklärungen geben werde.

Stadtrat Breitner führt aus: Zum ersten Punkt der Anfrage stelle ich als Finanzreferent fest, dass die Gemeinde ausser der Gründungseinlage gegenüber der Kreditanstalt für städtische Bedienstete keine sonstigen Verpflichtungen übernommen hat. Was den zweiten Teil des Antrag - die Titelfrage - anlangt, erlaube ich mir daran zu erinnern, dass gelegentlich der Beratung dieses Gegenstandes am 18. Juli 1922 auch von der Minderheit, die sonst an der Vorlage eine sehr eingehende Kritik geübt hat, der Firmenwortlaut unbeanstandet blieb. Es muss übrigens auch bemerkt werden, dass das Bundesministerium für Finanzen durch Genehmigung der Statuten den Firmenwortlaut gutgeheissen hat. Immerhin kann aber die Bezeichnung Kreditanstalt der Gemeinde Wien zu Missverständnissen führen. Wir werden mit der Kreditanstalt Führung nehmen, um eine einvernehmliche Abänderung zu erzielen.

Vorsitzender Weigl schliesst nun um 9 Uhr abends die Sitzung.

-o-o-o-o-o-o-

Wien, am Samstag, den 6. März 1926.

Tanzfeste auch nach dem Fasching. Der Aschermittwoch hat die Tanzlust in Wien nicht merklich beeinflusst. Vom 17. Februar bis einschliesslich 3. März sind beim Wiener Magistrat 1398 Einzelfeste angemeldet worden. In dieser Zahl sind die regulären Tanzveranstaltungen bei den Fünfuhrtees, in Konzertkaffeehäusern, Bars und Nachtlokalen aller Art nicht inbegriffen. Es handelt sich dabei nur um Einzelveranstaltungen, die vorwiegend von Vereinen durchgeführt werden. Auf den Tag entfallen also im Nachfasching rund hundert Feste und auch gegenwärtig ist noch gar kein Abflauen in der Hochkonjunktur des Tanzes zu verzeichnen. In den Monaten Jänner und Februar 1925 wurden beim Magistrat 5469 Einzelfeste angemeldet, in den beiden ersten Monaten des heurigen Jahres waren es hingegen 5859.

Keine Gemeinderatssitzung. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat keine Sitzung ab. Auch der Gemeinderat wurde nicht einberufen.

Ausnahmen vom Ladenschluss und von der Sonntagsruhe. Mit einer soeben verlautbarten Verordnung wurden für das Jahr 1926 im Warenverschleiss mit anderen Waren als Lebensmitteln die Sieben Uhr Ladensperre während der Frühjahrs- und Herbstmesse, am Karfreitag, am Pfingstsonntag, an den fünf letzten Werktagen vor Weihnachten und am Sylvester gestattet. Im Lebensmittelkleinhandel können die Geschäfte an den vorgenannten Tagen bis acht Uhr abends offen gehalten werden. Der Verschleiss von Zuckerbäckerwaren und Zuckerwaren kann an Montagen und Freitagen in der Zeit vom 7. Juni bis 15. August 1926 bis neun Uhr abends erfolgen.

Eine weitere Verordnung gestattet die Sonntagsarbeit während der Messe auf Messengelände und in den Messegebäuden im Lebensmittelkleinhandel in der Zeit von halb zehn Uhr vormittags bis ein Uhr nachmittags und von zwei bis halb sieben Uhr nachmittags, im Grösshandel mit sonstigen Waren von halb neun Uhr vormittags bis ein Uhr nachmittags und von zwei bis halb sechs Uhr nachmittags.

Städtische Beratungsstelle für Nerven- und Gemütskranke. Am 11. März beginnt diese neue Stelle ihre Tätigkeit, die Sprechstunden finden an jedem Donnerstag in der Zeit von 4 - 6 Uhr nachmittags im Gebäude des Wohlfahrtsamtes I., Rathausstrasse 9, II. Stiege statt.

Die Beratungsstelle wird zunächst allen psychopathischen und geisteskranken, beziehungsweise geisteskrank gewesenen Personen zugänglich sein, die sich aus eigenem Veranlassen Rat und Hilfe in irgend einer Angelegenheit zu suchen. Besonderen wird sie den nächsten Angehörigen geistig abnormer Personen aller Art zugänglich sein. Ausserdem werden ihr psychopathische und geisteskranken Personen von der psychiatrischen Klinik und der Heil- und Pflegeanstalten, ferner seitens der städtischen Behörden und sonstiger Stellen zur Beratung zugewiesen werden. Ärztliche Behandlung wird nicht gewährt.

Entfallende Sprechstunde. Am Montag, den 8. März 1926 entfällt die Sprechstunde beim städtischen Baureferenten, amtsführenden Stadtrat Siegel.

Wien, am Samstag, den 6. März 1926. Zweite Ausgabe

.....

Kunstpreise der Stadt Wien. Die Zuerkennung der von der Gemeinde Wien gewidmeten Kunstpreise für hervorragende Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst erfolgt nach den hiefür geltenden Bestimmungen durch den Stadtsenat auf Grund der Vorschläge eines Preisrichterkollegiums, für das der Bürgermeister aus jedem Kunstgebiet drei Mitglieder ernennt. Bürgermeister Seitz hat nun in dieses Preisrichterkollegium berufen für Werke der Dichtkunst die Herren Burgtheaterdirektor Franz Herterich, Schriftsteller Dr. Richard Beer-Hofmann, Professor Dr. Anton Bettelheim, für Musik die Herren Operndirektor Franz Schalk, Professor Dr. Guido Adler, Professor Franz Schmidt und für bildende Kunst die Herren Professor Josef Jungwirth, Professor Ernst Hegenbarth und Baurat Architekt Hans Jaksch. Die Kunstpreise werden am 1. Mai verteilt werden.

.....

.....

Wiener Sterblichkeit. Im Jänner sind in Wien 2207 Personen gestorben, während im Dezember die Zahl der Todesfälle 2486 war. Im Jänner 1925 starben in Wien 2291 Personen. Die grösste Zahl der Sterbefälle entfiel auf die Krankheiten der Kreislauforgane.

.....

.....

Freie städtische Arztstelle. Im Mautner Markhofschen Kinderspital der Stadt Wien wird am 1. April die Stelle eines Assistenzarztes der chirurgischen Abteilung besetzt. Gesuche um diese Stelle müssen mit den entsprechenden Personaldokumenten belegt sein und bis spätestens 20. März an die Kanzlei der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten im Neuen Wiener Rathaus gesendet werden. Die Gesuche sind mit einem Bundesstempel von einem Schilling und alle noch nicht gestempelten Beilagen mit einem Bundesstempel von zwanzig Groschen zu versehen.

.....

.....

Fast neuntausend Arbeiter auf den städtischen Bauten. Im Februar hat die Zahl der unmittelbar auf den städtischen Bauten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber dem Jänner um nahezu tausend zugenommen, was auf die günstige Witterung zurückzuführen ist. Die Gemeindeverwaltung hat auch in den kältesten Tagen des heurigen Winters gewisse Arbeiten auf ihren Bauten durchführen lassen, um so die Arbeitslosigkeit zu mildern. So sind in der letzten Februarwoche auf den städtischen Wohnhausbauten 7634, auf verschiedenen Wohlfahrtsbauten 784, bei den Strassenbauten 142 und bei den Kanalbauten 279 Arbeiter beschäftigt gewesen. Diese Zahlen haben sich im März ziemlich stark erhöht. Zu den rund neuntausend Beschäftigten bei den städtischen Bauführungen kommen aber noch viele tausende Arbeiter und Arbeiterinnen, die in den privaten Fabriken und Werkstätten die mannigfachen Gegenstände herstellen, die mit der grossen Wohnhausbautätigkeit und dem Investitionsprogramm der Gemeindeverwaltung verbunden sind.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

84

Wien, am Sonntag, den 7. März 1926.

Der Messeempfang im Wiener Rathaus. Heute abends fand zu Ehren der zehnten Wiener internationalen Wiener Messe im Festsaal des Rathauses ein Empfang statt. Die Festgäste versammelten sich im Sitzungssaal des Wiener Stadtsenates. Es waren erschienen Bundespräsident Dr. Hainisch, Vizekanzler Dr. Waber, die Bundesminister Dr. Resch, Thaler, Schürff, Kanzler ^{a. D.} Dr. Renner, Präsident Eldersch, Landeshauptmann Dr. Buresch, die Gesandten von Deutschland, Amerika, Argentinien, Belgien, Bulgarien, Chile, China, Dänemark, Frankreich, Italien, Japan, Polen, Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Sowjetrepubliken, Schweiz, apostolische Nuntius, die meisten Konsulate und Handelsattachés, die Wiener Nationalräte, Vizebürgermeister Emmerling und Hoss, die meisten Gemeinderäte, die Bezirksvorsteher und die leitenden Beamten des Magistrats, sowie zahlreiche Vertreter der Presse.

Bürgermeister Seitz empfing die im Sitzungssaal des Stadtsenats versammelten Gäste. Er dankte zunächst dem Bundespräsidenten, den Gesandten aller Staaten und die Mitgliedern der österreichischen Regierung für ihre Teilnahme an der Veranstaltung, die vornehmlich den Zweck hat, die Leiter und die Teilnehmer der Messe mit den Vertretern der Wiener Gemeinde zusammenzuführen. Durch diesen Besuch der Vertreter aller Regierungen gewinnt aber die Veranstaltung weit über ihren ursprünglichen Rahmen hinaus an Bedeutung und wird zu einer Manifestation aller Regierungen für das Friedenswerk der Wiener Messe. Diese Messe ist eine Revue der Arbeit, eine Kundgebung der Solidarität aller Völker, ein Wegweiser für die Entwicklung der Völker zum Verständnis für die Eigenart jedes einzelnen Volkes. Mögen die fremden und die einheimischen Besucher, in dem sie unter sich und mit den Vertretern der Stadt in persönlichen Verkehr treten, einander näher rücken und jenen innigen Kontakt bewirken, der auch geschäftliche Beziehungen innig und verständnisvoll gestaltet.

Ich begrüße sie alle herzlichst im Hause der Stadt und im Namen der gesamten Wiener Bevölkerung, die sich freut Ihnen Gastfreundschaft bieten zu können, die sich umso mehr freuen wird, wenn sie den Eindruck gewinnt, dass Ihnen die Stadt gefällt. Den unermüdlichen Leitern der Messe, ihren Präsidenten und Generaldirektor gilt unser Dank und allen Gästen ein herzliches Willkommen. (lebhafter Beifall)

Auf die Rede des Bürgermeisters erwiderte Präsident Hoch-

nuth:

Die Zahl der Förderer der Wiener Internationalen Messe ist so bedeutend, dass die Hervorhebung aller um die Messe erworbenen Verdienste im Rahmen der Ansprachen, die bei offiziellen Anlässen gehalten werden können, weit übersteigen würde.

Ich begrüße es daher mit besonderer Freude, dass Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister, mit Ihrer hochherzigen und grosszügigen Einladung zum heutigen Empfange mir Gelegenheit bieten, der Mitwirkung der Gemeinde Wien an der Wiener Messe eingehender gedenken zu können. Schon die Tatsache dieses Empfanges allein, beweist von welcher hoher

Warte aus, Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister und die gesamte Gemeindeverwaltung das Problem der Wiener Messe und speziell der zehnten Wiener Messe betrachten. Für Sie ist sie nicht, eine Geschäftsgelegenheit, welche diejenigen angeht, die eben durch die Messe Geschäfte machen sollen, sondern sie ist für sie ein wichtiger Faktor im Wirtschaftsleben der Stadt, ein Instrument zur Belebung von Handel und Verkehr im Allgemeinen, des Fremdenverkehrs im Besonderen. Mit diesem Empfange dokumentieren Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister, die Gastfreundlichkeit der Stadt, aber auch Ihre Anerkennung für die Mühen und Opfer, die von den Ausstellern gebracht werden, damit das Ansehen Wiens im Auslande gestützt und gefördert werde.

Vom ersten Anbeginn der Bewegung für die Schaffung einer Wiener Messe hat die Wiener Gemeindeverwaltung zur Verwirklichung im Rahmen ihres Tätigkeitsbereiches beigetragen. Die Gemeinde hat nicht nur ein namhaftes Aktienpaket gezeichnet und Delegierte entsendet, sondern ermöglicht insbesondere die Erweiterung der Auslandspropaganda der Messe, durch jährlich zweimalige, namhafte Subventionen. Was die Gemeinde darüber hinaus an festlicher Gestaltung des Stadtbildes durch Inbetriebsetzung des Hochstrahlbrunnens zur Messezeit, kurz in allen nur denkbaren Belangen für die Messe leistet, wird ein bleibendes Gedenkblatt in der einst herauszugehenden Geschichte der Wiener Internationalen Messe bilden. An allen Ecken und Enden sind und bleiben wir Schuldner der Gemeinde Wien für ihre weitgehende Förderung der Messe.

Wie sehr der Gemeinde beziehungsweise dem Bundeslande Wien die Förderung des Fremdenverkehrs am Herzen liegt und wie sie die Werbetätigkeit der Wiener Messe als geeigneten Wurzelstock für die weitere Entfaltung einer zielbewussten Fremdenverkehrs-Propaganda ansieht, wie das bekundete Vertrauen der Gemeinde Wien zur Messe aber auch das Land Niederösterreich veranlasst hat, seine fremdenverkehrsfördernden Pläne mit jenen der Gemeinde gemeinsam zu verwirklichen, beweist die erfolgte Einsetzung der Fremdenverkehrskommission für das Bundesland Wien und Niederösterreich, deren Geschäftsführung der Wiener Messe-Aktiengesellschaft übertragen wurde.

So begrüßen wir Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister und die Gemeinde Wien, heute als Beschützer und Förderer der Wiener Messe.

Bürgermeister Seitz dankte dem Präsidenten der Wiener Messe für die anerkennenden Worte, worauf sich die Gäste in den Festsaal des Rathauses begaben.

Wien, am Montag, den 8. März 1926

Wohnungsnachweis der Stadt Wien. In der Woche vom 1. bis einschliesslich 6. März sind beim städtischen Wohnungsnachweis insgesamt 368 Wohnungen als frei geworden zur Anmeldung gelangt. Davon wurden 361 sofort mit der Anmeldung als wieder vermietet abgemeldet.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte amtsführender Stadtrat Speiser den Ehepaaren Johann und Marie Ebenstein, X. Absberggasse Nr. 23, Franz und Adelaide Jungwirth, XVI. Grundsteingasse Nr. 17 und Johann und Barbara Kandler, XV. Moeringgasse Nr. 12, anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

Wohnbausteuerentscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes. Am 5. Februar beschäftigte sich der Verwaltungsgerichtshof mit zwei Beschwerden gegen die Gemeinde Wien. Beide Beschwerden wurden als unbegründet abgewiesen. In dem einen Fall hat die Industriebürogesellschaft gegen die Entscheidung der Beschwerdekommision, mit der das Ansuchen um Befreiung von der Wohnbausteuer für den Gebäudekomplex am Schwarzenbergplatz 18/19 und in der Canovagasse 3/5 aus dem Titel des Umbaus abgewiesen worden ist, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes angerufen. Sachlich wurde zuerst die Vorfrage geprüft, ob überhaupt ein Umbau im Sinne des Wiener Gesetzes vorliegt, denn nur die Bestimmungen dieses Gesetzes können hier entscheidend sein. Es steht aber unbestritten fest, dass die Umfassungsmauern stehen geblieben sind was allein schon den Begriff des Umbaus ausschliesst. Selbst wenn man annehmen wollte, dass dieser Begriff im Einklang mit der Vollzugsverordnung des Finanzministeriums zum Reichsgesetz vom Jahre 1911 zu interpretieren sei, käme man zu keinem anderen Ergebnis, weil die Abtragung der Umfassungsmauern nicht aus baupolizeilichen Gründen untersagt wurde, sondern die Beschwerdeführerin sich freiwillig dazu bereit erklärt hat. Auch an die vom Finanzministerium erteilte Steuerbefreiung, in der das Objekt als Umbau gewertet wurde, ist die Gemeinde nicht gebunden. In der selben Sache hat dann noch ein Mieter der erwähnten Häuser die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof ergriffen. Die Beschwerdekommision hat erklärt, dass nach dem Gesetz über die Befreiung von der Wohnbausteuer die Beschwerde gegen Entscheidungen des Magistrats nur dem Hauseigentümer zustehe und Mieter nicht zur Beschwerdeführung legitimiert seien. Der Verwaltungsgerichtshof hat sich dieser Auffassung angeschlossen. Es handelt sich in den beiden erwähnten Fällen um eine Wohnbausteuervorschreibung von 660 Millionen Kronen.

Die Gemeinde führt die Wiener Schüljugend ins Theater! Für die Schulkinder der Wiener Volks- und Bürgerschulen wird die Gemeindeverwaltung heuer eine Reihe von Theateraufführungen im Raimund- und im Deutschen Volkstheater veranstalten. Bei der Kartenausgabe - die Kinder haben nichts zu zahlen - werden zunächst die Schüler und Schülerinnen von unbemittelten Eltern berücksichtigt werden. Es gibt auch keine Nebengebühren, da die Schulkinder zugleich mit der Theaterkarte auch Karten für die unentgeltliche Benützung der Garderobe bekommen. Im Deutschen Volkstheater werden am 13., 20. und 27. März nachmittags "Die Räuber" von Schiller, am 10., 17. und 24. April Hawels "Mutter Sorge" und am 8. und 15. Mai Nestroys "Eulenspiegel", für die Wiener Schulkinder aufgeführt. Im Raimundtheater werden für die Kleinen die Märchen "Aschenbrödel" und "Dornröschen" gespielt. Im Herbst werden diese Theateraufführungen für die Schulkinder fortgesetzt werden. Helle Freude hat auch die Märchenaufführung "Aschenbrödel", die am Samstag und Sonntag nachmittags im Raimundtheater für die Wiener Waisenkinder veranstaltet worden ist, ausgelöst. Die vorläufigen Kosten dieser neuen Bildungsarbeit betragen rund dreissigtausend Schilling.

Wien, am Dienstag, den 9. März 1926

Neue Kurse an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule. Am 1. April 1926 beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3, dreimonatige Kurse. Es werden abgehalten ein Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich ein Servierkurs, zweimal wöchentlich ein Abendkleidernachkurs und ein Abendweissenähkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr. Prospekt beim Schulwart. Weiters wird in der Schule III. Bezirk, Petrusgasse Nr. 10, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs abgehalten.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Für den Monat März bleiben die Gebühren für die Kanalreinigung unverändert. Sie betragen das Dreissigfache des Mietzinses, der für den Monat August 1914 bezahlt worden ist.

Die Elektrizität als Freund und Helfer in der Landwirtschaft. Die Oesterreichische Landes-Landwirtschaftskammer hat in dankenswerter Weise den Entschluss gefasst, im Rahmen der Wiener Internationalen Messe auf dem Territorium des Westgeländes der Rotunde eine vollständige Ausstellung über die Verwendungsmöglichkeiten der Elektrizität in der Landwirtschaft zu veranstalten. Der Gedanke kann ein umso glücklicherer genannt werden, als die im verflossenen Jahre von den Wiener städtischen Elektrizitätswerken veranstaltete landwirtschaftliche Wanderausstellung das regste Interesse bei der Landbevölkerung auslöste. In anerkannter Weise hat die Wiener Elektroindustrie, sowie die Industrie für landwirtschaftliche Maschinen unter bereitwilliger Mitarbeit der Wiener städtischen Elektrizitätswerke sich bemüht, die elektrischen Anlagen und die Verwendung der elektrischen Kraft den jeweiligen Verhältnissen des landwirtschaftlichen Betriebes anzupassen.

Der Platz für die Aufstellung der Objekte ist günstig im Zuge einer der Hauptavenuen gelegen und erstreckt sich sowohl über freies Gelände, als auch über Räume, die sich in gedeckten Hallen befinden. Diese Anordnung entspricht auch dem Wunsch, unter freiem Himmel jene Maschinen aufzustellen, die auch im landwirtschaftlichen Betrieb an ungeschützten Stellen verwendet werden müssen. Die gedeckten Hallen sind für die Aufnahme von Maschinen und Apparaten bestimmt, die auch im praktischen Betrieb in geschlossenen Räumen verwendet werden. Die dekorative Ausgestaltung des Ausstellungsplatzes ist den Objekten und ihrer Bestimmung angepasst und in tadelloser Weise gelöst worden. Bemerkenswert ist das den Hintergrund der Halle abschliessende Bild, das nicht nur der Ausschmückung des Raumes dient, sondern zugleich instruktiv wirkt, da es anschaulich die zweckmässige Verwendung verschiedenartiger Beleuchtungskörper zeigt.

Um die Ausstellung zu vervollständigen, lassen die Wiener städtischen Elektrizitätswerke täglich von 14 bis 16 Uhr im Münstedtkino im Prater einen Film laufen, der im Rahmen eines ländlichen Schauspiels, das den Titel trägt "Der elektrische Schwiegersonn", die Möglichkeiten der Verwendung des

elektrischen Stromes in der Landwirtschaft drastisch vor Augen führt.

Die Ausstellung, die auf einem verhältnismässig gedrängten Raum alle in der Landwirtschaft im Laufe vieler Jahre zur Notwendigkeit gewordenen Maschinen zeigt, bietet ein Bild des Strébens der Menschheit, sich der zeit- und geldsparenden Elektromotoren zu bedienen. Der Elektromotor, dessen Form und dessen relativ geringes Gewicht jede Bewegungsmöglichkeit gestatten, kann als Lösung des Problems der Abschaffung animalischer Kräfte angesprochen werden. Dabei bietet diese Kraftquelle bei nur einigermaßen sachgemässer Handhabung nicht nur volle Betriebs-, sondern auch einwandfreie Feuer-sicherheit. Durch die allenthalben sich ausbreitende Nutzbarmachung der Wasserkräfte steht heute selbst in den kleinsten Landgemeinden der tatkräftigste Freund unseres Zeitalters, der elektrische Strom, zur Verfügung, der vermöge der geringen Erzeugungskosten eine wohlfeile Kraftquelle ist.

Der maschinelle Betrieb in der Landwirtschaft bedeutet nicht nur die vollkommene Ausnützung der Erträge des Bodens und daher einen gewaltigen kulturellen Fortschritt, sondern auch eine nicht zu unterschätzende Zeitersparnis.

In welcher praktischer Weise die eingangs erwähnten Industrien die gestellten Aufgaben gelöst haben, führt die Ausstellung übersichtlich vor. Insbesondere, sei auf die Elektromotoren verwiesen, die durchwegs fahrbar ausgestattet; teils auf zweirädigen Karren, teil auf einrädigen Schiebekarren und zum Teil auch in geschlossenen Kastenwagen für Bespannung oder auf Motorschleifen montiert sind und eine unbegrenzte Beweglichkeit aufweisen. Man sieht hier speziell für die Landwirtschaft gebaute Motoren.

In dem bunten und doch sachgemäss geordneten Bild fallen vor allem eine elektrisch geheizte Brutmaschine und die an der Längswand der Halle angebrachten mannigfachen elektrischen Schalt- und Sicherungsapparate auf

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

87

Wien, am Mittwoch, den 10. März 1926

Wohnungsnachweis der Stadt Wien, Am Montag wurden beim städtischen Wohnungsnachweis 50 Wohnungen als frei geworden angemeldet, aber sofort als wieder vermietet abgemeldet. Am Dienstag langten 49 Anmeldungen und ebensoviele Abmeldungen ein. Heute wurden 73 freie Wohnungen angemeldet, die aber alle sogleich wieder abgemeldet worden sind.

Neue Kurse an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule. Am 1. April 1926 beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3, dreimonatige Kurse. Es werden abgehalten ein Vormittagskochkurs für einfache und feinere Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich Servierkurs, zweimal wöchentlich ein Abendkleidermachkurs und Abendweissnähkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr. Prospekt beim Schularzt. Weiters wird in der Schule III. Bezirk, Petrusgasse Nr. 10, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs abgehalten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

88

Wien, am Donnerstag, den 11. März 1926

.....
"Elternhaus und Schule". Das lebhafteste Interesse der Schulverwaltung an einer möglichst innigen Verbindung zwischen Elternhaus und Schule lässt die Verbreitung einer Zeitschrift empfehlenswert erscheinen, die sich zum Ziele setzt, auf die Elternschaft pädagogischen Einfluss zu üben und ihre Aufmerksamkeit für Erziehungsfragen zu wecken, ihr pädagogischer Ratgeber bei der Lösung erzieherischer Aufgaben zu sein. Voraussetzung hierfür ist die politisch vollkommen neutrale Einstellung einer solchen Zeitschrift. Andererseits rechtfertigt auch die stets fortschreitende Ausgestaltung der Tätigkeit der Elternvereinigungen an den Schulen Wiens den Wunsch, die vielseitige und reiche Arbeit dieser Vereinigungen zusammenzufassen und in gleichgerichtete Bahnen zu lenken, alles Nachahmenswerte durch die Verbreitung von Berichten aus dem Vereinsleben möglichst allgemein bekanntzumachen, durch Anregungen sowie durch Anfragen und deren Beantwortung die Tätigkeit der Elternräte zu befruchten und auf diese Weise ein Sprachrohr für alle Elternvereine Wiens zu schaffen, dem aber auch gleichzeitig die Aufgabe zukommt, ein Bindeglied zwischen diesen zu sein.

Nach den Gutachten berufener Fachleute kommen der seit einiger Zeit im Deutschen Verlag für Jugend und Volk erscheinenden Zeitschrift "Elternhaus und Schule", soweit die bisher erschienenen Nummern ein Urteil zulassen, die erwähnten Eigenschaften in einem Masse zu, dass sie nicht nur vom erzieherischen Standpunkt aus als völlig einwandfrei bezeichnet werden muss, sondern darüber hinaus mit vollem Recht als geeignet erkannt werden kann, das Erziehungswerk der Schule in hohem Grade zu fördern.

Aus all diesen Gründen hat der Stadtschulrat die Schulleitungen angewiesen, die Elternvereine auf diese Zeitschrift aufmerksam zu machen und der Lehrerschaft die nachdrücklichste Förderung dieser für die Entwicklung der Elternvereine so wichtigen Angelegenheit zu empfehlen.

.....

Wettswimmen von Fortbildungsschülern. Der Wiener Fortbildungsschulrat legt besonderes Augenmerk auf die körperliche Ertüchtigung der ihm anvertrauten Lehrlinge und Lehrmädchen. Im Einvernehmen mit der Gemeindeverwaltung wurde die grosse Schwimmhalle des städtischen Jörgerbades an einigen Abenden wöchentlich der Wiener Fortbildungsschuljugend überlassen. Es werden dort eigene Schwimmkurse für die Lehrlinge und Lehrmädchen abgehalten. Die Schwimmgruppe der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen veranstaltet nun am 29. März um 7 Uhr abends im städtischen Jörgerbad ihr drittes Schwimmfest. Der Fortbildungsschulrat hat für die Sieger künstlerisch ausgeführte Diplome bewilligt.

.....

Wien, am Freitag, den 12. März 1926

.....
Stadtbahnverkehr am Sonntag. Auf der Wiener elektrischen Stadtbahn werden am Sonntag von 11 bis 19 Uhr die Züge der Rundlinien DG und GD eingeschränkt und die Linie 18G ganz aufgelassen. Dafür werden die Züge WD (Hütteldorf-Heiligenstadt über Hauptzollamt) auf der Wiental- und Donaukanallinie und die Züge der Linie G (Hütteldorf-Heiligenstadt über Gürtel) auf der Wiantal- und Gürtellinie entsprechend vermehrt. Um eine allzustarke Ueberfüllung der Stadtbahn zu vermeiden, werden die Besucher des Fussballwettspiels auf der Hohen Warte ersucht, auch die Strassenbahn zu benutzen, die aus diesem Anlass ihren Betrieb verstärken wird.

.....
Eine Lewinskybiographie. Anlässlich des Jubiläums des Burgtheaters erscheint im Deutschen Verlag für Jugend und Volk eine Biographie des grossen Schauspielers Josef Lewinsky, die von Helene Richter geschrieben wurde. Die Gemeinde Wien wird dieses Werk für die Lehrerbibliotheken an den Wiener Schulen anschaffen.

.....
Sonderklassen für sehschwache Kinder. Im Schuljahr 1923/24 wurde in der Volksschule in Ottakring, Kirchstetterngasse 38, eine Sonderklasse für sehschwache Kinder des ersten und zweiten Jahrganges eingerichtet. Im nächsten Schuljahr wurde die Mittelstufe für das zweite und dritte Schuljahr geschaffen und im heurigen Schuljahr ist die Oberstufe für das fünfte und sechste Schuljahr eröffnet worden. Damit ist ein weiterer Schritt zum Ausbau des Wiener Sonderschulwesens gemacht worden.

.....
Zwei Spielplätze in der Brigittenau. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat auf Antrag des Gemeinderates Iser beschlossen, in der Kaiserwasserstrasse zwei Kinderspielplätze und einen Turnplatz zu errichten. Mit den Arbeiten wird sofort begonnen werden. Gleichzeitig wurde beschlossen längs der städtischen Wohnhausanlage in der Strom-, Pasetti- und Durchlaufstrasse 158 Bäume zu setzen. Die Kosten dieser Arbeiten betragen rund 65.000 Schilling.

.....
Es wird mehr gebadet! Die Leitung des städtischen Bäderbetriebes hat eine sehr interessante Statistik über den Besuch der städtischen Warmbäder angelegt, aus der hervorgeht, dass diese Bäder sich einem stets steigenden Zuspruches erfreuen. Am stärksten hat die Zahl der Badebesucher im Thaliabad in Ottakring zugenommen. Dort benützten in der letzten Februarwoche des Jahres 1913 nur 3600 Personen das Brausebad, während heuer in der letzten Februarwoche 8093 Besucher gezählt worden sind. In den meisten Bezirken ist aber zumindestens eine Verdoppelung der Zahl der Badegäste festzustellen. Stark frequentiert wird auch das im Jahre 1923 von der Gemeinde erbaute Volksbad in der Ratschkygasse in Meidling; es wies in der letzten Februarwoche 5829 Besucher auf. Die 19 städtischen Volksbäder wurden in der letzten Februarwoche des Jahres 1913 von 51.965, in der letzten Februarwoche des Jahres 1926 jedoch von 80.007 Personen besucht. Von der starken Ausbreitung des Schwimmsportes legen die Zahlen über die Benützung der Schwimmhalle im städtischen Jörgerbad beredtes Zeugnis ab. In der letzten Februarwoche des Jahres 1915 wurde diese Schwimmhalle von bloss 359 Personen benützt, während sie in der letzten Februarwoche des Jahres 1926 von nicht weniger als 10.175 Personen benützt worden ist. Erfreulich ist, dass auch die Zahl der Badegäste in den städtischen Wannen- und Dampfbädern gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend zu genommen hat.

Keine Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Wegen dienstlicher Ver-
hinderung entfällt am Montag die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat

Siegel.

Wien, am Samstag, den 13. März 1926

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag 5 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung einberufen.

.....
Festbeleuchtung des Wiener Rathauses. Die anlässlich des Abschlusses der Jubiläumsmesse von Bürgermeister Seitz verfügte festliche Beleuchtung des Rathauses findet morgen Sonntag von 1/8 bis 1/9 Uhr abends statt. Der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz wird von 8 bis 9 Uhr abends prächtige Leuchteffekte zeigen. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, dass bei ausgesprochenem Regenwetter sowohl die Festbeleuchtung des Rathauses, als auch die Vorführungen des Leuchtbrunnen unterbleiben müssten.

.....
Neue Kurse an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule. Am 1. April beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3 dreimonatige Kurse. Es werden abgehalten ein Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich ein Servierkurs, zweimal wöchentlich ein Abendkleidermachkurs und ein Abendweissnähkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 11/4 Uhr. Prospekt beim Schulwart. Weäters wird in der Schule III. Bezirk, Petrusgasse Nr. 10, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs abgehalten, der am 1. April beginnt und für den noch einige Schülerinnen aufgenommen werden.

.....
Das lebensgefährliche Auf- und Abspringen. Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht mehr oder minder ernste Unfälle im Betrieb der Wiener elektrischen Stadtbahn vorkommen, die auf das Ab- oder Aufspringen während der Fahrt zurückzuführen sind. Oft handelt es sich dabei um wirklich schwere körperliche Verletzungen von Fahrgästen, die in unverantwortlichem Leichtsinne von fahrenden Stadtbahnzügen abspringen oder auf dem bereits in Bewegung befindlichen Wagen aufspringen. Obwohl immer wieder darauf verwiesen wird, dass bei der elektrischen Stadtbahn das Auf- oder Abspringen eine besondere Gefahr bildet, weil die Anfangsgeschwindigkeit viel grösser ist, als bei der Strassenbahn und weil auch der Fahrgast beim Stürzen leicht zwischen Zug und Bahnsteig geraten kann, sind bis jetzt alle Warnungen vollkommen wirkungslos geblieben. Die Strassenbahndirektion hat schon bei der Eröffnung des elektrischen Betriebes auf der ersten Teilstrecke der Stadtbahn in jedem Wagen zwei deutlich lesbare Ankündigungen anbringen lassen, die besagen, dass nach dem Warnungspfeif das Auf- oder Absteigen verboten ist und die gleichen Warnungen wurden auch in den Stadtbahnhaltestellen angeschrieben. Der seit der Einführung des einheitlichen Tarifes für Stadtbahn und Strassenbahn sprunghaft gestiegene Verkehr auf der Stadtbahn hat aber die Zahl der auf- oder abspringenden Fahrgäste derart vermehrt, dass die Direktion gezwungen ist, nunmehr auch in jenen Fällen, in denen auf- oder abspringende Fahrgäste sich keine ernstliche Verletzung zuziehen, die Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Die Betriebsleitung der Wiener elektrischen Stadtbahn erhofft sich durch dieses Vorgehen eine wirksame Abhilfe gegen das sinnlose und bei einer Schnellbahn höchst lebensgefährliche Auf- oder Abspringen, wobei festgestellt werden muss, dass seit der Einführung des polizeilichen Strafmandats von zwei Schilling, das Auf- oder Abspringen bei der Strassenbahn stark zurückgegangen ist.

Der freie Wohnungsmarkt in Wien im Jänner und Februar. Der Wohnungsnachweis der Stadt Wien wurde, wie berichtet, am 2. Jänner anlässlich des Erlöschens des Wohnungsanforderungsgesetzes eingeführt. Nun liegen die Zahlen über die Vermietungen, die Wohnungstausche und Wohnungsumschreibungen für die Monate Jänner und Februar vor. Zieht man einen Vergleich mit den beiden ersten Monaten des Jahres 1925, so zeigt sich, dass unter der gebundenen Wohnungsbewirtschaftung die Zahl der Familien, die ihr Wohnbedürfnis befriedigen konnten, etwas grösser war. So wurden beim städtischen Wohnungsnachweis im Jänner und Februar 1926 insgesamt 2967 Wohnungsveränderungen angezeigt; im Jänner und Februar 1925 hat jedoch das Wohnungsamt der Stadt Wien 3389 Wohnungsveränderung bewilligt. Im Jänner und Februar 1925 wurden vom Wohnungsamt 1610 Tauschansuchen bewilligt, beim städtischen Wohnungsnachweis sind im Jänner und Februar 1926 nur 403 Wohnungstausche angemeldet worden. Die Zahl der Wohnungsumschreibungen im Jänner und Februar 1926 war 760; das Wohnungsamt hat im Jänner und Februar 1925 insgesamt 677 Ansuchen um Bewilligung einer Wohnungsumschreibung erhalten, von denen 210 wegen Bedenklichkeit abgelehnt werden mussten, die übrigen 467 wurden genehmigt. In den Monaten Jänner und Februar 1925 hat das Wohnungsamt 1312 Wohnungen zugewiesen, in den zwei ersten Monaten dieses Jahres wurden beim städtischen Wohnungsnachweis 1804 Vermietungen angemeldet.

Interessant sind die Zahlen für den Monat Februar. Es wurden beim städtischen Wohnungsnachweis 1388 Wohnungsveränderungen angezeigt. Davon wurden 817 Wohnungen als vermietet, 280 als getauscht, 267 als umgeschrieben, 7 als leer, 11 als unbewohnbar und 6 als nicht wieder vermietbar angemeldet. Von den verbleibenden 1364 Mietparteien sind 1254 österreichische Staatsbürger, 110 Ausländer. Nur 156 Mieter waren beim Wohnungsamt als bedürftig vorgemerkt, das sind bloss 11 1/4 Prozent. Was die Wohnungstypen anlangt, so wurden im Februar 209 Kabinette, 111 Wohnungen, bestehend aus Kabinett und Küche, 518 Wohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche, 254 Wohnungen, bestehend aus Zimmer, Kammer und Küche, 105 Wohnungen, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, 95 Wohnungen, bestehend aus zwei Zimmern, Kammer und Küche, 33 Wohnungen, bestehend aus drei Zimmern und Küche, 27 Wohnungen, bestehend aus drei Zimmern, Kammer und Küche, 11 Wohnungen, bestehend aus vier Zimmern und Küche, 11 Wohnungen, bestehend aus vier Zimmern, Kammer und Küche, 3 Wohnungen, bestehend aus fünf Zimmern mit Nebenräumen, 6 Wohnungen, bestehend aus fünf Zimmern, Kammer und Nebenräumen, 4 Wohnungen, bestehend aus sechs Zimmern und Nebenräumen und eine Wohnung mit acht Zimmern samt Nebenräumen, angemeldet.

Kochvortrag im städtischen Gaswerk. Der für Mittwoch nachmittags im Vortragssaal der Wiener städtischen Gaswerke, VIII. Bezirk, Josefstädterstrasse Nr. 10, anberaumte Vortrag "Wie kocht man auf Gasgeräten rasch, billig Wiener Hausmannskost" entfällt.

Neue Kurse an der städtischen Koch- und Haushaltungsschule. Am 1. April beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3, dreimonatige Kurse. Es werden abgehalten ein Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche, zweimal wöchentlich ein Abendkochkurs, einmal wöchentlich ein Servierkurs, zweimal wöchentlich ein Abendkleidermachkurs und ein Abendweissnähhkurs. Einschreibungen täglich von 10 bis 14 Uhr. Prospekt beim Schulwart. Weiters werden in der Schule III. Bezirk, Petrusgasse Nr. 10, zweimal wöchentlich Abendkochkurse abgehalten.

Zum ersten Male ist die Zahl der in diesem Jahre auf den städtischen Bauten unmittelbar Beschäftigten auf mehr als zehntausend angestiegen. Die Gemeindeverwaltung kann eine so grosse Zahl von Arbeitern natürlich nur infolge ihres grossen Wohnbauprogrammes beschäftigen; entfallen doch von den in der letzten Februarwoche unmittelbar auf allen Gemeindebaustellen tätig gewesenen 10.035 Arbeitern, nicht weniger als 8756 allein auf die städtischen Wohnhausbauten. Diese Zahl wird schon in aller kürzester Zeit stark anwachsen, da in wenigen Wochen die städtische Wohnhausbautätigkeit im vollen Umfang einsetzen wird. Aber schon jetzt wird in vielen Betrieben fast ausschliesslich für die Gemeinde gearbeitet, wobei insbesondere die grossen Bestellungen für die Gemeindebauten ausschlaggebend sind. So schafft die Gemeinde durch ihr grosses Wohnbauprogramm vielen tausenden Familien Arbeit und Verdienst und zugleich vielen Tausenden Wohnungsbedürftigen ein vorbildliches Heim.

Um auf den Arbeitsmarkt belebend einzuwirken, hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten in den ersten sechs Wochen für fast zwölf Millionen Schilling Arbeiten an die Privatindustrie vergeben, die erst viel später ausgeschrieben hätten werden sollen. Diese Vergebungen werden nun mit der grössten Beschleunigung fortgesetzt, was daraus hervorgeht, dass auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Siegel abermals für fast sieben Millionen Schilling neue Bestellungen hinausgegeben wurden. In den ersten zwei Monaten dieses Jahres hat also der technische Ausschuss des Wiener Gemeinderates für rund neunzehn Millionen Schilling Lieferung und Aufträge an die Privatindustrie übertragen! Von besonderer Bedeutung für unsere Industrie sind dabei die Lieferung und Montierung von Schlössern für die städtischen Sommerbadeanstalten, von Fussbodenmaterial für die städtischen Wohnhausbauten (mehr als 1 1/2 Millionen Schilling), von Erdkabel für die elektrische Strassenbeleuchtung, von zweitausend Tonnen Betonrundeisen für die städtischen Wohnhausbauten, von 20.000 Kilogramm Gas- und Wasserleitungsrohre von Bautischlerarbeiten, von 15.000 Stück Aufhängebügel für Colonia Kehrriechkübel, umfangreiche Tonplattenlieferungen, die Vergebung einer Entwässerungsanlage für die neue Friedensbrücke, von Wasserleitungseinrichtungen, Malerarbeiten, einer Röntgenanlage im Erweiterungsbau des Brigittaspitals u. s. w.

Auf Verfügung des Bürgermeisters haben auch die städtischen Wohlfahrtsanstalten mit der grössten Beschleunigung alle für das laufende Jahr notwendigen Betriebsmittel bestellt. Es handelt sich um Aufträge an die Privatindustrie von rund zwölf Milliarden Kronen, die hauptsächlich Einrichtungsgegenstände, Wäschesorten, Kleider u. s. w. betreffen.

Auch die städtischen Unternehmungen haben heuer bereits für mehr als zehn Millionen Schilling Bestellungen an die private Industrie vergeben und so erheblich zur Linderung der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die industrielle Bezirkskommission hat bekanntlich der Gemeinde Wien für das Jahr 1926 einen Beitrag von zwanzig Milliarden Kronen aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge zugesprochen. Trotz der umfangreichen und früher niemals erreichten Investitionstätigkeit der Gemeinde, hat das Ministerium für soziale Verwaltung die Ausfolgung dieses Beitrages an die Gemeinde verweigert. Die Gemeindeverwaltung wird ihren Rechtsanspruch auf einen Beitrag aus den Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge weiter aufrechterhalten, umso mehr als es sich hier keineswegs um Gelder des Bundes, sondern um einen Fonds handelt, zu dem die Gemeinde Wien selbst vier Prozent, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 42 Prozent und die Bundesregierung nur 12 Prozent beisteuert. Bei derartig umfangreichen Bestellungen, wie sie keine andere Stelle auch nur annähernd vollzieht, ist die Verweigerung eines Zuschusses aus den Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge völlig unverständlich und auch nicht aufrechtzuerhalten.

Wien, am Dienstag, den 16. März 1926

Ausbau der Stadtbahnstation Währingerstrasse. Die Direktion der Strassenbahnen hat auf der Stadtbahnstation Währingerstrasse eine neue Bahnsteigsperrre errichtet, die allen Ansprüchen der Fahrgäste entspricht. Es wurde ein Wartesaal in einem grösseren Vorraum umgewandelt, der zwei Durchgänge für die Fahrgäste enthält. Die Raumverhältnisse gestatten nun, dass bei starkem Verkehr dort vier Sperrschaffner arbeiten können, so dass eine klaglose Abwicklung des Ein- und Aussteigens gewährleistet ist. Auch eine geräumiger Wartesaal ist in d Station vorhanden.

Es werden nach diesem Vorbild nunmehr auch die übrigen Hochbahnstationen umgebaut. Für die Tiefbahnstationen wird versucht ähnliche Anlagen zu schaffen. Durch diese Umänderungen wird es gelingen die weit über die Friedenszahlen hinausgehende Benützung der Stadtbahn klaglos zu gestalten und die lästigen Stauungen in den Stationen zu vermeiden.

Die Lustbarkeitsabgabe vom Länderspiel Oesterreich-Tschechoslowakei. Dem am Sonntag abgehaltenen Fussball-Länderspiel Oesterreich-Tschechoslowakei wohnten 37.383 Besucher bei, von denen nur 64 Freikarten hatten. Die neuen strengen Bestimmungen für die Ausgabe von Freikarten haben sich durchaus bewährt und sowohl die veranstaltenden Vereine, als auch der Verband und die Gemeinde kommen dabei auf ihre Rechnung. Der Grundsatz, dass alle Personen, die sich ein Vergnügen erlauben können, zu den Lasten des Gemeinwens beitragen müssen, ist fast restlos zur Geltung gebracht. Nur ein ganz kleiner Kreis von Funktionären und Berichterstattern geniesst freien Zutritt. Mit dem Ergebnis des Fussball-Länderspieles sind nicht nur alle Freunde dieses Sportzweiges zufrieden, sondern vor allem auch die Gemeinde. Die Lustbarkeitsabgabe an diesem Nachmittag betrug 22.846 Schilling. Dieser Betrag reicht aus, um das Defizit eines vollen Monats für das Waisenhaus auf der Hohen Warte, das nächst dem Spielplatz gelegen ist und das alle Besucher wohl kennen dürften, zu bedecken. In diesem Haus sind 230 elternlose Kinder untergebracht. Den Tausenden von Zuschauern wird es entgegen dem grossen Lärm, den gerade die Lustbarkeitsabgabe hervorruft, das Vergnügen gewiss nicht im mindesten vergällen, sondern nur erhöhen, wenn sie erfahren, dass der angenehme Nachmittag, den sie am Sonntag auf der Hohen Warte verbracht haben, zugleich den dreissigtägigen Unterhalt für 230 Waisenkinder bestreiten hilft.

Anlässlich dieses Länderspiels hatten auch Stadtbahn und Strassenbahn eine grossé Aufgabe zu bewältigen. Bereits um 12 Uhr 30 Minuten liefen die ersten vollbesetzten Züge in Heiligenstadt ein. Der Rücktransport vom Sportplatz begann um 17 Uhr 20 Minuten und dauerte ungefähr eine Stunde. Mit den in dieser Stunde zur Verfügung gestandenen 126 Wagen konnte auf der elektrischen Stadtbahn der Verkehr klaglos bewältigt werden. Die Züge der Strassenbahn waren bei der Rückfahrt gut besetzt, während bei der Hin- fahrt die Besetzung schwächer war. Gut bewährt hat sich die Einstellung der Stadtbahnlinie 18G von 11 bis 19 Uhr, weil es dadurch möglich war, die Linie G (Hütteldorf-Heiligenstadt über Gürtel) mit einer grösseren Wagenzahl zu betreiben und auch einen Teil der Rundzüge der Linien DG und GD mit dem Signal G und WD anstatt über den Bogen Nussdorferstrasse-Brigittabrücke nach Heiligenstadt zu leiten.

Unrichtige Meldungen über Stromrechnungen. Zu den Zeitungsnachrichten über "willkürliche" Berechnung des Stromverbrauches durch die städtischen Elektrizitätswerke, teilt die Direktion mit, dass nur dann, wenn der Zähler entweder unrichtige Angaben macht, oder ganz stehen bleibt, eine Stromrechnung ausgestellt wird, deren Höhe durch Vergleich mit dem Verbrauch in den früheren Ableseperioden ermittelt wird. Zu einer Beunruhigung der Konsumenten ist natürlich gar kein Grund vorhanden, weil dieser Vorgang nicht erst jetzt, sondern immer geübt worden ist und auch vor dem Krieg niemals zu ernstlichen Beschwerden geführt hat. Eine derartige Rechnung trägt den Vermerk, dass der Strombezug schätzungsweise ermittelt wurde und Richtigstellungen vorbehalten werden. Unmittelbar nach Ausstellung der Rechnung wird ein Ingenieur in die betreffende Anlage entsendet, der den Zähler zu überprüfen und die Ursache der abnormalen Zählerangabe festzustellen hat. Ergibt sich bei dieser Erhebung, die mit der grössten Genauigkeit vorgenommen wird, dass die Schätzung unrichtig war, so wird sofort eine Richtigstellung durchgeführt. Selbstverständlich steht es jedem Konsumenten frei, sofort nach Erhalt der auf Grund einer Schätzung ausgestellten Rechnung den Elektrizitätswerken entweder schriftlich oder mündlich besondere Umstände, die einen abnormalen Verbrauch erklären, bekanntzugeben. Diese Angaben werden bei einer allenfalls erforderlichen Richtigstellung berücksichtigt. Es sei noch darauf verwiesen, dass die Elektrizitätswerke auch in den Fällen, wo plötzlich ein abnormal hoher Stromverbrauch sich zeigt, sofort durch einen Fachmann den Zähler untersuchen lassen. Die Wiener städtischen Elektrizitätswerke haben gegenwärtig rund eine halbe Million Zähler in Betrieb und wenn auch diese Zähler heute schon einen hohen Grad von Genauigkeit und Verlässlichkeit erreicht haben, so kommen doch Störungen vor. Die Schätzungen des Stromverbrauches sind immer vorgenommen worden, es hat sich daraus nie ein Anstand ergeben; alle diese Fälle werden in der kulantesten Weise abgewickelt. Wird in Betracht gezogen, dass die städtischen Elektrizitätswerke im Jahre 1925 mehr als vier Millionen Rechnungen ausgestellt haben, so kann man schon daraus ermessen, wie durchaus einwandfrei und unanfechtbar die Rechnungsabteilung der Elektrizitätswerke arbeitet, wenn sich bei einer so grossen Zahl von Konsumenten keine ernste Beschwerde ergibt.

Die Wasserleitungen der Kleingärtner. In den nächsten Tagen werden die Zuflüsse zu den Wasserleitungen der Kleingärtner geöffnet. Es ist daher Zeit, dass jeder Kleingärtner seine Wasserleitung in Ordnung bringt. Insbesondere müssen die Wasserhähne aufgeschraubt werden, die im Herbst entfernt worden sind. Alljährlich strömt nach dem Öffnen der Wasserleitung aus einzelnen Rohren in mächtigem Strahl das Wasser aus, weil im Herbst der Hahn abgeschraubt wurde und das Rohr nicht mit einem Pfropf verschlossen wurde. Dadurch wird viel Wasser verschwendet, weshalb alle Kleingärtner ersucht werden, auf eine gutes Funktionieren ihrer Wasserleitung zu sehen.

Vormittagskochkurse und Servierkurse. In der städtischen Koch- und Haushaltungsschule in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3 beginnen anfangs April verschiedene Kurse. Unterricht täglich. Anmeldungen und Auskünfte in der Schulkanzlei.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 17. März 1926

Die Tätigkeit des Wohnungsamtes im Jahre 1925.

Fast 22.000 Wohnungen zugewiesen.

Im Auftrag des Stadtrates Weber wurde dem Gemeinderatsausschuss für Wohnungswesen ein ausführlicher Bericht über die Arbeit des Wiener Wohnungsamtes im Jahre 1925 erstattet. Aus dem reichen Zahlenmaterial sei hervorgehoben, dass im Jahre 1925 vom Wohnungsamt insgesamt 21.769 wohnungsbedürftige Familien untergebracht worden sind. In dieser Zahl kommt insbesondere die grosse Wohnbautätigkeit der Gemeinde zum Ausdruck, da nicht weniger als 5379 Wohnungen in städtischen Neubauten vergeben worden sind. Insgesamt wurden 14.184 Wohnungen zugewiesen, von denen 10.014 Kleinwohnungen, 1823 kleine Mittelwohnungen, 244 grosse Mittelwohnungen, 106 Grosswohnungen waren und 1997 Einzelräume betrafen. Ansuchen um Wohnungstausch wurden 5542 eingereicht; davon sind 4811 bewilligt worden. Von den 3975 Ansuchen um Wohnungsumschreibungen mussten 1201 wegen Bedenklichkeit abgelehnt werden. Insgesamt hat also das Wohnungsamt 21.769 Wohnungsbedürftige versorgt. Im Jahre 1925 wurden seit Bestand des Wohnungsamtes die meisten Wohnungen zugewiesen. Im Jahre 1919 betrug die Zahl der zugewiesenen Wohnungen 5065, im Jahre 1920 bereits 6723, im Jahre 1921 ist ein weiteres Steigen auf 9363 festzustellen und auch im Jahre 1922 stieg die Zahl der zugewiesenen Wohnungen auf 10.748, fiel dann infolge der Verschlechterung des Anforderungsgesetzes auf 7337 im Jahre 1923 um im Jahre 1924 dank der städtischen Neubautätigkeit wieder auf 8658 anzusteigen. Von Interesse ist auch die Zahl der Wohnungsanforderungen seit Beginn der Wirksamkeit des Anforderungsgesetzes, beziehungsweise der Anforderungsverordnung. Von 1919 bis einschliesslich 1925 wurden insgesamt 44.838 rechtskräftige Anforderungen erlassen. An der Spitze steht das Jahr 1922 mit 9692 Anforderungen, dann folgen die Jahre 1921 mit 9385, 1923 mit 6014, 1920 mit 5975, 1924 mit 5068, 1919 mit 4914 und 1925 mit 3790. Durch die im Jahre 1925 ausgesprochenen 3790 Anforderungen wurden insgesamt 3821 Wohnungen verfügbar. Was die Vormerkungen der Wohnungbedürftigen anlangt, so wurden im Jahre 1925 vom Wohnungsamt 15235 Wohnungswerber mit I klassifiziert. Anfangs 1925 waren noch 20.800 Wohnungswerber in die Klasse I eingereiht. Im Laufe des Jahres sind durch Zuweisung, Uebersiedlung u. s. w. 19.582 mit I Vorgemerkte weggefallen, so dass Ende 1925 noch 16.448 Wohnungswerber in die Klasse I eingereiht waren.

Im Jahre 1925 ist auch die vom Wohnungsamt eingeführte Uebersiedlungshilfe weiter ausgebaut worden. Es wurden 145 Ansuchen eingebracht, von denen 77 mit einem Betrag von 52.040 Schilling bewilligt worden. Dem Wohnungsamt wurden dadurch 54 Kleinwohnungen, 18 kleine Mittelwohnungen, 2 grosse Mittelwohnungen und 3 Einzelräume zur Zuweisung freigegeben.

Wien, am Donnerstag, den 18. März 1926

Ausgestaltung der Ringstrassenbeleuchtung. Die Verbesserung der öffentlichen Gasbeleuchtung in den beiden Seitenalleen der Ringstrasse ist bereits weit vorgeschritten. Die Starklichtlampen sind nunmehr von der Belarria bis zum Schwarzenbergplatz montiert und konnten noch vor Beginn der Frühjahrsmesse in Betrieb gesetzt werden. Der übrige Teil der Ringstrasse wird in den nächsten Wochen diese verstärkte Beleuchtung bekommen. Durch diese neue Beleuchtung wird die Ringstrasse ein wirklich modernes Aussehen erhalten, was insbesondere im Interesse der Hebung des Fremdenverkehrs gelegen ist.

Die Wirksamkeit der Eheberatungsstelle der Gemeinde Wien. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat am 1. Juni 1922 eine gesundheitliche Beratungsstelle für Ehemerber eröffnet, die anfangs nur sehr wenig besucht worden ist. Erst durch eine zielbewusste Propaganda ist es gelungen, das Interesse weiterer Bevölkerungskreise wachzurütteln und wenn auch im Verhältnis zur Zahl der Eheschliessungen die Frequenz der städtischen Eheberatungsstelle viel zu gering ist, so sind die Erfolge der neuen Schöpfung der Gemeinde Wien nicht unbedeutend. Der Zweck der Eheberatung ist ein zweifacher. Sie soll pädagogisch wirken, die Menschen zu höherem Verantwortungsgefühl gegen die eigene Gesundheit wie gegen die des Partners und der Nachkommenschaft erziehen und sie soll medizinisch-hygienisch wirken, Gesunde gesund erhalten, Scheingesunde als krank entlarven und Kranke oder Belastete der Behandlung zuführen und an der Weitergabe ihres Leidens oder ihrer minderwertigen Anlagen verhindern. Beschränkte sich die Eheberatungsstelle der ursprünglichen Absicht nach auf die Beratung von Ehemerbern, so sprengte sie diesen engen Rahmen und umfasst heute Beratungen aus dem Gesamtgebiet der Medizin, der Sexualwissenschaft und der Eugenetik bei Ehemerbern, Verheirateten und zahlreichen anderen Personen, die lediglich über ihre Gesundheit oder ihre Erbqualitäten Aufklärung haben wollen, ohne im Augenblick an eine Heirat zu denken. Der Besuch der Eheberatungsstelle, die im Gebäude des städtischen Volkshausamtes in der Rathausstrasse Nr. 9 untergebracht ist, ist rein freiwillig und während im ersten Halbjahr des Bestehens dieser Einrichtung nur 120 Beratungen erfolgten, stieg die Zahl im Jahre 1925 bereits auf 311, im Jahre 1926 auf 1022 und hat sich auch im Jahre 1929 auf der gleichen Höhe gehalten. Im Jahre 1925 handelte es sich bei 31 Prozent aller Fälle um Gesunde, bei 12 Prozent um Personen mit venerischen Krankheiten, bei 7 Prozent um Tuberkulose, bei 17,5 Prozent um Sexualleiden und der Rest umfasst hauptsächlich Beratungen wegen innerer und nervenkrankheiten. Fälle rein eugenischer Art sind verhältnismäßig selten, teils weil die Bevölkerung über die Bedeutung der Vererbung von Krankheitsanlagen nur ungenügend unterrichtet ist, teils weil viele Leute gar nichts von ihrem Verfahren wissen. Es sind fast ausschließlich arbeitende Menschen, in grosser Zahl auch Arbeiter, sehr viele öffentliche und private Angestellte, viel seltener freiberuflich tätige Intellektuelle und es gibt wie gewöhnlich keine scharfe Trennung der Klassen. Nur, da die Eheberatungsstelle mehr als dreieinhalb Jahre besteht, kann mit Grundtunung festgestellt werden, dass sich diese neue Einrichtung als ein wertvolles Glied der Leitung des bürgerlichen Fachdienstes erwiesen hat. Der Dienst wird am Dienstag und Freitag von 5 bis 7 Uhr im städtischen Volkshausamt abgehalten. Bestand der Dienst ist.

Wien, am Freitag, den 19. März 1926.

Der Fall Kadivec. Die verschiedenen Tagesblätter brachten im Laufe der letzten Tage eine Reihe von Nachrichten über die Tochter der Frau Kadivec, aus denen hervorgehen sollte, dass erstens damit der Vormundschaft über dieses Mädchen beauftragte Jugendamt der Gemeinde Wien seine Pflicht nicht erfülle und zweitens wegen dieses Fürsorgefalles ein Konflikt zwischen dem Jugendgericht und dem Bezirksjugendamt Ottakring ausgebrochen sei. Demgegenüber sei festzustellen: Das von einem Konflikt zwischen den beiden Ämtern, die bisher in vollem Einvernehmen, im Interesse der Jugendfürsorge gearbeitet haben, keine Rede sein kann, wie dies übrigens auch aus der in dankenswerter Weise abgegebenen Erklärung des Oberlandesgerichtsrates Dr. Fiala unzweifelhaft hervorgeht. Beide Fürsorgeämter, sowohl Jugendamt als auch Jugendgericht arbeiten im Sinne des Gesetzes ebenso in diesem wie in allen anderen Fällen gemeinsam für eine rationelle Jugendfürsorge.

Frau Kadivec, die sich unter jeder Bedingung wieder in den Besitz ihrer Tochter setzen will, ist nach dem Urteile des Jugendgerichtes aus den bekannten Gründen, die zu ihrer Verurteilung geführt haben, nicht befähigt ihr Kind zu erziehen. In Erfüllung der übernommenen Pflicht hat das Jugendamt die Aufgabe den Verkehr zwischen Mutter und Tochter wie in hundert anderen solchen Fällen einzuschränken, gegebenenfalls wenn es notwendig ist, zu unterbinden. Bei den Bemühungen der Frau Kadivec ihr Kind wieder unter ihren Einfluss zu bekommen, spielt die Rücksichtnahme der zärtlichen Mutter auf die Gesundheit des sechzehnjährigen Mädchens eine ganz besondere Rolle. Daher wurde von Frau Kadivec eine Reihe von Beschuldigungen erhoben, dass das Mädchen nicht hinlänglich gepflegt werde. Um auch diesen Anklage den Boden zu entziehen, wurde Edith Kadivec einer Kommission von Ärzten unter Vorsitz des Oberphysikus der Gemeinde Wien Dr. Böhm vorgeführt. Das Resultat der Untersuchung bestätigt das Ergebnis der früheren Untersuchungen; es handelt sich um ein hochaufgeschossenes, entsprechend dem schnellen Wachstum untergewichtiges Mädchen, an dem keine Krankheit zu konstatieren ist. In Übereinstimmung mit dem Jugendgericht befindet es sich jetzt in einem Erholungsheime. Da es sich um einen vorübergehenden Aufenthalt handelt, wurde der Aufenthaltsort des Kindes weder Frau Kadivec noch Herrn Dr. Jolinek bekanntgegeben. Das Jugendgericht war selbstverständlich in Kenntnis der Sachlage. Der in einzelnen Zeitungen veröffentlichte Brief der Edith Kadivec an ihre Mutter ist ebenso wie die Art und Weise der Zustellung erlogen. Der Brief wurde vom Jugendamt übernommen und der Mutter offiziell zugestellt. Die für Fürsorge selbstverständliche Diskretion hindert die wortgetraue Veröffentlichung des Briefes, die den Verbreitern der Lügen nur sehr unangenehm werden könnte.

Das Jugendamt wird die ihm gesetzlich aufgetragene Pflicht der Fürsorge für Edith Kadivec nach wie vor unbekümmert um die Querelen der Mutter und einiger mit ihr verbundener Personen weiter durchführen. Das Jugendamt hat die Vormundschaft nicht freiwillig übernommen, sondern auf Grund eines Gerichtbeschlusses. Es steht dem Gericht zu, diese Vormundschaft jemand anderem zu übertragen. Das Jugendamt ist auch als Vormund der Meinung, dass man das Kind nicht wieder dem Einfluss einer Persönlichkeit aussetzen kann, der sich als nicht günstig erwiesen hat. Es wird daher pflichtgemäß gegen diese Entscheidung des Jugendgerichtes einen Rekurs ergreifen, sodass das Obergericht in die Lage kommt, zu entscheiden. Diesem Spruch wird sich das Jugendamt fügen.

G.R. Schütz beantragt für bauliche Herstellungen bei der Aufstellung eines Turbogregates im Kraftwerke Engerthstrasse der städtischen Elektrizitätswerke die Baubewilligung.

G.R. Körber (chr. soz.) bringt einige Anregungen zur Ausführung und verlangt insbesondere die Schaffung eines Tores zur leichteren Abwicklung des Verkehrs.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Siegel berichtet über das Projekt der Umgestaltung des aufgelassenen Hundstürmer Friedhofes in eine Gartenanlage. Für die Errichtung dieser Anlage und eines Jugendspielplatzes sind 215.800 Schilling vorzusehen.

G.R. Josef Müller (chr. soz.) wünscht die Schaffung von Eingängen auf allen vier Seiten des Parkes, die Errichtung eines grösseren Beethovens Anstandsortes und weist darauf hin, dass jetzt schon der Platz für eine Milchtrinkhalle vorgesehen werden soll.

St.R. Siegel erklärt, dass es nicht zweckmässig sei, auch an den verkehrsreichen Strassen Ausgänge zu machen, weil sonst die Kinder leicht in Gefahr kommen könnten.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

St.R. Speiser berichtet über die Neuregelung der Anstaltsleitungszulagen in den städtischen Humanitätsanstalten. Die Anstaltsleitungszulage wird individuell nach der Art und Grösse der Anstalt und dem Wirkungskreis des Leiters festgesetzt.

G.R. Schlösinger (chr. soz.) stellt den Antrag, dass die Leitungszulage grundsätzlich auch den Leiterinnen von Kindergärten zu bewilligen sei. Es ist ehestens/im Einvernehmen mit der Personalvertretung der Kindergärtnerinnen auszuarbeitende Vorlage dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt und der Referentenantrag hierauf angenommen.

St.R. Speiser berichtet hierauf über eine Lohnregulierung in den städtischen Gaswerken und über den Kollektivvertrag der städtischen Elektrizitätswerke.

G.R. Waldsam (chr. soz.) stellt einige Schönheitsfehler in der Abfassung der beiden Verträge fest, die er in Zukunft vermeiden wissen will. Zur Präzisierung stellt er den Abänderungsantrag, dass im Abschnitte 6 Beträge für die Dienstjahre über 25 eingesetzt werden. Redner wünscht eine Erhöhung des Quartiergeldes. Der Referent schliesst sich dem Zusatzantrage an, worauf der Referentenantrag angenommen wird.

Vorsitzender Weigl eröffnet hierauf die Fortsetzung der Debatte über den Hauptrechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1924.

St.R. Kunschak (chr. soz.) erinnert daran, dass oft die Abregung gegeben wurde, grosse, Bauerwerte schaffende Investitionen aus den Anleihegeldern durchzuführen. Bisher hat sich der Finanzreferent solchen Anträgen widersetzt.

Dass die Aufnahme von Anleihen gleichbedeutend ist mit Schuldenmachen ist klar, aber man darf die Sache nicht unter diesem Gesichtswinkel beurteilen. Man muss sich vielmehr fragen, wie lange noch die Möglichkeit gegeben sein wird, aus unserem Wirtschaftsleben solche Riesensummen herauszuholen, wie es jetzt geschieht. Die Steuerkraft unserer Bevölkerung hat ihre Grenzen, man darf nicht warten bis die Katastrophe über die Gemeinde Wien hereinbricht. Daraus ergibt sich mit zwingender Logik, dass die Gemeinde ihr Steuersystem revidieren muss, weil hierfür die ursprünglichen Voraussetzungen nicht mehr bestehen, und weil die Finanzlage der Stadt ohne weiteres die Möglichkeit bietet, Steuernachlässe zu gewähren. Die Gemeinde müsste sich selbst um den Preis einer Anleihe zur Umkehr entschliessen, die Steuerschraube nachlassen und der Wirtschaft die Möglichkeit

des Aufatmens und dadurch der Wiederaufrichtung zu eröffnen. Man darf nicht sagen: Weil das alte Regime Schulden gemacht hat, ist das jetzt verpönt. Solche Argumente sind absolut nicht stichhältig. Man müsse sich doch vor Augen halten, dass die Vermehrung des Gemeindevermögens eben auf diesen Schulden machen zurückzuführen ist und dass die jetzige Gemeindeverwaltung eine Erbschaft von ganz ungeheurer finanzieller und wirtschaftlichen Bedeutung übernommen hat. Die alten Schulden sind mit Leichtigkeit in Papierkronen zurückgezahlt worden. Die Gemeinde ist heute im Besitze schuldenfreier Unternehmungen, sie hat in der Hoheitsgebarung keine Verzinsung und Tilgung der Anleihen zu bezahlen, das Schuldenmachen der früheren Verwaltung hat sich insbesondere für das gegenwärtige System geradezu glänzend bewährt. Was Sie dem früheren System in der Zeit Luegers unter dem Titel Pressereien und Saufereien vorgeworfen haben, müssen Sie heute als die Repräsentationspflicht einer Stadt anerkennen, der Sie sich nicht zu entziehen vermögen. Sie sind auch darauf gekommen, die volle Friedensbeleuchtung wieder herzustellen, allerdings auf Strassenzügen, auf denen die reichen Leute verkehren. Das soll durchaus kein Vorwurf sein, denn die Ringstrasse ist ja der Sammelpunkt der nach Wien kommenden Fremden. In den Vorstädten liegt die Beleuchtung noch sehr im Argen, dort hat sie längst noch nicht den Vorkriegsstand erreicht.

Redner stellt schliesslich den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen eine Revision der Steuergesetze, der Fürsorge-, Lustbarkeits-, Nahrungs- und Genussmittel-, Fremdenzimmer-, Hauspersonal- und Kraftwagenabgabe vorzunehmen; eine grosse Investitionsanleihe für den Wohnhausbau und den Ausbau der städtischen Unternehmungen aufzunehmen, den Gas- und elektrischen Strompreis herabzusetzen, die Wasserkraftabgabe aufzuheben, den Verzögerungszuschlag abzuschaffen und die Vorauszahlungen entweder zurückzuerstatten oder entsprechend zu verzinsen.

G.R. Dr. Motzko (chr. soz.) bespricht die finanzielle Gebarung der Verwaltungsgruppe über das Fürsorgewesen. Sie verweist darauf, dass die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag weitaus höher sind, dass hingegen die Ausgaben nur durch höhere Personal-lasten und sonstige höhere Regien bedingt seien, keineswegs aber durch eine verstärkte Fürsorgetätigkeit der Gemeinde. Sie führt hierfür Beispiele an, unter anderen verweist sie darauf, dass die Mietszinsaushilfe mit 2¼ Milliarden veranschlagt wurde, während die effektive Ausgabe nur 132 Millionen betrug. Diese Ziffer sei nur durch ein rücksichtsloses Drosseln der offenen Fürsorge zu erklären. Wie ein roter Faden zieht sich durch den Rechnungsabschluss immer wieder die starke Erhöhung der Personalposten und dabei eine Verminderung der Leistungen.

G.R. Uebelhör (chr. soz.) reklamiert die Abrechnung des Theater- und Musikfestes vom Jahre 1924, der heute noch nicht vorliege. Dann kritisiert er eingehend die Anlage und Durchführung des Musikfestes, dessen Erfolg unter den Erwartungen weit zurückbleiben musste, weil schwere Fehler seitens der Veranstalter begangen worden seien.

G.R. Erbán (chr. soz.) spricht über die Strassenenerhaltung; er bemängelt die Strassenpflege und beschwert sich darüber, dass bei der Instandsetzung von Kanälen so wie bei der Vornahme von Tiefbauten die Geschäftsleute der betreffenden Strassen durch Absperrungen geschädigt werden. Die Gemeinde möge diesen Geschäftsinhabern entsprechende Steuerermässigungen gewähren. Die Geschäftsleute müssen ohnedies der Gemeinde horrenden Abgaben leisten, man dürfe sie daher nicht noch bei jeder Gelegenheit schädigen.

Stadtrat Breitner führt aus:

Wien, am Samstag, den 20. März 1926.

.....
Sitzungen im Rathaus. In der kommenden Woche wird am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung des Wiener Stadtsenates abgehalten. Der Gemeinderat wird am Freitag um fünf Uhr nachmittags die Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1924 fortsetzen.

.....
Die Schlichtungsstellen für Mietstreitigkeiten. Im Jahre 1925 sind bei den 21 Schlichtungsstellen in den Wiener Bezirken 23.841 Anträge eingelangt. Es ist dies die grösste Zahl seit dem Bestand dieser Stellen. Im Jahre 1923 langten nämlich nur 15.798, im Jahre 1924 aber schon 21.557 Anträge ein. Von den im Jahre 1925 eingelaufenen Anträgen betrafen 15.265 die Erhöhung des Instandhaltungszinses, 2701 die Festsetzung des Entgeltes bei Untermieten und 5.875 sonstige Streitfälle. Die Schlichtungsstellen haben in 16.684 Fällen eine Vorentscheidung gefällt, 3291 Fälle wurden durch einen vor der Schlichtungsstelle geschlossenen Vergleich erledigt. Von den eingebrachten Anträgen auf Erhöhung des Instandhaltungszinses wurden 1093 abgewiesen, in 7.968 Fällen wurde den Anträgen entweder gänzlich oder teilweise stattgegeben und in 1108 Fällen ist die verlangte Erhöhung des Instandhaltungszinses auf eine andere Art als durch Vervielfachung, meist durch eine einmalige Beitragsleistung der Mieter erledigt worden. Alle anderen eingebrachten Anträge wurden teils zurückgezogen, teils haben sie bei Jahreschluss noch zu keiner Entscheidung geführt. Diese Zahlen zeigen deutlich, wie sehr durch die Tätigkeit dieser Schlichtungsstellen die Gerichte entlastet werden.

.....
Osterausstellung der Lehrwerkstätten der Erziehungsanstalten der Stadt Wien. Das städtische Wohlfahrtsamt veranstaltet eine grosse Ausstellung der Lehrwerkstätten der Erziehungsanstalten der Stadt Wien in Eggenburg und Weinzierl. Die Ausstellung findet in den Räumen der städtischen Akademie für soziale Verwaltung in Wien, VIII. Schlesingerplatz 5, I. Stock statt. Bürgermeister Seitz wird die Ausstellung am Sonntag, den 28. März um 10 Uhr vormittags eröffnen. Sie wird dann bis 12 Uhr mittags und nachmittags von 2 bis 5 Uhr und schliesslich noch Montag und Dienstag von 10 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr frei zugänglich sein.

.....
Städtisches Volksbad Fünfhaus. Infolge starken Besuchs wird nunmehr das städtische Volksbad auf dem Reithofferplatz auch jeden Mittwoch von 1 bis 7 Uhr geöffnet sein.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 22. März 1926.

.....
Auch ausländische Inserate sind steuerpflichtig. In der vergangenen Woche hat der Verwaltungsgerichtshof über eine Beschwerde verhandelt, die der Herausgeber einer Wiener Sportzeitung gegen die von der Gemeinde Wien verfügte amtliche Bemessung der Inseratenabgabe für im Aus- land aufgenommene Inserate erhoben hatte. Der Beschwerdeführer bestritt die Abgabepflicht deshalb, weil die meisten Inserate in der Tschechoslowakei aufgenommen und bei der Geschäftsstelle in Karlsbad bezahlt werden. Obermagistratsrat Dr. Kleeborn verwies demgegenüber darauf, dass eine in Wien gedruckte, von hier verwaltete und bei der Wiener Presspolizei angemeldete Zeitung eine unteilbare Einheit sei und nicht nach einem inländischen und einem ausländischen Teil unterschieden werden könne, der sich lediglich nach der Herkunft der Inserate richte. Der Verwaltungsgericht hat sich dieser Anschauung angeschlossen und die Beschwerde als unbegründet abgewiesen.

.....
Eheberatungsstelle der Gemeinde Wien. Die Sprechstunden in der städtischen Eheberatungsstelle im Gebäude des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, I. Rathausstrasse Nr. 9, sind jeden Dienstag und Freitag von 5 bis 7 Uhr und werden von Dr. Kautzky geleitet.

.....
Vormittagskochkurse und Servierkurse. In der städtischen Koch- und Haushaltungsschule in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3, beginnen anfangs April neue Kurse. Unterricht täglich. Anmeldungen und Auskünfte in der Schulkanzlei.

.....

Wien, am Dienstag, den 23 März 1926

Verein zur Abwehr der Ueberbesteuerung. Wir haben bereits mitgeteilt, dass der Verband der Praterhüttenbesitzer und die Vereinigung der Kaffeesieder Wiens einstimmig beschlossen haben, sich dem Verein zur Abwehr der Ueberbesteuerung nicht anzuschliessen. Auch die Meldungen über eine Beteiligung aller Wiener Konzerndirektoren an einem "Interessenten-Bund" zwecks Abschaffung der Lustarbeitssteuer sind unrichtig. Nun hat auch die Genossenschaft der Wiener Gastwirte einstimmig beschlossen, der Vereinigung zur Abwehr der Ueberbesteuerung nicht beizutreten. Ebenso hat der Bund der österreichischen Lichtspieltheater den Beschluss gefasst, seine Delegierten aus der erwähnten Vereinigung zurückzuziehen. Wenn trotzdem immer wieder diese Korporationen im Kampf gegen die Lustarbeitsabgabe genannt werden, so wird offenbar damit nur eine Irreführung der Bevölkerung bezweckt.

Keine Durchfahrt durch die Zirkusgasse. Infolge eines Kanalumbaus muss die Durchfahrt durch die Zirkusgasse von der Praterstrasse bis zur Schmelzgasse gesperrt werden. Die Absperrung dürfte voraussichtlich vier Wochen dauern.

Amtsstunden in den städtischen Aemtern. Bekanntlich hat das Verwaltungsentlastungsgesetz angeordnet, dass an den drei kleinen Feiertagen (2. Februar, 25. März und 8. Dezember) der Dienst in den öffentlichen Aemtern wie an gewöhnlichen Werktagen zu versehen ist. Die Angestellten der Stadt Wien haben sich bei diesem Anlass an den städtischen Personalreferenten mit dem Ersuchen gewendet, die schon wiederholt von der Beamtenschaft vorgebrachten Wünsche betreffend einen früheren Kanzleischluss an den Samstagen im Sommer in Erwägung zu ziehen. Stadtrat Speiser vereinbarte nun mit den Vertretern der Angestelltschaft, dass vom 15. Mai bis einschliesslich 14. September sowohl für die Angestellten der Hochverwaltungsverwaltung, als auch für die Angestellten der städtischen Unternehmungen der Dienst an den Samstagen um eine Stunde früher endet.

Strassenbahnfahrpreis am Donnerstag. Da der Donnerstag als Werktag gilt, gelten an diesem Tage die Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten für die Rückfahrt erst von 13 Uhr angefangen. Im übrigen gilt der Werktagstarif.

Gemeindesubvention für notleidende Aerzte und Bühnenangestellte. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Professor Tandler hat heute der Stadtsenat beschlossen, der wirtschaftlichen Organisation der Aerzte Wiens eine Subvention von zwanzigtausend Schilling zu gewähren. Die Organisation wird diesen Betrag zur Unterstützung notleidender Aerzte verwenden, wobei insbesondere ältere Aerzte, die ihren Beruf entweder gar nicht oder nur zeitweise ausüben können, berücksichtigt werden sollen. Ebenso wurde dem Deutschösterreichischen Bühnenverein für seine in Not geratene Mitglieder eine Gemeindeunterstützung von zwanzigtausend Schilling bewilligt. Der Bühnenverein ist nicht imstande die für Unterstützungszwecke in diesem Jahre notwendigen Summen aufzubringen, weshalb die Gemeindeverwaltung helfend eingreift. Durch diese Zuwendung wird es dem Bühnenverein auch möglich werden, sein Heim für alte, erwerbsunfähige Künstler in erweitertem Umfang zu führen.

Heilbäder in Oesterreich. Die Oesterreichische Gesellschaft für Gesundheitspflege veranstaltet am Mittwoch um 7 Uhr abends im Hörsaal des Hygienischen Instituts IX. Bez. Kinderspitalgasse Nr. 25 einen Vortrag des Herrn Dozenten Dr. Maliwa über die wichtigsten Heilbäder von Oesterreich. Gäste willkommen.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

100

Wien, am Mittwoch, den 24. März 1926

Gemeindebeiträge für Kunst und Wissenschaft. Auf Antrag des Gemeinderates

Thaller hat der städtische Finanzausschuss eine Reihe von Subventionen für künstlerische Vereinigungen und wissenschaftliche Zwecke gewährt. Es wurde dem Oesterreichischen Künstlerbund für seine im Glaspapast des Burggartens stattfindende zwanzigste Jahresausstellung ein Ehrenpreis der Gemeinde Wien von dreihundert Schilling zugesprochen; der Genossenschaft der bildenden Künstler, die nicht die erforderlichen Mittel besitzt, um die notwendigen Instandsetzungsarbeiten des Künstlerhauses durchführen zu lassen, wurde ein für diesen Zweck ein Gemeindebeitrag von fünftausend Schilling bewilligt. Dem Albrecht Dürer-Bund, der seinen fünfundsiebzigjährigen Bestand durch eine erweiterte Ausstellung, die vom 28. März bis 25. April abgehalten werden wird, wurde für die Herstellung eines Kataloges eine Gemeindebeihilfe von tausend Schilling gewährt. In diesem Katalog werden die hervorragendsten Künstler und die ehemaligen Mitglieder durch Wiedergabe ihrer Bildnisse und Skizzen ihres Lebenslaufes dem Gedenken der Nachwelt in Erinnerung gebracht. Ausserdem hat der Finanzausschuss für diese Jubiläumsausstellung einen städtischen Ehrenpreis von fünfhundert Schilling genehmigt.

Schliesslich hat der Wiener Stadtsenat dem technischen Museum, das seit einer Reihe von Jahren Gemeindeunterstützungen bekommt, auch für das Jahr 1926 mit Rücksicht auf den grossen volksbildenden Wert dieser Einrichtung einen Gemeindebeitrag von dreitausend Schilling gewährt und dem Oesterreichischen Erfinderverband, der sich die Förderung der Interessen der österreichischen Erfinder zur Aufgabe gemacht hat, eine Subvention von fünfhundert Schilling bewilligt.

Städtische Ehrenpensionen. Die Gemeinde Wien hat dem Maler Karl Onken anlässlich seines achtzigsten Geburtstages eine Ehrenpension zuerkannt. Ferner wurde der Witwe des Malers Anton Schrödl, die im vierundachtzigsten Lebensjahr steht eine ausserordentliche Pension gewährt. Ferner hat der Wiener Stadtsenat die ausserordentlichen Pensionen für die ehemalige Operettensängerin Caroline Charles - Hirsch, bekanntlich die Darstellerin der Adele bei der Uraufführung der "Fledermaus" und für Frau Marie Hasemann erhöht.

Die Rechtsprechung über die Fürsorgeabgabe. Der Wiener Magistrat hat den dritten Nachtrag der fallweise erfolgenden Zusammenfassung über die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes und der städtischen Abgabenbeschwerdekommission in Fürsorgeabgabe-Angelegenheiten in Druck legen lassen. Das umfangreiche Heft ist als Beilage zum Amtsblatt der Stadt Wien vom 24. März erschienen.

Eine Ausstellung von Lehrwerkstättenarbeiten. Bürgermeister Seitz wird am Sonntag die in den Räumen der städtischen Akademie für soziale Verwaltung VIII. Schlesingerplatz 5, untergebrachte Ausstellung der Lehrwerkstätten der Erziehungsanstalten in Eggenburg und Weinzierl eröffnen. Die Gemeindeverwaltung hat diese beiden Anstalten einer tiefgreifenden Um- und Ausgestaltung unterzogen. Gegenwärtig sind in Eggenburg sechshundert Zöglinge untergebracht. Davon sind vierhundert Knaben und Mädchen bis zum vierzehnten Lebensjahr und männliche Jugendliche bis zum vollendeten zwanzigsten Lebensjahr. Die Anstalt hat eine Volksschule und eine gewerbliche Fortbildungsschule mit Öffentlichkeitsrecht. Die Erziehungsanstalt in Weinzierl wird als Filiale von Eggenburg geführt und dient zur Unterbringung von achtzig Mädchen über vierzehn Jahre. Die Mädchen verrichten dort hauswirtschaftliche Arbeiten und erlernen je nach Eignung Weissnähen, Kleidermachen, Kunstgewerbe und Gärtnerei. In Eggenburg befinden sich Lehrwerkstätten für Tischlerei, Schlosserei, Buchbinderei, Korbflechtereie, Schuhmacherei, Schneiderei, Gärtnerei und für das Installationsgewerbe. Die Ausstellung ist der erste Versuch aus diesen Werkstätten Arbeiten der Zöglinge einer breiten Öffentlichkeit zu zeigen; sie wird sicherlich das Interesse aller Pädagogen und Fachleute finden.

Wien, am Donnerstag, den 25. März 1926.

Die Automobilsteuer ist für jeden in Wien eingestellten Kraftwagen zu leisten.Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes.

Der Verwaltungsgerichtshof beschäftigte sich kürzlich mit einer Beschwerde gegen die Vorschreibung einer Automobilsteuer für einen Kraftwagen, der mit einem oberösterreichischen Kennzeichen in Wien ein halbes Jahr eingestellt war. Die Beschwerde bekämpfte den Zahlungsauftrag des Wiener Magistrates hauptsächlich aus dem Grunde, weil das Gesetz über die Einhebung einer Kraftwagenabgabe in Wien die Abgabepflicht von der nach Mundmachung des Gesetzes erfolgten Inbetriebsetzung einer Kraftwagens abhängig mache. Eine solche Inbetriebsetzung ist jedoch nicht erfolgt. Einige Ausfahrten des Wagens während der Zeit seiner Wiener Garagierung sind nur zur Reparatur- und Erhaltungszwecken (Füllung der Akkumulatoren) erfolgt. Der Vertreter der Gemeinde Wien Magistratsrat Dr. Kleeborn führte demgegenüber aus, dass die Abgabepflicht eines Kraftwagens in Wien grundsätzlich lediglich die regelmässige Garagierung eines Wagens im Gemeindegebiete zur Voraussetzung habe und das Gesetz nur eine Reihe von Formalitäten für die Anmeldung vorsieht. Der Verwaltungsgerichtshof hat sich diesen Ausführungen vollständig angeschlossen und die Beschwerde als unbegründet abgewiesen.

Wiederbelegung von Gräbern im Baumgartner Friedhof. Nach dem 1. Juni 1926 werden die Schachtgräbergruppen E 1 und F 1 im Baumgartner Friedhof wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gruppen sind nur vor der Wiederbelegung zulässig. Gesuche um Enterdigungen sind bis längstens 15. Mai 1926 bei der Magistratsabteilung 12 in Wien I., Rathausstrasse 9, einzubringen. Nach dem 1. Juni 1926 werden von diesen Gräbern die Grabkreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt. Parteien, die sich innerhalb eines Jahres melden und ihr Eigentumsrecht entsprechend nachweisen erhalten diese Grabkreuze ausgefolgt, wenn sie der Gemeinde die Auslagen ersetzen. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde Wien nach freiem Ermessen.

Die Gemeinde kauft das Modell des "eisernen" Rathausmannes. Der seinerzeit mit der Ausführung der Kunstschlosserarbeiten für den Bau des neuen Rathauses betraute Schlossermeister Ludwig Wilhelm hat bei der Fertigstellung des Rathausbaues der Stadt Wien für die Bekrönung der Turmspitze des Rathauses einen vier Meter hohen Standartenträger in der Rüstung des fünfzehnten Jahrhunderts gewidmet. Diese Figur wurde von dem damaligen Vorarbeiter Alexander Nehr in Kupfer getrieben und ist im Laufe der Jahre volkstümlich und neben dem Stephansturm zu einem zweiten Wahrzeichen Wiens geworden. Zwei Jahre später hat Alexander Nehr diesen Standartenträger, gleichsam als Modell, hochmals in Kupfer getrieben. Die Figur des Ritters selbst ist ungefähr einen Meter hoch und wird von der Standarte um siebenzig Zentimeter überragt, sodass die Gesamthöhe einschliesslich des Sockels ungefähr zwei Meter beträgt. Kunstschlossermeister Nehr hat nun kürzlich der Gemeinde dieses Modell zum Kauf angeboten. Eine Besichtigung dieses Werkes ergab, dass es sich um eine ausgezeichnete Arbeit des Wiener Kunstschlosserhandwerkes, das in Alexander Nehr einen seiner besten und tüchtigsten Vertreter hat, handelt. Auf Antrag des amtsführenden Stadtrates Richter hat der Wiener Stadtsenat beschlossen, dieses Modell des "eisernen" Rathausmannes anzukaufen. Er dürfte entweder im Festsaal des Rathauses oder im Historischen Museum der Stadt Wien aufgestellt werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 102
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 26. März 1926.

Geehrte Redaktion!

Der geschäftsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Abg. Otto Glöckel, ersucht freundlichst zu der am Samstag, den 27. März 1926, um 12 Uhr mittags im Gebäude des Stadtschulrates in Wien, I. Burgring Nr. 9, stattfindenden

P R E S S E K O N F E R E N Z

zuverlässig einen Vertreter zu entsenden.

Es wird ein sehr instruktiver Bericht über die Mittelschulreform erstattet werden. Die Pressevertreter erhalten auch die notwendigen Bücher.

Die Konferenz wird im Saal VII abgehalten.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 26. März 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird eine Reihe von Anträgen ohne Erstattung eines Referates genehmigt. So auf Antrag des Gemeinderates Hlasek die Gewährung von Subventionen an den Oesterreichischen Erfinderverband, an den Verein Hauskrankenpflege, an den Albrecht Dürerbund, an die Genossenschaft der bildenden Künstler. Auf Antrag des Gemeinderates Thaller werden für die Jahresausstellung 1926 des Oesterreichischen Künstlerbundes und für die Jubiläumsausstellung des Albrecht Dürerbundes Ehrenpreise gewidmet. Der Errichtung einer Wohnhausanlage in Margareten, Geisergasse, nach den Plänen des Architekten Professor Lichtblau, wird mit einem Kostenbeitrag von 2 1/2 Millionen Schilling zugestimmt. Auf Antrag des Stadtrates Professor Tandler wird der wirtschaftlichen Organisation der Aerzte Wiens eine Subvention von 20.000 Schilling für Unterstützungsbeträge an alte und erwerbsunfähige Aerzte gewährt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über die Rechnungsabschlüsse der städtischen Unternehmungen für das Jahr 1924. Die Entwicklung war in diesem Jahr in allen Unternehmungen eine aufsteigende. Die Gaswerke haben ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr um 22 Prozent erhöht. Durchschnittlich entfallen auf einen Einwohner 106 2/3 Kubikmeter Gasverbrauch. Diese Steigerung ist insbesondere auf die Einführung der Mietgasanlagen zurückzuführen, von denen im Berichtsjahr rund 65.000 geschaffen wurden. Wie sehr die Gemeindeverwaltung die öffentliche Beleuchtung ausgebaut hat, geht daraus hervor, dass der Verbrauch von Gas für die öffentliche Beleuchtung gegenüber dem Jahre 1923 um 56 Prozent gestiegen ist, was auf die Auflassung der Sparbrenner zurückzuführen ist. Der Ueberschuss des Gaswerkes betrug im Jahre 1924 rund eine Milliarde Kronen.

Die städtischen Elektrizitätswerke haben ihre Stromerzeugung im Jahre 1924 um 19 Prozent gesteigert. Die öffentliche elektrische Beleuchtung ist ebenfalls stark ausgebaut worden. Die Zahl der Konsumenten war am Ende des Berichtsjahres 390.954, was einer Steigerung von 26 Prozent entspricht. Der Ueberschuss war 863 Millionen Kronen.

Die städtischen Strassenbahnen haben im Jahre 1924 zwei neue Linien (9 und 65) errichtet und es wurde auch die Linie 11 ver-

längert. Die Verkehrsleistung ist um 14 1/2 Prozent gestiegen und es wurden rund 568 Millionen Fahrgäste befördert. Der Abgang hat seine Ursache in dem äusserst niedrigen Tarif. Die im Dezember 1924 erfolgte Erhöhung konnte sich naturgemäss nicht mehr im Betriebsjahr auswirken.

Die städtische Leichenbestattung hat im Berichtsjahre um gefäher die Hälfte aller in Wien Verstorbenen beerdigt. Es wurden 10.231 Begräbnisse durchgeführt und ausserdem noch 2463 Gratisleichen beerdigt. Der Ueberschuss dieser Unternehmung ist 64 Millionen Kronen.

Die Ueberschüsse der erwähnten Unternehmungen wurden nicht an die Gemeindekasse abgeführt, sondern verbleiben beim Betrieb, um zur Verbilligung der Tarife und zur Ausgestaltung der Einrichtungen zu dienen.

Der Ueberschuss der städtischen Anknüpfungsunternehmung von rund einer Milliarde Kronen und des Brauhauses der Stadt Wien von 4 1/8 Milliarden Kronen wird jedoch an die Gemeindekasse abgeführt.

Der Referent ersucht um Genehmigung der Rechnungsabschlüsse. G. R. Haider (chr. soz.) verweist darauf, dass die Ziffern einer näheren Prüfung nicht standhalten, denn das Endergebnis gestaltet sich ganz anders als angegeben wird. Von einem Abgang von 545 Millionen im Jahre 1924 wird gesprochen, in Wirklichkeit aber beträgt der Ueberschuss 284 Milliarden. Mit anderen Worten gestaltet sich der Ab-

schluss also um nicht weniger als 830 Milliarden günstiger als vorausgesagt. Sie belasten die Wiener Bevölkerung um 158000 Kronen pro Kopf zu viel. Die Ueberbelastung, die durch die Unternehmungen der Wiener Bevölkerung aufgebürdet wird, beträgt für eine fünfköpfige Familie 790.000 Kronen. Redner beschäftigt sich eingehend mit den einzelnen Unternehmungen und führt dabei aus. Die Strassenbahnen haben nicht das vorausgesehene Defizit von 21 Milliarden gehabt, sondern einen Ueberschuss. Bei den Gaswerken muss auch bemerkt werden, dass die gesamte Strassenbeleuchtung aus den Taschen der Gasabnehmer bezahlt wird. Dazu muss auch noch eine Summe von acht Milliarden gezahlt werden, die für die Umgestaltung der Strassenbeleuchtung in elektrischen Betrieb verausgabt wurde. Das Erträgnis beträgt also nicht eine, sondern dreissig Milliarden. Die Anzahl der Flammen beträgt heute noch immer nur einen Bruchteil der im Frieden in Verwendung gestandenen, im Berichtsjahre sogar nur ein Drittel. Bei den Elektrizitätswerken muss der namhaften Investitionen aus Betriebsmitteln gedacht werden, der Verlängerung der Leitungen um über 300 Kilometer, der Anschaffung von 84.000 Zählern und so weiter. Das Brauhaus hat einen effektiven Ueberschuss von 7 1/5 Milliarden, denn 20.000 Hektoliter lagerten am Ende des Berichtsjahres noch unverkauft und auch der Wertabschreibung von 2 1/5 Milliarden wurde nicht gedacht. Redner polemisiert gegen den Preis des Bieres, denn die Differenz von 66 Groschen zwischen Gestehungs- und Verkaufspreis fliesse nicht allein in die Taschen der Wirte. Das städtische Brauhaus hätte vielmehr als Preisregulator zu wirken. Redner streift den Betrieb der städtischen Leichenbestattung, weist auf Missstände hin und wendet sich gegen die niedrigen Pfründen, die den früheren Besitzern von privaten Leichenbestattungen, die kommunalisiert wurden, gezahlt werden. Zum Schlusse wendet sich der Redner nochmals eingehend den Strassenbahnen zu, verweist auf die eingekauften Materialien, die Investitionen und leitet daraus ab, dass von einem passiven Unternehmen nicht gesprochen werden kann. Die letzte Tarifierhöhung wäre überhaupt nicht notwendig gewesen. Die Art der Beförderung sei eine Lu-terschande ersten Ranges. Um den teuren Fahrpreis von 24 Groschen habe

jeder Fahrgast ein Anrecht auf einen Sitzplatz.

Durch Ihre Steuerpolitik rächen Sie die Bevölkerung dieser Stadt zugrunde, beschwören immer wieder aufs neue die Arbeitslosigkeit herauf und treiben im reinsten Sinne ausbeuterische und kapitalistische Politik. Ihr Streben und Trachten geht nur nach Geld und Reichtum. Sie kümmern sich einen blauen Teufel um die Rückzahlungen der Vorauszahlungen, Sie scheitern nicht um eine menschenwürdige Beförderung. Sie wollen nur möglichst viel herauschinden. Diese Methode können wir nicht billigen, und schon aus diesem Grund können wir nicht für den Rechnungsabschluss stimmen.

G.R. Angermayer (chr. soz.) beschäftigt sich mit dem Braunkohlenbergbau in Zillingdorf und erklärt, dass der Reingewinn von 56 Millionen Kronen auf eine sehr geringe Rentabilität schliessen lasse. Durch eine nicht günstige Art der Konzentration des Betriebes, durch die Stilllegung der Tagbauten in Zillingdorf und Neufeld wird der Betrieb unökonomisch und unproduktiv gestaltet. Ueberaus grosse Interkalanzinsen belasten jährlich das Werk mit der Summe von 4,8 Milliarden, wobei die Zinsseszinsen nicht einmal mitgerechnet sind. Die Führung des Betriebes muss als gemeinschädlich bezeichnet werden. Erschreckend ist der Rückgang in der Produktion, der in Zillingdorf sechs, in Ebenfurt sogar achtzehn Prozent beträgt. Unverantwortlich ist es ferner, dass man in der Zeit der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit 200 Arbeiter auf die Strasse gesetzt hat, worunter sich auch Familienväter befinden. Man hat sich rücksichtslos darüber hinweggesetzt. Neuerlich hat man im Jänner 1926 es gewagt, 150 Angestellte zu entlassen. Es fehlt nicht an Rohmaterial, es fehlt nicht an Betriebskapital und Aufträge sind mehr vorhanden, als das Werk leisten kann. Wir verlangen also die sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen und die Aufnahme des Betriebes in Tagbau.

G.R. Kunschak (chr. soz.) kommt auf die Ausführungen des Finanzreferenten in der letzten Sitzung zurück und wirft ihm vor, dass er vergessen habe, zu den im Laufe der Debatte eingebrachten Anträgen der Opposition Stellung zu nehmen. Am meisten habe sich der Finanzreferent über die Methode aufgehalten, bezüglich der Steuerleistung einen Kopfschlüssel zu bilden, obgleich ich, sagt Redner, dieselbe Methode gegenüber dem Bund angewendet habe. Freilich, mit dem ziffernmässig nicht wegzuleugnenden Erfolg, dass die Kopfquote beim Bund gewaltig niedriger ist, wie bei der Gemeinde Wien. Uebrigens ist diese Methode durchaus nicht meine Erfindung, sie wird in den meisten statistischen Werken angewendet und ist seinerzeit von den Sozialdemokraten gegen die damalige christlichsoziale Gemeindeverwaltung fleissig geübt worden, wobei die gehässigsten Schlussfolgerungen gezogen worden sind.

Nicht darauf kommt es an, ob tatsächlich jedes neugeborene Kind und jeder sterbende Greis, der noch seine Verbrennungserklärung unter dem Druck des sozialdemokratischen Vertrauensmanns im Versorgungshause unterschreibt, die Kopfquote zahlen. Diese Quote ergibt vielmehr ein Bild des Steuerdrucks in Wien. Der Hinweis des Finanzreferenten auf grössere Steuerträger, die eigentlich alles bezahlen, während Arbeiter und Mittelständler ausser der Wohnbausteuer keine Abgaben zu leisten haben, ist eine Entstellung des wahren Sachverhaltes. Mit demselben Rechte könnte man behaupten, dass seinerzeit nicht die Mieter Hauszinssteuer zahlten, sondern der Hauseigentümer, dass nicht die Biertrinker die Biersteuer zu entrichten hatten, sondern faktisch die Wirte. Und mit demselben Rechte könnte man auch sagen, dass Arbeiter und Mittelständler überhaupt keine Bundessteuern zu tragen haben, weil es dort keine Wohnbausteuer gibt.

St.R. Breitner: Die Warenumsatzsteuer!

G.R. Kunschak: Die haben Sie ja aus Ihrem Kalkül ausgelassen, weil Sie vierzig Prozent Anteil haben. Ihr Bemühen, dass Arbeiter und Angestellte ausser der Wohnbausteuer keine kommunalen Lasten zu tragen haben, ist nichts als ein Jonglieren zwischen Ehrhabenheit und Lächerlichkeit. Aber es gibt auch in Wien Leute, die einem grossen Teil der Kopfquote bei einer einzigen Steuergattung zu bezahlen haben, beispielsweise die Studenten, die in den verschiedenen Asylen wohnen. Sie alle müssen Wohnbausteuer zahlen die auf eine ganz merkwürdige Art errechnet wird, um möglichst hohe Quoten zu erzielen. Das ganze Asyl wird als eine Wohnung betrachtet und danach die Steuer berechnet. So kommt es, dass im Studentenasyll in Favoriten, wo in jedem Saal durchschnittlich 30 Studenten schlafen, die Wohnbausteuer für eine 26 Zimmerwohnung berechnet wird. Also arme Studenten, die in einem ausgesprochenen Massenquartier hausen, werden von der kommunalen Steuerbehörde so eingeschätzt als ob sie einen Palast bewohnen würden. Die Wohnbausteuer im Favoriten Studentenasyl beträgt 40 Schilling jährlich pro Kopf, im Studentenasyl Habsburgergasse 7 gar 145 Schilling. Im Meidlinger Asyl bewohnen 400 Studenten 13 Zimmer und jeder Student muss eine Steuer zahlen, als ob er eine 13 Zimmerwohnung besässe. Alle Vorstände der Asylvereine, die Direktoren sämtlicher Wiener Hochschulen haben beim Bürgermeister vorgesprochen und ihn gebeten, diesen skandalösen Zuständen ein Ende zu machen. Aber bis heute ist nichts geschehen. Hierbei geht der Finanzreferent wirklich ganz unpolitisch vor, er nimmt auch auf die armen jüdischen Studenten in den Grinzingner Baracken keine Rücksicht und behandelt sie bei Bemessung der Wohnbausteuer so, als ob die eine 30 Zimmerwohnung benützen würden. Unter dieser liebenswürdigen Behandlung haben nicht weniger als 1800 Hochschüler in Wien zu leiden.

Der Redner verweist dann auf die verschiedenen anderen kommunalen Abgaben, die Hauspersonalsteuer, die Fremdenzimmer-Automobilabgabe und erklärt, dass alle diese Steuerleistungen indirekt die breiten Schichten treffen und in Mitleidenschaft ziehen. Wegen der Erhöhung der Hausgehilfenabgabe, die allerdings die reichen Leute zahlen, sind viele Hausgehilfen entlassen worden, weil die grossen Steuerträger ihre Haushalte einschränkten, sodass eigentlich die armen Dienstmädchen die erhöhten Lasten der Steuer mit ihrer Existenz büssen mussten. Die Fremdenzimmerabgabe hat den gesamten Fremdenverkehr arg geschädigt und dadurch die Arbeitslosigkeit im Hotel- und Gastgewerbe ausserordentlich gesteigert. Die Lustbarkeitsabgabe ist heute beim Klavier gelandet, es genügt auch das jemand im Gasthaus Mundharmonika spielt, und der ganze Steuerapparat setzt sich in Bewegung. Bei einer Trauerkundgebung für einen verstorbenen Eisenbahner musste Lustbarkeitsabgabe gezahlt werden weil ein Trauerlied gesungen wurde (Hört! Hört!) bei den Christlichsozialen. Gemeinderat Haider: Eine Schande sondergleich. Der Geltungsbereich der Nahrungs- und Genussmittelabgabe wird immer mehr erweitert und derzeit will man diese Abgabe auch auf das Selchergewerbe ausdehnen.

Wenn man die Berichte der industriellen Bezirkskommission durchsieht, so ergibt sich aus dem Vergleich der Zahl der Arbeitslosen am 15. März 1925 und dem gleichen Tag des Jahres 1926, dass eine namhafte Steigerung in den verschiedenen Gewerben zu verzeichnen ist. Im graphischen Gewerbe waren arbeitslos 887, jetzt 1254, im Hotelgewerbe betrug der Zuwachs 280, bei Unterricht und Kunst 354, das ist eine Steigerung von über hundert Prozent! Beim Hauspersonal 294 und bei Verkehrsarbeitern, darunter sind auch die Chauffeure 359. Daraus kann man also sehen wie die Steuern in das Leben der arbeitenden Bevölkerung eingreifen. Das Elend der Bühnenangestellten ist ungeheuer gross, und Sie haben es auf dem Gewissen eine breite Schichte ehrlicher Menschen

DRITTER BOGEN

zugrunde gerichtet zu haben (Beifall bei den Christlichsozialen). Nun bringen Sie in derselben Gemeinderatssitzung eine Vorlage, die dem Bühnenverein, der am Ende seiner Kräfte steht und seine Mittel vollständig erschöpft hat, ein paar Brosamen vom reichen Tische der Lustbarkeitsabgabe hinwirft. Erinnern Sie sich doch an die Aussprüche, die der Präsident Stärk und der Sekretär Eisler in Versammlungen gemacht haben. Jener sprach von dem Despotismus einer Person, von ihrer Halsstarrigkeit, die die Leute ins Elend bringt, dieser redete davon, dass die dreisigprozentige Steuer eine stille Beteiligung darstellt, ein Kompanieverhältnis ohne Risiko. Die Kosten tragen die Schauspieler und die Bühnenangestellten.

St. R. Breitner verglich die Gaspreise der verschiedenen Städte miteinander und verwies darauf, dass der Gaspreis bei uns noch immer nicht valorisiert ist. Er hat auch Baden zum Vergleich herangezogen, das über ein Werk verfügt, das nur einen Bruchteil eines Wiener Bezirkes versorgen könnte. Die Lebensverhältnisse in Deutschland aber sind anders als hier. Die Löhne der Metallarbeiter in Berlin sind bedeutend höher als hier. Stadtrat Breitner soll den Wiener Gasarbeitern die valorisierten Berliner Beträge auszahlen. Auch die Höhe der Löhne in der chemischen Industrie ist bis zu 30 Prozent höher als in Oesterreich. In diesem Saal wird überhaupt sehr viel von den auswärtigen Verhältnissen gesprochen. Die Verhältnisse liegen aber bei näherer Betrachtung anders, als sie uns hier dargestellt werden. Uns wurde von der Wohnung des holländischen Arbeiters erzählt, dass sie aus zwei oder drei Zimmern besteht. Nun diese Zimmer sind nach unseren Begriffen nichts als Kabinettorn! In Wien stellen wir an das Flächenmaß einer Wohnung eben andere Anforderungen. Bei den Gaswerken hat Stadtrat Breitner auf die Verwertung der Nebenprodukte besonders stolz hingewiesen, er hat sozusagen ein Pfauenrad seiner Freude geschlagen. Nun die Verwertung der Nebenprodukte stammt aus der Zeit, wo die heutige Minderheit die Stadt verwaltete. Es ist halt so, dass man bei der Wahl der leitenden Personen nicht das gleiche Geschick wie seinerzeit gehabt hat. Dort wo man die leitenden Personen der früheren Verwaltung belassen und nur wenig ihre Tätigkeit eingeschränkt hat, geht es. Entfernt man aber fähige Leiter, wie es in unerhörter Weise bei dem Lagerhausdirektor Nibel der Fall war, dann stürzt man das Unternehmen bis über den Kopf in die Schulden, wenn es nicht Eigentum der Gemeinde wäre.

Für die öffentliche Beleuchtung wurden im Jahre 1924 um sechs Millionen Kubikmeter weniger kostenlos von den Gaswerken geliefert als im Jahre 1913. Das heisst also, dass die Bevölkerung den billigen Gaspreis durch den elenden Zustand der Beleuchtung zahlen muss. Nicht vergessen darf man die Verzinsung und Tilgung der Anleihen, die einen Betrag von 57 Milliarden ausmachen würde. Durch rücksichtslose Ausnutzung der Inflation hat man diese Beträge leicht zurückzahlen können und sie beschweren jetzt nicht das Budget. Im April 1924 wurde in einer Gemeinderatssitzung vom Referenten Rausnitz zugegeben, dass der kalorische Heizwert des Gases von 5000 auf 4500 Wärmeinheiten zurückgegangen ist. Das ist also eine zehnprozentige Verminderung. Wie sich das auf den Konsumenten auswirkt, werden Ihnen die Hausfrauen beweisen.

Redner beschäftigt sich mit den Verhältnissen im Elektrizitätswerk, wo die Gesteungskosten für die Kilowattstunde geringer geworden sind. Auch hier nahm seinerzeit die Verzinsung und Tilgung der Anleihen 15 Prozent der gesamten Ausgabenseite ein, heute ist das Konto davon entlastet. Dazu kommt noch eine bedeutende Verbesserung in der Heiztechnik und eine wesentliche Personalsparnis durch das Fak-

turenkasse mittels Postsparkassenanlagenscheinen. Obwohl die Produktion um 26 Prozent gestiegen ist, erfährt die Post für Personalausgaben nur eine Steigerung von sechs Prozent. Redner verweist auf die vielfachen technischen Verbesserungen in der Betriebsführung und auf organisatorische Massnahmen die den Betrieb ökonomischer gestalten.

Bei den Strassenbahnen zeigt sich eine weitgehende Ausnutzung der Betriebsmittel und des Personals. Um 40 Prozent mehr Fahrgäste werden befördert. Die Fahrbediensteten hatten früher 113 Wagenkilometer pro Tag zu leisten, heute 128. Die Leistungen wurden also gegen früher um über 13 Prozent erhöht. (Rufe bei der Minderheit: Das beim Achtstundentag! - Das nennt man Arbeiterfürsorge! - Ausbeuter!). Auch das wirkt auf das Lohnkonto erleichternd aus. Ähnlich wie bei den Fahrern liegen die Verhältnisse bei den Schaffnern, diese werden aber sogar um 46 Prozent mehr ausgenützt als im Jahre 1913.

Der Finanzreferent sagt Redner, hat zwischen der Newag und den städtischen Elektrizitätswerken einen absolut unzulässigen und unmöglichen Vergleich gezogen und daraus falsche Schlussfolgerungen abgeleitet. Er behauptete, dass der Strompreis der Newag 77 Groschen betrage während die Wiener Elektrizitätswerke nur 52 Groschen für Licht einheben. Aber er hat bei seinem Vergleich vergessen hervorzuheben, dass die Newag ihr Kabelnetz nicht in so intensiver Weise ausnützen kann, wie die Wiener Elektrizitätswerke, deren Stromabnehmer auf einem kleinen Gebiet dicht gehäuft sind, während die Newag oft auf zwei bis drei Kilometer Entfernung nur vereinzelte Abnehmer hat. Wenn draussen alles Licht verlöscht und eine Ausnutzung des Kraftstromes unmöglich ist, hat Wien noch immer den Nutzen aus der Reklamebeleuchtung. Die Newag ist mit einer Reihe von Stromabgabeverträgen belastet, sie liefert zwei Städten, St. Pölten und Wr. Neustadt den Strom um 13 Groschen, also unter den Gesteungskosten. Die Gemeinde Wien erhält von der Newag Strom und zahlt dafür nur 105 Goldheller, also nicht einmal die Hälfte des Preises, den die Gemeinde Wien den Strom ihren Abnehmern verkauft und für den Nachtstrom zahlt sie der Newag gar nur einen Goldheller, also ein Drittel dessen, was sie in Wien von ihren Abnehmern einhebt. Das Wiener Elektrizitätswerk hat auch nicht entfernt ähnliche Pflichten und Lasten zu tragen, wie die Newag. Unter solchen Umständen ist es wohl eine Unverfrorenheit sondergleichen, der Newag vorzuwerfen, dass ihr Strompreis so hoch ist und dass sie ihn nicht ermässigt.

Redner erklärt zum Schlusse, er habe nicht gesprochen um Anerkennung oder Tadel für seine Kritik zu erlangen, sondern ihm sei es darum zu tun gewesen, die Öffentlichkeit über die Zustände in der Gemeinde zu informieren. Die breite Öffentlichkeit werde sich schon das richtige Urteil zu bilden wissen (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Breitner: Der Herr Gemeinderat Kunschak hat an meinen Ausführungen eigentlich als das Empfindsamste und der Wahrheit am stärksten bar befunden, dass ich ausgeführt habe, er sei in Verlegenheit geraten. Ich muss gestehen, dass ich Unrecht getan habe und dass es wirklich schwer ist, einen Mann in Verlegenheit zu setzen, der so mit Ziffern und Tatsachen zu spielen versteht wie Stadtrat Kunschak. Er hat an unseren Steuern und Abgaben heute wieder Kritik geübt aber eigentlich nichts Neues gesagt. Gewiss wird man da oder dort Haushalte nennen können, in denen eine Personalverminderung eingetreten ist. Ich habe nachgewiesen, dass die Zahl der Hausgehilfen die der Abgabe unterliegt, bis Ende 1925 im allgemeinen gestiegen ist. Allerdings haben manche grosse Haushalte ihr Personal reduziert. Ich will nicht

die Namen von Bankbrüchigen nehmen die ihre grossen Haushalte aufgelöst haben, nicht deswegen, weil sie mehr Hauspersonalabgabe zu zahlen hatten, sondern weil ihnen die Francspekulation missglückt ist. Unter ihnen befindet sich mancher Bankier, der der Partei des Herrn Kunschak nicht so ferne steht.

G.R. Kunschak: Wenn Sie verdächtigen, sind Sie wohl verpflichtet die Namen zu verlesen. (Zustimmung bei der Minderheit, Protestrufe bei der Mehrheit).

St.R. Breitner: Das sind keine Verdächtigungen! Lassen Sie sich den Kompass holen und schauen Sie nach, wer die Verwaltungsräte der Bodenbank, der Nordisch österreichischen Bank, der Bauernbank, der Kaufmännischen Bank und anderer Banken gewesen sind, und dann werden Sie auch ^{einen Teil der} Liste derjenigen Persönlichkeiten haben, die einen Ausfall in der Hauspersonal- und Automobilabgabe bedeuten. (Beifall bei der Mehrheit). Die Automobilsteuer <sup>ist gewiss keine Industrieförder-
ung</sup> aber andererseits konnte ich doch nachweisen, dass wir ^{trotz der Abgabe gegenüber 1913} ^{eine Verdoppelung der} ^{Personenautos} kommunalen Steuern für alle eine gewisse Belastung bedeuten. Es ist nur der grösse entscheidende Unterschied im Aufbau unserer Steuern, dass wir die Menschen nicht bei den lebenswichtigsten Dingen treffen.

Gegenüber den Behauptungen Kunschaks bezüglich der Wohnbausteuerborschriften an Studenten in den verschiedenen Heimen verweist Redner darauf, dass in Wirklichkeit durchaus nicht so hohe Abgaben verlangt werden, wie es nach den Ausführungen Kunschaks scheint. Beweis dessen einige Ziffern. Die Akademiker im Heim der Singerstrasse zahlen per Kopf und Monat einen Schilling Wohnbausteuer, im Heim Piaristengasse 1 1/2 Schilling, im Studentenhilfsverein Boltzmanngasse 2 1/2 Schilling, im Hochschülerheim Favoriten 1 3/2 Schilling, im Offizierstudentenheim Grinzingerallee 80 Groschen und im Heim Sensengasse 38 Groschen. Für das jüdische Hochschülerheim in Grinzing ist pro Jahr eine Wohnbausteuer von 95 Schilling zu bezahlen, das ist 12 Groschen im Monat pro Kopf. Wir haben gewiss Willen in Grinzing, die ganz anders behandelt werden, so die Villa Collalto mit 30 Zimmern, die 196 1/2 Schilling Wohnbausteuer leisten muss. Es wurde auch von der Nahrungs- und Genussmittelabgabe gesprochen und bemängelt, dass Selchereibetriebe einbezogen worden seien. Wir haben nun zwei der grössten Selchereibetriebe tatsächlich eingereiht ^{seit Jahr und Tag} ^{und} es hat sich gezeigt, dass diese Grossbetriebe die Steuer durchaus zu ertragen vermögen. Wir wollten dann noch ^{sehr} Betriebe in der Inneren Stadt einreihen. Darauf hat uns die Genossenschaft vorgeschlagen, lieber 497 andere Selchereien, die sie uns namhaft gemacht hat, ^{einzu}reihen und die Betriebe in der Inneren Stadt niedriger zu bemessen. Am 26. Februar hat der Magistrat darauf geantwortet, dass er diesem Vorschlag nicht zustimmen könne, weil er die dadurch vielleicht ergebende Verteuerung für die breiten Massen nicht verantworten wolle. So sieht der Steueradismus des Rathauses in Wirklichkeit aus. (Hört).
Es wurde auch von den furchtbaren Wirkungen der Lustbarkeitsabgabe gesprochen.

G.R. Danneberg: Es wäre besser, wenn Kunschak dem Kollmann und Seipel auf die Wirkungen der Warenumsatzsteuer aufmerksam gemacht hätte. (Lebhafte Unruhe). Ruf: An der die Gemeinde beteiligt ist.

St.R. Breitner: Wir stellen nochmals fest, dass die Gemeinde sofort auf diesen Anteil verzichtet, wenn man ihr wieder die ^{und die Luxuswarenabgabe} Zuschläge bewilligt. Der Ertrag der Warenumsatzsteuer geht in die Hunderte von Milliarden. Hier wird wirklich das Stückchen Brot des Arbeitslosen besteuert und es ist eigentümlich, wenn man der Gemeinde seinerzeit den Vorwurf gemacht hat, dass sie durch eine Luxussteuer den Schmuck und die Luxuskrawatte getroffen hat. Sie behaupten, dass durch die Lustbarkeitsabgabe die Schauspieler geschädigt werden. Lassen Sie sich doch die Berichte aus Deutschland, Ungarn und so weiter kommen und Sie werden sehen, dass auch in diesen Ländern die gleichen Verhältnisse bestehen. Wir haben hier eine internationale Krise, die hervorgerufen ist, durch die Ausbreitung des Kinos, durch den Fussballsport, der oft ^{vierzigtausend} Menschen zu einem einzigen Wettspiel bringt ^{Dazu kommt} die Not der Zeit.

St.R. Rummelhardt: Das bekräfteln wir eben, dass Sie trotz der Not der Zeit, die Steuern nicht ermässigen.

G.R. Danneberg: Sie hindert die Not der Zeit nicht, eine Mehlsteuer einzuführen!

St.R. Breitner: Wenn Sie irgend wo einen Gegensatz finden können, so doch nur den, dass die Gemeinde sieben Prozent Lustbarkeitssteuer einhebt, während der Bund sieben Prozent Mehlsteuer einreicht. Auch über die Subvention an den Bühnenverein ist hier abfällig gesprochen worden. Ja, es wurde sogar behauptet, so etwas wäre in diesem Saal noch nicht dagewesen. Ich stelle richtig, dass in den Jahren 1913 und 1914 die Christlichsozialen dem Bühnenverein 500 Kronen Subvention gegeben haben. Der Unterschied liegt also nur darin, dass wir das dreissigfache gegeben haben. Eine Not unter den Schauspielern hat es auch früher gegeben, als es noch keine Lustbarkeitssteuer gab. Schauspieler hatten früher keinen zwölfmonatigen Vertrag, sondern waren oft vom Mai bis September unbeschäftigt, es war also auch ohne Lustbarkeitssteuer in diesen Kreisen oft arge Not anzutreffen. Was die städtischen Unternehmungen anlangt, so wurde mir vorgeworfen, dass ich die Gaspreise von Baden zum Vergleich herangezogen hätte. Das ist nicht richtig, denn ich habe auch die Gaspreise in den anderen österreichischen Städten, in Deutschland, England, Holland und in Prag mitgeteilt. Unser Preis ist der billigste und es ist natürlich so, dass wir nicht die einzigen sind, die die technischen Fortschritte uns angeeignet haben. Aber wir haben die Werke ausgebaut, die Zahl der Konsumenten verfünffacht und die städtischen Unternehmungen werden von uns nicht mehr als Steuerquelle missbraucht. Wenn Stadtrat Kunschak davon gesprochen hat, dass wir den Direktor Nübel vom Lagerhaus weggeschickt haben und dieses Unternehmen dann schlecht gegangen ist, so muss festgestellt werden, dass auch Direktor Nübel nicht in der Lage ist, die Tatsache auf der Welt zu schaffen, dass die Nachbarstaaten durch ihre Zölle es so einrichten, dass kein Getreide, sondern nur Mehl eingelagert wird. Daher war auch unter der Direktion Nübel schon ein Abgang zu verzeichnen. Ich kann aber hier sagen, dass dies gar kein Hindernis wäre, nicht einmal, dass Herr Kunschak den Direktor Nübel für sich reklamiert, in wieder mit der Leitung

des Lagerhauses zu betrauen, wenn sein Gesundheitszustand, welcher der einzige Grund der Pensionierung war, sich wieder gebessert hat.

Schliesslich hat Stadtrat Kunschak auch gesagt, dass Vergleiche mit Berlin deshalb unangebracht sind, weil wir keine Berliner Löhne zahlen. Da kann nur erwidert werden, dass wir auch keine Berliner Mietzinse zahlen. Im Frieden hat der Arbeiter fünf und zwanzig Prozent seines Lohnes für die Miete ausgeben, jetzt nur zwei Prozent. Unser Reallohn ist sicher nicht schlechter, als in Deutschland. Nur fliesst er nicht in die Taschen der Hausbesitzer. Wir haben die Löhne der Bediensteten im Gas- und Elektrizitätswerk in den unteren Kategorien die Kohle kostet um 40 Prozent mehr als vor dem Kriege valorisiert und trotzdem den Gaspreis um 28 Prozent billiger erstellt, als im Frieden. Was die Newag anlangt, so hat sie den Rat des Herrn Kunschak befolgt und eine Anleihe aufgenommen. Sie schuldet fünf Millionen Dollar, für die sie durchschnittlich zehn Prozent Zinsen, also 500.000 Dollar oder 35 Milliarden Kronen zahlen muss. Diese 35 Milliarden, die als Schuldzinsen/gezahlt werden müssen, werden aus der Bevölkerung Niederösterreichs herausgeholt. Sie muss den Strom teurer zahlen, damit 35 Milliarden nach Amerika geschickt werden können und es ist gar keine Aussicht, dass der Strompreis verbilligt werden könnte. Die Niederösterreicher sind dazu verurteilt, den harten Strompreis zu zahlen, damit Leute in Amerika ihre Coupons abschneiden können. Unsere Wasserkraftabgabe bringt 32 Milliarden Kronen, die auch die heimische Bevölkerung zahlen muss, dafür aber werden wir die Werke durch unsere Methode/auf Null abgeschrieben haben, konnten den Kraftstrompreis um ein Achtel herabsetzen und haben uns nicht in die Schuldnechtschaft des Auslands begeben. Wer hier den richtigeren Weg gegangen ist, das überlassen wir dem Urteil der Geschichte (Lebhafter Beifall).

Wir haben in den Werken den Neuneinhalbstudentag gehabt und haben jetzt den Achtstudententag. Das musste sich in einer Personalvermehrung auswirken. Das hat aber Herr Kunschak bei seinen Rechnung ganz vergessen. Die Christlichsozialen haben die Strassenbahner vierzehn Stunden zu einem Anwesenheitsdienst verpflichtet. Heute sind die Menschen anders geworden, sie wollen über ihre freie Zeit selbst verfügen. Wir können uns überhaupt einen würdigeren Zustand nicht vorstellen, wie ihn die frühere Mehrheit den Strassenbahnern aufgezwungen hat, von denen jeder einzelne ein Trinkgeldnehmer war. Das hatte zur Folge, dass der Strassenbahnfahrpreis unrichtig war, weil jeder Fahrgast, das Trinkgeld dazurechnen musste. Die Strassenbahner haben damals ganz genau gewusst, dass ein erheblicher Teil ihres Lohnes aus den Trinkgeldern geflossen ist. Sie haben diesen unwürdigen Zustand ein Ende bereitet. Das ist gar keine Beleidigung für die Strassenbahner, aber sicherlich eine Schande für die frühere Verwaltung (Starker Beifall).

Wenn hier auch von einem Trümmerfeld des Wirtschaftslebens gesprochen worden ist, so ist es kindisch, wenn Sie glauben machen wollen, dass dies eine Wirkung unserer Verwaltung ist. Das ist nur das Ephe des Krieges. Das wird aber niemand beseitigen durch die Herstellung des Ertragswertes der Häuser. Da kann ich nur sagen, dass wir das nicht zulassen werden. Es ist uns das tragische Schicksal beschieden worden, diese Stadt in einer Epoche des Zusammenbruches

zu verwalten und wir haben diese schwere, diese furchtbare Aufgabe übernommen und werden sie tragen mit dem sittlichen Ernst und der sachlichen Hingabe, die überhaupt möglich sind. Wir vertragen auch die Kritik; sie wird aber an den Grundzügen unserer Politik nicht das mindeste ändern. Wir werden nie zulassen, dass die Kosten des Krieges, wie dies früher immer war, auf die Schultern der Besitzlosen gewälzt werden, die ohnehin schon im Kriege die grössten Opfer gebracht haben. Und wir werden nie zulassen, dass den Wienern das Obdach genommen wird, wie es die christliche Nächstenliebe gern haben möchte. (Stürmischer Beifall. Hoch Breitnerrufe).

St.R. Kunschak verlangt, dass Stadtrat Breitner Rede und Antwort stehe, sonst muss er sich gefallend lassen, dass man behauptet, er habe bewusst die Unwahrheit gesagt. Redner selbst habe kein Recht Namen zu nennen, da sie ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt worden sind. Auf jeden Fall handelt es sich um Leute, die mit der Partei nicht das geringste zu tun haben. Auf jeden Fall sollten Sie die allerletzten sein, auf so etwas anzuspielen, da man ja die Geschichte von der Winex und dem Arbeiterhausbau in Bruck kennt.

Dr. Danneberg: Was ist denn damit?

St.R. Kunschak: Sie wissen das sehr gut, der Bürgermeister hat in Bruck an der Mur zum Bau des Arbeiterhauses Gemeindegelder verwendet.

Unter lebhaftem Lärm, den der Bürgermeister vergebens zu bannen sucht, hört man nur die Rufe: Was ist es mit Zwetsbacher?

St.R. Kunschak: Sie können noch so viel schreiben, das aus der Welt zu schaffen gelingt Ihnen nicht. Eine Partei, deren Leute in solchem Umfange Staatsanwaltschaft und Landesgericht beschäftigen, sollte vorsichtiger sein.

Neuerlich setzt auf beiden Seiten grosser Lärm ein, in dem Dr. Danneberg ruft: Die Herren von der Winex sind eingesperrt worden. Aber die Leute von Ihrer Partei sind mit Postsparkassageldern mit Millionen saniert worden, sonst wären die Herren Fink und Ramek auch eingesperrt worden. Neuerlicher Lärm auf der Seite der Minorität. Tausende von Millionen der Postsparkasse sind verschleudert worden. Inzwischen entwickelt sich eine Kontroverse zwischen Stadtrat Weber und Gemeinderat Doppler, in die nach lebhaft schreiend Gemeinderat Panoch eingreift. Nach dem sich der Lärm etwas gelegt hat, versucht Stadtrat Kunschak weiter fortzufahren und sagt: Den Zwischenruf des Dr. Danneberg kann ich mit dem Hinweis auf das Arsenal und der verschleuderte Staatsvermögen abtun. Die Zahl der Haushalte, die zwei Hausgehilfinnen hält, ist deshalb nicht gesunken, weil eine grosse Anzahl von Haushalten die früher drei bis fünf Bedienstete hatten, sich nunmehr mit zwei abfinden.

G.R. Huber: Jeder Chauffeur wird als Hausgehilfe betrachtet. Es ertönt der Ruf: Arbeitervertreter!

St.R. Kunschak: Wir kennen schon wie die Sache weiter geht! In der Inneren Stadt fängt man an, so wie seinerzeit beim Sackern und beim Arbeiterheim in Favositen hört man noch lange nicht auf. So war es auch mit den Zuckerbäckern. Jetzt man hat man dem Sauer den Revolver an die Brust gesetzt, man drohte mit 5 Prozent vom Umsatz, kam aber dann auf anderthalb Prozent herunter und unter diesem Druck gab natürlich die Genossenschaft ihre prinzipielle Zustimmung. Nun hat man diesen Vertrag aber nur bis 1. Oktober 1926 befristet, dann wird man zu zwei Prozent

Übergangen und was dann noch kommt, das können wir uns ja denken. Das Entgegenkommen der Genossenschaft, die Betriebe anführte, die man am ehesten zur Abgabe heranziehen könnte, wurde geradezu missbraucht. Jetzt sind es einstweilen halt nur 11 Betriebe in der Inneren Stadt. Wie diese Betriebe die Steuerlast, die ja eine Ausnahmelast ist, wieder hereinbringen wird, kann man sich ja denken.

St. R. Breitner: Durch Verkürzung des Gewinnes!

G. R. Häber (chr. soz.): Sie haben die Gewinne schon sehr gekürzt.

St. R. Kunschak kommt nochmals auf den Ausspruch Stärke und Eislers zurück, die nicht besser die Sache bezeichnen konnten als mit Halsstarrigkeit. Da braucht man keinen Kommentar dazu zu geben.

Redner wendet sich dagegen, dass die Studentenheime ein Schilling und 1 50 an Wohnbausteuer zahlen müssen, was sonst für eine Zweizimmerwohnung zu bezahlen ist, und erklärt, dass die Warenumsatzsteuer, eine Internationale, nicht österreichische Erfindung, gerade in Österreich die lebenswichtigsten Bedürfnisse am humansten behandelt. Der Bundeshaushalt wird durch das Invalidenbegünstigungsgesetz sehr schwer getroffen, und im Ausschuss hat man nunmehr eine Korrektur durchberaten, wodurch nunmehr die 55prozentigen Invaliden ausser der Besserreihung eine Zulage erhalten sollen.

In der Politik gibt es kein absolutes Nein, auch in der Politik des Herrn Stadtrates Breitner nicht, und jeder ist an diesem absoluten Nein gescheitert. Das sollte ein Mensch vom Intellekt des Herrn Stadtrates Breitner einsehen.

G. R. Bermann (soz. dem.): Das ist die Politik für die Mehrheit des Volkes.

G. R. Müller (chr. soz.): Lösen Sie den Gemeinderat auf, dann werden Sie sehen, ob Sie noch die Mehrheit des Gemeinderates haben. (Die Majorität begleitet diese Worte mit ironischen Bravorufen.)

G. R. Bock (soz. dem.): (Nach dem Nationalrat auflösen.)

St. R. Kunschak bringt schliesslich den Brief eines Mannes aus dem VI. Bezirk zur Verlesung, der keine Wohnung hat und seine Kinder eines nach dem anderen der öffentlichen Fürsorge übergeben musste.

Rufe bei der Mehrheit: Das sind die Segnungen des freien Wohnungsmarktes! Das kommt vom Schacher! Rufe bei der Minderheit: Ja, polnische Juden habt Ihr genug untergebracht!

Neben einer Kontroverse Kissa Doppler ertönen fortwährend Zwischenrufe, wobei Stadtrat Kunschak unter lebhaftem Lärm auf einen Ausspruch des Stadtrates Weber anspricht. Dieser soll gesagt haben, dass in die Wohnungen der Gemeinde Wien nur Leute aufgenommen werden können deren wirtschaftliche Lage und soziales Milieu eine Sicherheit dafür bietet, dass sie hineinpassen. Darauf springt Stadtrat Weber erregt auf, und ruft im lebhaften Lärm: Das ist unwahr, das ist eine Verleumdung.

St. R. Kunschak erklärt schliesslich, dass es die Minderheit dieses Hauses als eine inhaltslose Phrase ansehen müsse, wenn behauptet wird, dass die Majorität die Beseitigung der Wohnungsnot zu ihrer ernstesten Aufgabe gestellt hat.

St. R. Weber: Wenn Herr Kunschak sich in einem Engpasse befindet, sagt er immer, reden wir von etwas anderem. Und da ihm oberdrein die sachlichen Argumente ausgegangen sind, hat er sich auf das Gebiet der persönlichen Beschimpfungen und Verdächtigungen begeben. (Lärm und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Ich stelle ausdrücklich fest, dass ich niemals und nirgends die mir von Herrn Kunschak in den Mund gelegten Worte ausgesprochen habe. Richtig ist, dass eines Tages Herr GR. Doppler zu mir kam und mir mitteilte, das Wohnungsamt habe einem Kohlenarbeiter mit sechs Kindern eine Wohnung zugewiesen, die keine richtige Wahl sei, hier hätte man doch auf die das Milieu Rücksicht nehmen sollen. Ich habe sogleich erklärt, wenn dem so sei, dass die Partei nicht in das Milieu hineinpasst, der Partei eine entsprechend andere Wohnung zuzuweisen. Und während der Budgetdebatte habe ich darauf hingewiesen, das Wohnungsamt müsse natürlich auch darauf Rücksicht nehmen, ob die Wohnung für die Partei und die Partei für die Wohnung passe. Das habe ich an einigen Beispielen dargetan. Wenn am Ring beispielsweise eine Drei-Zimmerwohnung frei wird, könne man sie nicht einem beliebigen Obdachlosen zuweisen. So waren meine Worte gemeint, aber nicht in dem Sinne wie Herr Kunschak in beleidigender und verdächtigender Weise mir unterschoben hat. (Zwischenrufe des Gr. Kunschak) Aber Herr Kunschak, das Verdächtige ist ja Ihr Metier! (Lärm und Zwischenrufe bei der Minderheit. GR. Uebelhör: Sind solche fortwährende Beleidigungen zulässig? Wo ist der Herr Vorsitzende?) Ich stelle aktenmässig fest, dass die Gedächtnisschwäche auf Seite des Herrn Kunschak besteht. Ich habe ihm das Ziffernmaterial übergeben, wonach im Jahre 1925 nicht 3000 Wohnungen, wie er behauptet, zur Vergebung gelangt sind, sondern 17.464! Trotzdem ich das im Stadtsenat sagte und zweimal im Gemeinderat und Herrn Kunschak ausserdem das Ziffernmaterial übergab, wagt er es, diese Ziffern zu unterschlagen und zu mögeln, mit der Unwissenheit der Bevölkerung rechnend. (Laute Pfui Rufe bei der Mehrheit.) Ich habe nachgewiesen, warum er so handelt und nunmehr stelle ich an Herrn Kunschak die Frage, ob er bereit ist, seine lädierte Ehre wiederherzustellen. (Lebhafte Pfui Rufe bei der Mehrheit, Lärm und Protest bei der Minderheit.)

Bürgermeister Seitz bricht dann die Beratungen ab und wünscht den Mitgliedern des Gemeinderates zu Ostern gute Erholung.

Die öffentliche Sitzung wird um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends geschlossen.

Wien, am Samstag, den 27. März 1926

Keine Sitzung des Gemeinderates. In der kommenden Woche hält der Wiener Stadtsenat keine Sitzung ab. Auch der Gemeinderat wurde nicht einberufen.

Kein Fuhrwerksverkehr auf der Schmelzbrücke. Am Dienstag werden an der Schmelzbrücke Eisenbauarbeiten durchgeführt. Es muss daher diese Brücke von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags für den Fuhrwerksverkehr abgesperrt werden.

Vormittagskochkurse und Servierkurse. An der städtischen Koch- und Haushaltungsschule in Mariahilf, Brückengasse Nr. 3, beginnen anfangs April Vormittagskochkurs für einfache bis feinste Küche. Unterricht täglich. Anmeldungen und Auskünfte in der Schulkanzlei.

Zwei neue städtische Kindergärten. Die Flächen zwischen der Gottfried Keller- und der Grimmelshausengasse, "Am Modenapark" benannt, bilden die Reste der grossen Baumbestände der alten Modenarealität. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nun beschlossen, diese grosse Fläche gartenmässig auszugestalten. Der alte Baumbestand wird belassen, das verwachsene Unterholz ausgelichtet und zwei grosse Kinderspielplätze geschaffen. Die Kosten dieser Arbeiten betragen 28.000 Schilling.

Wiederbelegung von Gräbern im Meidlinger Friedhof. Nach dem 1. Mai werden die Schachtgräbergruppen im Meidlinger Friedhof, Abteilung VI, Gruppe II und Abteilung VI, Gruppe III wiederbelegt. Gesuche um Enterdigung von Leichenresten sind bis längstens 30. April an die Magistratsabteilung 12 in Wien, I. Rathausstrasse Nr. 9, zu richten. Nach dem 1. Mai werden von diesen Gräbern die Grabkreuze auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und innerhalb eines Jahres jenen Parteien ausgefolgt, die das Eigentumsrecht nachweisen und die Kosten der Abräumung ersetzen. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde nach freiem Ermessen.

Wieder grosse Arbeitsvergebungen durch die Gemeinde. Der Weisung des Bürgermeisters entsprechend hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten auch im März alle Lieferungen und Arbeitsaufträge, auch wenn sie nicht dringend waren, mit der grössten Beschleunigung vergeben, um so dem Wiener Arbeitsmarkt neue Impulse zu geben. Es wurden von diesem einem Gemeinderatsausschuss nicht weniger als für 9'3 Millionen Schilling im März Bestellungen an private Unternehmungen vergeben. An der Spitze stehen naturgemäss die grossen Aufträge für die städtischen Wohnhausbauten. Aber auch die anderen Zweige der kommunalen Verwaltung sind mit grösseren Summen beteiligt. So wurden für die Heilanstalten Nickelkochkessel bestellt, für den weiteren Ausbau der elektrischen Strassenbeleuchtung erfolgte eine grosse Bestellung von Elektromaterial, im Rutschgelände an der Serpentinenstrasse zum Kobenzl wird eine Schachtbrunnenanlage errichtet, für den städtischen Lastkraftwagenbetrieb wurden neue Raupenschlepper und Wagen bestellt, die Herstellung von Einzelbrausebad-Abteilungen im städtischen Volksbad am Reithofferplatz ergab allein Arbeitsaufträge von 110.000 Schilling, für das städtische Amalienbad wurden Akkumulatorenbatterien für 420.000 Schilling bestellt, für die städtische Wasserversorgung erfolgte die Vergebung von fünftausend Kilogramm Rohren, für die Kinderfreibäder wurden neue Gartenbänke bestellt und ausserdem sind viele kleinere Lieferungen für die verschiedensten Zweige der Gemeindeverwaltung vergeben worden. Allgemeines Interesse dürfte die Bestellung von drei Millionen Mauerziegel und 22.100 Türen für die städtischen Wohnhausbauten finden.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 29. März 1926

.....

Was die Lehrlinge in Eggenburg und Weinzierl leisten. Das Wort "Eggenburg" war noch vor einigen Jahren ein Schreckmittel für alle schwererziehbaren Kinder. Durch eine tiefgreifende Um- und Ausgestaltung der Anstalt, die unter der vorbildlichen Leitung des Direktors Heeger steht, wurde auch hier Wandel geschaffen und heute ist Eggenburg eine mustergültig geführte Anstalt, die infolge ihrer modernen Erziehungsmethoden das Ziel vieler namhafter Pädagogen ist. Gegenwärtig sind in der Anstalt nicht weniger als sechshundert Zöglinge untergebracht. Vierhundert davon haben das vierzehnte Lebensjahr noch nicht erreicht. Sie besuchen die eigene Volksschule der Anstalt. Die übrigen zweihundert Zöglinge haben das vierzehnte Lebensjahr bereits überschritten. Für sie sorgt die Gemeinde dadurch, dass sie ihnen ein Handwerk erlernen lässt und dazu auch durch den Besuch der eigenen gewerblichen Fortbildungsschule mit Öffentlichkeitsrecht die theoretische Fachbildung ermöglicht. Einer Anordnung des städtischen Wohlfahrtsreferenten Stadtrates Professor Tandler entsprechend, wurden die weiblichen Zöglinge, die das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben, von Eggenburg weggebracht und in eine eigene Anstalt, die sich in Weinzierl bei Wieselburg an der Er-
lauf befindet, gebracht. Gegenwärtig sind achtzig Mädchen von vierzehn bis zwanzig Jahren dort. Diese Mädchen verrichten dort hauswirtschaftliche Arbeiten und erlernen je nach Eignung Weissnähen, Kleidermachen, Gärtnerei und verschiedene Kunstgewerbe. In Eggenburg sind für die Lehrlinge eigene Lehrwerkstätten eingerichtet worden. Unter der Leitung tüchtiger Meister erlernen die Zöglinge auch nach ihrer Eignung ein Handwerk. Vornehmlich kommen aus Eggenburg tüchtige Buchbinder, Korbflechter, Schuhmacher, Schneider, Gärtner, Tischler, Schlosser und Installateure. Von den Leistungen dieser Lehrlinge erfährt nun die Öffentlichkeit sehr selten. Es war daher ein glücklicher Gedanke, dass das städtische Wohlfahrtsamt eine Ausstellung der Lehrlingsarbeiten aus Eggenburg und Weinzierl veranstaltet hat. Sie ist in den Räumen der Akademie für soziale Verwaltung am Schlesingerplatz untergebracht und wurde heute durch Bürgermeister Seitz eröffnet. An der schlichten Feier, die von dem amstführenden Stadtrat Professor Tandler eröffnet wurde, nahmen Frau Bürgermeister Seitz, Präsident des Stadtschulrat Abgeordneter Glöckel, viele Gemeinderäte und Bezirksvorsteher, die leitenden Beamten des städtischen Wohlfahrtsamtes und zahlreiche Gäste, insbesondere Lehrpersonen, teil. Bürgermeister Seitz verwies in einer kurzen Ansprache auf die grosse Bedeutung dieser Ausstellung und beglückwünschte die Zöglinge zu ihren Leistungen. Die Gäste besichtigten dann die Ausstellung, die in drei Räumen untergebracht ist und ein Bild von dem fachlichen Können der Lehrlinge und Lehrmädchen in den beiden Erziehungsanstalten der Stadt Wien gibt. Von allgemeinem Interesse sind insbesondere die kunstgewerblichen Arbeiten der Mädchen, die allein einen Saal füllen. Aber auch die ausgestellten Arbeiten der Tischler-, Schlosser-, Schuhmacher- und Schneiderlehrlinge machen Schülern und Meistern alle Ehre. Ein Besuch der Ausstellung, die nur mehr heute und morgen von 10 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr geöffnet ist, wäre allen Jugenderziehern zu empfehlen. Eine Eintrittsgebühr ist nicht zu entrichten.

.....

Städtisches Volksbad Fünfhaus. Infolge starken Besuchs wird nunmehr das städtische Volksbad auf dem Reithoffenplatz in Fünfhaus auch jeden Mittwoch von 1 bis 7 Uhr abends geöffnet sein.

.....

Wien, am Montag, den 29. März 1926. Zweite Ausgabe.

Eine Kommission zum Schutze des Hochquellengebietes. Auf Anregung des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler wurde ein Komitee gebildet, das sich zur Aufgabe gestellt hat, die Gemeinde Wien in dem Bestreben der Bevölkerung das Trinkwasser der Hochquellenleitung in der bisherigen Güte und tadellosen Beschaffenheit zu erhalten, zu unterstützen. Diesem Komitee gehören an die Stadträte Professor Dr. Tandler und Siegel, die in Betracht kommenden Juristen, Techniker und Aerzte des Wiener Magistrates, sowie als Experten der Vorsitzende des Landessanitätsrates der Bundeshauptstadt Wien, Hofrat Professor Dr. Arnold Durig der Hygieniker Landessanitätsrat Professor Dr. Heinrich Reichel und der Geograph Professor Dr. Otto Lehmann.

Das Komitee hat bereits eine Sitzung abgehalten, in der zunächst erörtert wurde, welche Sicherungen notwendig sind, um eine Gefährdung des Quellengebietes durch die bestehenden Unterkunftshäuser zu verhüten. Ferner wurden die Vorkehrungen zur klaglosen Beseitigung der Abfallstoffe aus der in kürzester Zeit zur Eröffnung gelangenden Kopfstation der Raxbahn besprochen. Dabei nahm die Kommission mit Befremden zur Kenntnis, dass die Unternehmung der Raxbahn nunmehr beantragt, die Beseitigung der Abfallstoffe aus der Kopfstation durch ein in sanitärer Hinsicht vollkommen unbefriedigendes biologisches Reinigungsverfahren durchzuführen. Damit wird der Versuch gemacht, von der Beseitigung der Abfallstoffe durch Abfuhr in Kübeln zu Tale aus finanziellen Gründen loszukommen.

Das Komitee sprach sich einstimmig dafür aus, auf der Forderung, die Abfallstoffe aus der Kopfstation in entsprechend ausgestaltetem Wagen der Raxbahn in das Tal zu befördern, zu bestehen und mit allen Mitteln jeden Versuch einer sanitär nicht einwandfreien Beseitigung der Abfallstoffe der Kopfstation abzuwehren.

Um der Gemeinde Wien die gesetzliche Handhabe zur Durchführung weiterer zur Reinhaltung des Quellgebietes erforderlicher Massnahmen zu ermöglichen, ist auf die möglichste Beschleunigung des Inkrafttretens des im Entwurfe bereits dem zuständigen Ministerium vorliegenden Quellenschutzgebietes hinzuwirken.

Eine Ausstellung alkoholgegnerischer Erziehung. Der Verein der enthaltenen Lehrer und Lehrerinnen Wiens veranstaltet im Gebäude des Stadtschulrates für Wien, I. Burggring Nr. 9, eine Ausstellung alkoholgegnerischer Erziehung. Sie wird im Beisein des Bundespräsidenten Dr. Ha inisch am Mittwoch, den 7. April um 11 Uhr vormittags eröffnet werden. An Wochentagen kann die Ausstellung, die bis einschliesslich 20. April geöffnet sein wird, von 9 bis 18 Uhr und an Sonntagen von 9 bis 12 Uhr besichtigt werden. Eintritt frei.

Wien, am Dienstag, den 30. März 1926

Keine Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt am Donnerstag die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Siegel.

Keine Besichtigungen des Amalienbades. Die Bauarbeiten an dem städtischen Amalienbad in Favoriten, dem grössten Bad Mitteleuropas, stehen vor dem Abschluss. Im Juli dürfte diese modernste Badeanstalt, deren Schwimmhalle 34 Meter lang und 14 Meter breit ist, eine Tiefe von 4'8 Meter hat und Sprunggerüste bis zu zehn Meter Höhe aufweist, der Benützung übergeben werden können. Mit dem Bau wurde im Frühjahr 1924 begonnen und zeigte sich schon nach kurzer Zeit ein ausserordentliches Interesse, so dass vom Stadtbauamt die Führung von Besuchergruppen genehmigt wurde. Je weiter der Bau seiner Vollendung entgegenging, desto grösser wurde die Zahl der Besichtigungen. Nunmehr sind aber weitere Besichtigungen unmöglich, weil die Innenarbeiten durch die Führung solcher Gruppen leiden. Es sind daher bis zur Vollendung des Baues Ansuchen um Bewilligung von Besichtigungen zwecklos. Die bereits bewilligten Ansuchen behalten aber ihre Gültigkeit.

Fischpreise zu Ostern. Die Direktion des Marktamtes der Stadt Wien macht aufmerksam, dass die in den heutigen Blättern angegebenen Fischpreise unrichtig sind. Die richtigen Preise sind für lebende Karpfen im Kleinhandel bis zu einem Kilogramm drei Schilling, von einem bis anderthalb Kilogramm 3'50 Schilling und von mehr als anderthalb Kilogramm vier Schilling für ein Kilogramm. Die Marktamtsdirektion hat veranlasst, dass bei sämtlichen Fischhändlern die oben angegebenen Preise deutlich ersichtlich gemacht werden müssen.

Der Stadtschulrat und die Schulen für Schönheitspflege. Unter den verschiedenen Privatlehranstalten nahmen seit längerer Zeit die Schulen für Schönheitspflege und Massage das besondere Interesse des Stadtschulrates, sowie das der breiteren Öffentlichkeit in Anspruch. Die Massagebetriebe, die in letzter Zeit sittenpolizeiliche Anstände hatten, sind allerdings reine Gewerbebetriebe und sind mit Privatlehranstalten nicht in Verbindung. Der Stadtschulrat für Wien musste sich mit der Regelung der Privatlehranstalten für Schönheitspflege und Massage befassen, weil eine beträchtliche Zahl neuer Schulen als blosse Winkelschulen, das heisst unbefugt geführt wurden. Die Regelung ist umso schwieriger, als das Gewerbe der Schönheitspflege und Massage ein freies Gewerbe ist, dem aber vom ärztlichen Standpunkt aus im Interesse der Volksgesundheit gewisse Schranken gezogen werden müssen.

Um einerseits den derzeitigen Verhältnissen Rechnung zu tragen, andererseits die wirren Verhältnisse hinsichtlich des Umfanges des Unterrichts, der zulässigen Apparate, Salben, Pulver und Tinkturen im Interesse der Öffentlichkeit zu ordnen und die Befähigung der Lehrkräfte zu regeln, wurde nach Feststellung der Behandlung der gleichen Anstalten in Deutschland vor kurzem eine informative Begehung der grösseren Schulen und Gewerbebetriebe der Branche durch die interessierten Faktoren vom Stadtschulrat veranstaltet.

Am 19. März wurde dann im Stadtschulrat eine grundlegende Beratung unter dem Vorsitz des Präsidenten Glückel abgehalten. An dieser Enquete nahmen teil vom städtischen Gesundheitsamt amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler und Oberstadtphysikus Dr. Böhm, von der Ärztekammer Medizinalrat Dr. Silbermark und Obermedizinalrat Dr. Stritzko, ferner Hofrat Professor Reithoffer von der Technischen Hochschule als Sachverständiger für elektrische Apparate, die Gewerbebehörde, Vertreter der Polizeidirektion, des städtischen Berufsberatungsamtes, der Genossenschaft der Friseure, der Gehilfenschaft der Friseure des Verbandes der Kur- und Badepersonales und Inhaber grösserer gewerblicher Betriebe für Schönheitspflege.

Nach ausführlicher Erklärung der Sachlage wurde eine erfreuliche Übereinstimmung aller Interessenten festgestellt und eine grundsätzliche Trennung der Anstalten in solche für Schönheitspflege (Nagel-, Hand- und Gesichtspflege) und solche für allgemeine Körpermassage ausgesprochen.

Die Befähigung der Lehrkräfte soll in der Regel durch eine informative Prüfung beim Stadtschulrat festgestellt werden. Die Veranstaltung eigener Ausbildungskurse wurde erwogen. Neue Apparate, die in den Anstalten verwendet werden sollen, müssen kommissionell überprüft werden. Für Körpermassage sind Kurse in den öffentlichen Heilanstalten in Aussicht genommen. Die Lehranstalten und auch solche Anstalten, die nach aussen lediglich als Gewerbebetriebe auftreten, aber auch Schüler ausbilden, werden zwecks Verhütung von Misständen häufig und unvermutet von den entsprechenden Revisionsorganen des Stadtschulrates und der Polizei im gegenseitigen Einvernehmen besucht werden.

Wien, am Mittwoch, den 31. März 1926

Entfallende Sprechstunden im Rathaus. Morgen Donnerstag entfallen wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunden bei den amtsführenden Stadträten Professor Dr. Tandler und Siegel.

Die Sterblichkeit in Wien. Im Februar sind in Wien 2125 Personen, davon 118 Ortsfremde, gestorben. Gegenüber dem Monat Februar des vergangenen Jahres ist die Zahl der Todesfälle um 113 gestiegen. Die grösste Zahl der Todesursachen entfiel wieder auf die Krankheiten der Kreislauforgane mit 21'5 Prozent aller Sterbefälle. Die zweithäufigste Todesursache waren Tuberkulose und Skrophulose mit 15'3 Prozent, die dritthäufigste die Krankheiten der Atmungsorgane mit 12'3 Prozent. Im erwerbsfähigen Alter standen 53'5 Prozent aller Verstorbenen, im Säuglingsalter 7'9 Prozent, im Kleinkinderalter 10 Prozent, im Schulalter 1'3 Prozent und im Greisenalter 35 Prozent.

Fürsorgetagung in Wien. Die Oesterreichische Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und Fürsorgewesen veranstaltet ihre achte Fürsorgetagung am 15. Mai in Saale der Gesellschaft der Aerzte in Wien mit dem Hauptgegenstand: Schulfürsorge und körperliche Erziehung. Anmeldungen und Anfragen an den Schriftführer Dr. Wilhelm Hecke, Wien, IX. Michelbeuergasse Nr. 8.

Steigende Beschäftigung von Arbeitern auf den städtischen Bauten. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat auch in den Wintermonaten, soweit dies die Verhältnisse zulassen, auf ihren Wohnhausbauten die Arbeit fortgesetzt. So wurden in der kältesten Dezemberwoche noch immer 4880 Arbeiter direkt auf den Bauten beschäftigt. In den letzten Wochen stieg die Zahl der Beschäftigten ununterbrochen und erreichte in der Woche vom 15. bis 20. März bereits 11.055. Dazu kommen aber noch alle Professionisten, Hilfsarbeiter u. s. w. die in Fabriken und Werkstätten für die Wohnhausbauten der Gemeinde tätig sind und deren Zahl natürlich bei weitem die der unmittelbar auf den Bauten Beschäftigten übersteigt. Es dürfte von allgemeinem Interesse sein, dass die Gemeinde gegenwärtig auf nicht weniger als 63 Baustellen Arbeiter beschäftigt, davon auf zwei Baustellen (Wehlistrasse und Sandleiten) allein 1769 Personen. Neben den Wohnhausbauten wurden in der letzten Woche aber auch grössere Kanal- und Strassenbauten begonnen, bei denen 777 Arbeiter beschäftigt werden. Die Wiener Gemeindeverwaltung trägt dadurch in einem hohen Masse zur Linderung der Arbeitslosigkeit bei, wie auch durch die vorzeitige Vergebung von Lieferungen an die Privatindustrie und der damit verbundenen Arbeitsmöglichkeiten, eine fühlbare Erleichterung eingetreten ist. Die Gemeindeverwaltung dürfte übrigens noch in diesem Jahre mit dem Bau der Anlage beginnen, die die fünfundzwanzigtausendste Wohnung enthalten wird. Sie hat damit ihr Wohnhausbauprogramm vorzeitig durchgeführt, da der Bau von 25.000 Wohnungen auf fünf Jahre berechnet war, also erst im Jahre 1928 die Fertigstellung der fünfundzwanzigtausendsten Wohnung zu erfolgen hätte. Selbstverständlich wird die Gemeinde ihre Wohnbautätigkeit fortsetzen.